

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 1.10 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.30 Mark halbjährlich, 6.60 Mark jährlich. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagshefte 15 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4.00 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die erste Zeile 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Bekanntmachungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt: alle anderen Artikel, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Zeilen zahlen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 12. Dezember 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Hin und Her.

Es gibt im Reichstage zwei Parteien, die die breite Mitte einnehmen: die Nationalliberalen und das Zentrum. Beide Parteien reden und handeln bald so, bald so, wies trifft!

Aber sie unterscheiden sich auf diesem Hin und Her der Meinungen und Entschlüsse. Die Nationalliberalen wissen selten im voraus, wie sie den Mantel zu hängen haben, sie warten immer erst in lammherziger Gelassenheit ab, wie der Wind weht. Sie bilden für den politischen Zuschauer daher ein abwechslungsreiches Spiel von jedem Druck der Luft.

Das Zentrum ist genau so unzuverlässig wie die Nationalliberalen. Nur daß es diese Unzuverlässigkeit nicht vom Zufall abhängig macht, sondern in bewusster Absicht und zu bestimmten wohlüberlegten Zwecken heute entschuldigend, was es morgen verdonnert und was es übermorgen wieder mit jesuitischen Kniffen und Pfiffen als „halb so schlimm“ vorsichtig aus der Schachlinie herauszieht.

Als der Reichskanzler und der Kriegsminister in der vorigen Woche den Reichstag in so brücker Weise herausgefordert hatten, daß sich selbst die Milch der Denkungsart frommer Katholiken und Nationalliberaler in gärenden Drachengift verwandelt hatte, standen die beiden Parteien nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat des Mißtrauensvotums mit der äußersten Linken Schulter an Schulter.

Als sie aber die selbstverständlichen Konsequenzen aus dieser zornigen Gebärde zu ziehen aufgefordert wurden, lenkten sie beide ein. Herr Spahn bewilligt den Erat dem Volke und nicht dem Reichskanzler, wie er sich mit einer faulen Hinte herausredete, und Herr Boffermann wagt noch weniger den revolutionären Gedanken anzudeuten, daß ihm als Nachfolger Bethmanns die Bildung des Ministeriums anvertraut werden könnte.

Aber die von allen Göttern verlassene Bethmannregierung mit ihrem unbedingbaren Kriegsminister erkennt trotz alledem nicht, wie sie noch immer auf die einfachste Weise den „Non-sens“ beilegen kann. Der Kriegsminister provoziert lustig weiter, und Herr Bethmann weiß seiner Sammlungstrumpete keinen anderen Ton zu entringen als die abgeleierte Melodie von der staatsgefährlichen Sozialdemokratie.

Dazu kam am Mittwoch der ungebetene Freund der wankenden Regierung, der reaktionäre Berch Heißsporn Westarp, der mit seinem landräulichen Himmelstunnenwetter die auf dem Rückzuge befindliche Opposition der beiden Mittelparteien wieder zum Stehen brachte. Allzu scharf macht schartig, wird sich das schnarrende Sprachrohr der Heidebrandpolitik gefügt haben, als er das Ergebnis der Donnerstag-sitzung des Reichstags mit trübem Blick überschaut. Selbst die faulen Witze, mit denen der konservative Spahmacher Dertel den unterbrochenen Rückzug der Mittelparteien wieder in Bewegung zu setzen sich im Schweige seiner Korporalenz bemühte, erzielten das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung. Der nationalliberale Herr Paasche hatte sogar den Mut, Herrn Dertel vor allem Kriegsvolk mit einigen kräftigen Unhöflichkeiten für seine unzeitgemäße und anwidernde Wibereizerei abzufanzeln.

So sah der Donnerstag den Deutschen Reichstag wieder in etwas radikalere Farben als an den vorhergegangenen Tagen. Den Frischen, aufmunternden Aufstakt bildete eine Rede unseres Genossen Sch. Mit herzhafter Deutlichkeit sprach er aus, wie das deutsche Volk über die gegenwärtigen Zustände denkt, wie es die Zaberner Vorgänge beurteilt, wie es den „Kriegsminister des Königs von Preußen“ einschätzt, wie es zu den infamen Verhufen, das Koalitionsrecht von hinten herum zu meucheln, sieht, wie es der imperialistischen Kriegs- und Teuerungspolitik der Regierung und der herrschenden Parteien die Friedens- und Wohlfahrtspolitik des Proletariats entgegensetzt.

Herr Erzberger vom Zentrum lehnte Hochs Aufforderung an die bürgerlichen Parteien, mit der Sozialdemokratie gemeinsam das Verfassungsleben in Deutschland nach vorwärts zu entwickeln, unter Benutzung einiger falsch verstandenen Zitate aus Parteitageprotokollen ab. In der Tat aber nahm er selbst insoweit den Ton der Hochschen Rede auf, als auch er sich mit scharfen Worten gegen die Regierung und gegen die Ratschläge und Angriffe Westarps wandte. Nach seiner Behauptung steht die Zentrumsfraktion noch noch wie vor geschlossen hinter der energischen Rede Fehrenbachs in der vorigen Woche. Der Reichskanzler habe unermühtlichen Schaden angerichtet, der Kriegsminister habe das militärische Faustrecht proklamiert. Demgegenüber müsse der Reichstag seine Würde wahren und seine Rechte nach vorwärts entwickeln.

Auf dieses Einerseits folgte dann allerdings ein Andererseits, das sich gegen die Sozialdemokratie richtete. Herr Erzberger brauchte diesen Vorstoß gegen unsere Partei, um die Weigerung des Zentrums zu motivieren, gemeinsam mit der Sozialdemokratie die einzig richtige Konsequenz aus all den

Vorgängen der jüngsten Tage zu ziehen. Wir schenken Herrn Erzberger diese Polemik, wie wir auch seine kräftigen Worte gegen die Regierung in ihrem Werte nicht überschätzen. Wir wissen, der Mundfertige kann am anderen Tage, wenn es sein muß, auch wieder anders. Aber was er heute gesagt hat, ist für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage immerhin doch bezeichnend genug.

Auch Herr Paasche von den Nationalliberalen hieß in die gleiche Kerbe. Auch er ist von der Haltung der Regierung nicht befriedigt, und auch seinem besorgten Herzen entstrangen sich vorsichtige Worte der Unzufriedenheit.

Der Reichskanzler ließ sich den ganzen Tag nicht sehen. Vielleicht versucht er sein Heil noch einmal am Freitag und vielleicht nimmt er den bürgerlichen Parteien durch die längst erwartete „Erklärung“ endlich den Abdruck von der Seele. Ueberreicht er ihnen dieses bescheidene Weihnachtsgeschenk, so werden die bürgerlichen Abgeordneten befriedigt zu Muttern reifen, und mit dem Fest des Friedens wird nach den stürmischen Dezembertagen auch wieder verfühnende Milde in ihre Herzen einziehen.

Sie sind ja so leicht zu befriedigen, die bürgerlichen Parteien! „Unzufrieden“ ist nur immer die Sozialdemokratie. Und sie weiß warum!

Die Beirafung der Zaberner Rekruten.

Während die „beschleunigte“ Untersuchung gegen den Leutnant v. Forstner noch fort dauert, hat die unerbitterliche Militärjustiz bereits eiliche seiner Opfer ereilt. Die drei Zaberner Rekruten, die einem Mitarbeiter des „Eisener“ durch Unterschrift versichert hatten, daß Leutnant Forstner in der Tat die schöne Wendung gebraucht habe, man solle „auf die französische Fahne sch...“, sind am Donnerstag vom Kriegsgericht zu schwerer Arreststrafe verurteilt worden.

Das „Verbrechen“ dieser drei Rekruten bestand lediglich darin, daß sie einen Vertreter der Presse gegenüber der Wahrheit die Ehre gegeben hatten. Als der Pressevertreter ihnen erklärte, daß er einige Unterschriften brauche, um zu verhüten, daß bei dem gegen ihn zu erwartenden Prozeß die militärischen Zeugen aus Furcht die Unwahrheit sagen würden, daß aber von diesen Unterschriften der Öffentlichkeit gegenüber kein Gebrauch gemacht werde, verstanden sie sich zum schriftlichen Bekenntnis des wahren Sachverhalts. Dafür, daß sie aus der Schule geplaudert hatten, wurde ihnen schleunigst der Prozeß gemacht, und zwar unter Bezugnahme auf allehand mit Blut geschriebene Bestimmungen des Militärstrafprozeßbuchs, die zum Teil vieljährige Gefängnisstrafe androhen. Freilich sollten die drei Angeklagten sich bei ihrem Vertrat Forstnerscher Kaiser-nenhofblüten noch dadurch besonders schwer vergangen haben, weil sie gegen das ausdrückliche Verbot ihres gestrengen Obersten jenem Journalisten die Wichtigkeit der ihm von anderer Seite bereits zugegangenen Meldung bestätigt hatten!

Das einzig Bemerkenswerte aus der Verhandlung war, daß durch die übereinstimmenden Aussagen der drei Rekruten nunmehr festgestellt wurde, daß Leutnant v. Forstner seinen Mannschäften wirklich den lebenswichtigen Rat gegeben hatte, auf die französische Fahne zu sch... Forstner selbst und nach ihm die militärischen Darstellungen hatten sich ja damit herauszureden versucht, daß der den Rekruten von Herrn v. Forstner empfohlene drastische Achtungserweis nicht der französischen Fahne, sondern nur der Fremdenlegion gegolten habe. Diese törichte Ausrede ist nunmehr widerlegt. Ein preußischer Leutnant hat es wirklich fertig gebracht, in der Instruktionstunde unflätig beschimpfende Ausdrücke gegen die französische Fahne zu gebrauchen. Zu seinen Gunsten kann man nur annehmen, daß er die französische Fahne mit seinem Weillafen vertauscht hat!

Dieser Leutnant Forstner harzt noch seiner Beirafung! Denn seine „schwere“ Beirafung wegen der Beschimpfung seiner Untergebenen und der angeklagten Prämierung der Ermordung eines Wades hat ihn ja nicht verhindert, unter dem Schutz der Bajonette Schokoladeneinfäufe zu machen und einen wehrlosen Krüppel schwer zu verurteilen. Der Urheber aller Kergernisse erfreut sich also noch der goldenen Freiheit — dafür aber sind die drei Rekruten bereits zu drei, respektive sechs Wochen Mittelarrest verurteilt worden! Der Anklagevertreter hatte sogar drei bezu. sieben Monate Gefängnis beantragt, obwohl auch er nicht verkannte, daß zahlreiche mildernde Umstände für die Angeklagten in Betracht kämen. Der Gerichtshof hat auf nur ungefähr ebensoviel Wochen Mittelarrest erkannt, indem er annahm, daß die Angeklagten im guten Glauben gehandelt hätten und bei ihrer erst so kurzen Bekanntschaft mit der militärischen Disziplin sich der Tragweite ihrer Handlung nicht bewußt gewesen waren. Im weissen mag bei der Urteils-fällung aber das Argument des Verteidigers mitgesprochen haben, daß eine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe viel böses Blut erregen werde. Um den Skandal nicht noch ferner zu steigern, hat man also einmal „Gnade“ walten lassen. Eine Gnade freilich, die immerhin noch in einer verhältnismäßig überaus schweren Beirafung der Rekruten besteht!

Denn in Wirklichkeit haben die Rekruten nur getan, was ihre Menschenwürde, ihrer Bürgerpflicht entsprach und im Interesse des Staates lag! Sie haben dazu beigetragen, daß der froche Erzze eines jugendlichen Offiziers nicht der Wahrheit zuwider durch die militärischen Behörden beschönigt werden und infolge dessen ungeahndet bleiben konnte. Sie haben also

der Öffentlichkeit einen Dienst geleistet, für den sie eigentlich eine Belohnung verdient hätten! Von Rechts wegen hätte dagegen Anklage gegen den Oberst Reuter erhoben werden müssen, der durch sein Verbot gerade dahin wirkte, die Wahrheit zu verschleiern und die Öffentlichkeit zu täuschen! Aber wir leben nun einmal in Preußen-Deutschland, wo nicht der Volkswille das oberste Gesetz ist, sondern das Interesse der mit dem Absolutismus verbündeten Junkertippe und ihrer Werkzeuge!

Auch eine Wendung des Urteils bedarf der Glostifizierung. Da heißt es, daß die drei Angeklagten gegen das Solidaritätsgefühl der Armeekorps verstoßen hätten. Als ob man sonst das Solidaritätsgefühl respektierte und nicht gerade künstlich Streikbrecher züchtete und Zuschauersgehele verlangte, um das Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse zu brechen! Und als ob innerhalb der Armeekorps von einem Solidaritätsgefühl überhaupt die Rede sein könnte! Von einem Solidaritätsgefühl der Offiziere mag man allenfalls sprechen; aber den Mannschaften gegenüber befindet sich das Solidaritätsgefühl nur in der rüchichtslosen Ausübung eines auf den Kadavergehorsam abzielenden Zwanges, der weder vor der persönlichen Ueberzeugung, noch vor der menschlichen Würde des Gemeinen Halt macht! Die unerhörten Beschimpfungen der eifässischen Rekruten durch den Leutnant Forstner und seinen Sergeanten liefern ja dafür den traurigsten Beweis!

Die französische Regierungserklärung.

Paris, 11. Dezember. Vor überfüllten Tribünen und einem vollen Hause entwickelte Ministerpräsident Doumergue das Programm des neuen Kabinetts. Er selbst und Finanzminister Caillaux wurden bei ihrem Erscheinen von der Linken mit Beifall, vom Zentrum mit Unruhe empfangen. Nach einigen belanglosen Worten über die auswärtige Politik, worin die Festigkeit der Tripleentente und die köstlichen Beziehungen zu den anderen Mächten festgestellt werden, wendete sich Doumergue der inneren Politik zu und führt aus:

Die Regierung solle einer wohl überlegten und konsequenten Vereinigung der Republikaner der Linken dienen. Die Regierung würde nicht an der Macht bleiben, wenn sie nicht die Mitarbeit einer Majorität habe, die unbedingt und ausschließlich republikanisch ist. Die Regierung werde sich besonders mit der finanziellen Lage befassen, die sie bei der ersten Gelegenheit dem Parlament darlegen werde. Die Regierung wird sich bemühen, zugleich mit dem Budget für 1914 den Gehaltentwurf über die allgemeine Einkommensteuer, welche alle Bürger und Einkommen treffen wird, gemäß dem Willen der Kammer zur Verabschiedung zu bringen. Ebenso wird sie die Einführung von Steuern auf das erworbene Vermögen weiterbetreiben, um die Ausgaben für die Durchführung der Militärgesetze zu decken. Sie wird sich bemühen, das Steuer-system elastisch zu erhalten, um die Finanzen Frankreichs unabhängig und stark zu machen, wie es für seine Sicherheit, seine Entwicklung und seine Größe unumgänglich ist. Indem wir Steuer-gerechtigkeit walten lassen und es vermeiden, durch Veräußerung die notwendigen, aber sehr großen Ausgaben, welche die Sicherheit Frankreichs erfordert, höher werden zu lassen, werden wir das schwere Opfer, welches das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit dem Lande unter Umständen und als Folge von Ereignissen, die Sie kennen, auferlegt hat, weniger drückend machen. Neue Ereignisse zeigten die Notwendigkeit, unsere militärische Kraft zu stärken, nicht aus Angriffsbahnen, — das erklären wir laut, wie unsere Vorgänger, — sondern einzig zur Sicherheit des Friedens durch die Sicherstellung einer Macht, die Respekt einzuflößen imstande ist. Die Regierung wird es übernehmen, das Dreijahresgesetz in loyaler Weise anzuwenden und gleichzeitig eine Gesamtsumme von Maßnahmen vorzubereiten, welche, unabhängig von der Dauer der Dienstzeit, die Verteidigungskraft der Nation auf das Höchstmögliche bringen kann; in erster Linie eine militärische Vorbereitung der Jugend, eine bessere Verwendung der Reserven und eine Erhöhung der Offiziers- und Unteroffiziersgehälter. Die Regierung wird ferner zwischen Senat und Kammer eine Verständigung zu finden suchen, die Wahlreform durchzuführen, wenn möglich, vor den nächsten Wahlen, sonst wird das Volk souverän entscheiden. Die Regierung wird die Leihenschule mit Entschiedenheit gegen eine Agitation verteidigen, die nicht gebildet werden kann. Schließlich wird die republikanische Partei sich bemühen, das Gewissen und die Einsicht des Volkes zu stärken und sie Herrschaftsgelüsten zu entziehen.

Die Erklärung wurde von der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen, besonders bei der Stelle über die Kammermajorität. Von der Rechten und dem Zentrum kamen Zwischenrufe. Die Steuer-maßnahmen riefen bei den Sozialisten Beifall, bei der Rechten Protestrufe hervor. Im Zentrum und bei der Rechten fand besonders die Stelle über das Dreijahresgesetz Beifall. Das Zentrum und ein Teil der Linken äußerten bei der Stelle über die äußere Politik Beifall. Der Schluß der Erklärung wurde nur auf der Linken mit Beifall beantwortet. Das Zentrum, die Rechte und die Sozialisten schwiegen. Die Regierung erklärte sich bereit, mehrere eingebrachte Interpellationen sofort zu beantworten.

Im Senat verlas der Justizminister Biewen Martin die Kabinettsklärung, die von der Linken, und besonders von Clemenceau, mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die Sitzung wurde nach Verlesung der Kabinettsklärung geschlossen.

Die Interpellationsdebatte.

Paris, 11. Dezember. Der radikale Volksrat billigte die Erklärung des Kabinetts, die erfreulich sei besonders wegen der angekündigten allmählichen Rückkehr zu einem Militärdienst von geringerer Dauer. Die republikanische Partei, so sagte Meunier, erwache nach langer Erstarrung, und eine Bereinigung komme wieder zustande, welche die unter der Ägide der Verhöhnung noch glühenden Feindschaften bergehe.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit nahm dann Briand die Verantwortlichkeit für diese Politik der Verhöhnung für sich in Anspruch und fügte hinzu, er habe Waldeck-Rousseau und Combes, deren Politik der Verweilung des Interieurs er unterliege, verteidigt. Briand verteidigte das längere den Gedanken einer Politik der Linken, die allein der Republik würdig sei, und versicherte mit Heiter, er sei es gewesen, der als erster eine Politik der Verhöhnung der Republikaner versucht habe. Briand sprach weiter von der unverständlichen Haltung der Sozialisten in Sachen der Wahlreform und fügte hinzu: Ich bin es müde, diesen Gedanken zu verteidigen. (Lebhafte Weisfall auf der Rechten, im Zentrum und auf zahlreichen Bänken der Linken.) Briand erwiderte darauf, daß die Partei der geeinigten Radikalen auf ihrem Programm die Rückkehr zum zweijährigen Dienst habe. Weiter stellte er fest, daß der Verfasser der Kabinetts-erklärung nur der Stimme seines Gewissens gefolgt sei, und unter der schweren Verantwortlichkeit für die äußere Politik etwas anderes geschrieben habe, als der Kongress von Vou diktiert habe. (Donnernder Weisfall auf der Rechten, im Zentrum und auf verschiedenen Bänken der Linken.)

Briand fuhr fort: Wenn das Dreijahresgesetz als unwirksam angesehen wird, muß es abgeändert werden, aber es wäre furchtbar, zu sagen, daß man es aufrechterhalten müsse in der Hoffnung, ihm nicht alles geben zu brauchen, was der Gesetzgeber davon erwartet. (Unruhe links.) Briand wiederholt, er und seine Freunde seien für eine Politik der Verhöhnung, aber das Kabinetts müsse sich über die Frage der nationalen Verteidigung, und besonders über seine Stellung zum Dreijahresgesetz, klar äußern. (Weisfall auf verschiedenen Bänken.)

Joseph Reinach fragte, ob die Regierung über das Dreijahresgesetz ebenso denke wie Clemenceau oder wie Jaures. (Lebhafte Weisfall rechts und im Zentrum, Lärm auf der äußersten Linken. Der Sozialist Vallant, der das Dreijahresgesetz als ein Verbrechen bezeichnet, wurde dafür zur Ordnung gerufen.) Reinach sagte, da die Umstände sich nicht geändert hätten, so müsse das Dreijahresgesetz unverändert aufrecht erhalten werden.

Die Regierung erhält das Vertrauensvotum.

Paris, 11. Dezember. Die Kammer nahm nach langer, lebhafter Debatte die von dem republikanischen Sozialisten Painlevé eingebrachte und von der Regierung genehmigte Tagesordnung, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und sie aufgefordert wird, eine Politik der Reformen mit Hilfe einer ausschließlich republikanischen Mehrheit zu verfolgen, mit 203 gegen 137 Stimmen an. (Lebhafte Weisfall links.)

Darauf wurde über die Priorität des von der Regierung zurückgewiesenen Zusatzantrages Lesebere abgestimmt, wonach die Zulassung aller neuen fremden Anträge zur Forderung der Verweilung der Militärausgaben bewilligt habe. Die Priorität wurde mit 283 gegen 214 Stimmen abgelehnt. (Lebhafte Weisfall links.) Sodann wurde über den von der Regierung genehmigten Zusatzantrag des Radikalen Gouge abgestimmt, wonach die finanziellen Mittel des Landes zunächst den nationalen Bedürfnissen gewahrt bleiben würden. Der Zusatzantrag Gouge wurde mit 259 Stimmen gegen 203 Stimmen angenommen. Darauf wurde die gesamte Vertrauensfrage mit 302 gegen 141 Stimmen angenommen.

Ministerpräsident Doumergue erklärte, er sei während einer Politik der Vereinigung der Republikaner der Linken ohne Zweideutigkeit durchzuführen. Die Regierung werde für Ideen und nicht gegen Personen kämpfen. In dem Dreijahresgesetz sagte er, die Dauer des Dienstes sei kein Dogma, aber Geheiß sei Gesetz. Er würde es loyal anwenden, allein die Notwendigkeit, das Vaterland zu verteidigen, sei für ihn ein Dogma. (Weisfall auf der Linken.) Ebenso wie der Militärdienst gleichmäßig obligatorisch für alle sein müsse und die finanziellen Folgen dieser Gesetze von dem ermordeten Reichthum getragen werden müßten, so vergesse er nicht die von ihm hierüber der Demokratie gegebenen Versprechen sowie die Versprechen des Kongresses von Vou. (Lebhafte Weisfall.) Die Regierung denke vor allem an das Land.

Politische Ueberblick.

Geschäftsdispositionen des Reichstages.

Der Senatskonvent des Reichstages kam in seiner Sitzung am Donnerstagvormittag dahin überein, daß am Freitag zunächst der Gesetzentwurf über San Francisco erledigt werden soll, dann folgt die Fortsetzung der Staatsberatung, und schließlich soll noch die sozialdemokratische Interpellation über die Rüstungskommission verhandelt werden. Darauf treten die Weihnachtsferien ein.

Ein Zentrumsjunker à la Falkenhahn.

Als Militaristen sans phrase, als eingeschwoenerter Verteidiger der absolutistischen Militärdiktatur meldet sich gerade vor rechten Seit der Zentrumsjunker Graf Strachwitz. Diese ultramontane Herde des Dreiklassenparlamentes läßt sich in der „Schlef. Volksztg.“ folgendermaßen vernehmen:

Was bleibt nun für die Entrüstung der Reichstagsmajorität übrig? Eine ungehörige Redemendung eines Zeugnisses im geschlossenen Dienst, die zwar nicht an die Offenheit kommen dürfte, aber eine Beleidigung der reichsständischen Bevölkerung enthält, ein Fehlgriff in der Wahl der Mittel, um seine Offiziere zu schützen, und eine Freiheitsverletzung einiger Unruhstifter durch einen Regimentskommandeur. Da läßt die Reichstagsmajorität, als ob hundert Zaberner Bürger von dem Kaiser in Grund und Boden massakriert worden wären.

Wo aber bleibt die Entrüstung des Reichstages, wenn Personen- und Berufsgruppen endauernd von einem Teile der Presse auf Grund der schrankenlosen Breiheitsfreiheit ungestraft auf das gemeine Volk verkommen und beleidigt werden? Wo bleibt die Entrüstung des Reichstages, wenn Hunderte von Arbeitern wochenlang von anders gegünstigten Kollegen der Freiheit der Person, der Freiheit ihrer Entlohnungen beraubt werden? Hier Beleidigung — dort Freiheitsberaubung!

Und wie sieht in den Augen des Politikers das Debet und das Kredit für die deutsche Armee? Auf dem Debetkonto: eine Ableidende Aushreibung eines Zeugnisses, ein schlagendes eines Regimentskommandeurs in der Wahl der Mittel zur Ausübung des Schutzes über Offiziere. Dagegen auf dem Kreditkonto: die deutsche Armee ist der größte Träger der deutschen Kultur; sie ist die Erbin der deutschen

Soltes zu Pflichtgefühl, Zuverlässigkeit, Fleiß, Ordnung, Einfachheit, Gehorsam; überhaupt zu jeder Tüchtigkeit.

Graf Strachwitz und Graf Westarp gleichen sich wie zwei Wassertropfen. Ein politischer Unterschied besteht nicht zwischen ihnen, trotzdem der eine ein konservativer Führer, der andere Zentrumsdrahtzieher ist. Und im Grunde haben Graf Strachwitz und seine Gefinnungsgenossen auf die Zentrumspolitik viel mehr Einfluß, als die Zehrentausend und Erzberger, die Vorkämpfer der Renommieropposition, die durch ihre „demokratische“ Kritik nur den wahren Charakter des Zentrums zu hehlen haben!

Nein Wissen — Charakter.

In der „Kreuzzeitung“ ist ein Streit darüber entbrannt, ob man den Offizier „politisch schulen“ solle. Von einer Seite war für die Offizierskreise Verbreitung politischer Kenntnisse durch belehrende Vorträge empfohlen worden. Dagegen wird nun von anderer Seite polemisiert. Gegen Rechtskenntnis an sich sei ja nichts einzuwenden, um so mehr aber gegen das politische Verständnis der abstrakten Rechtsformeln. Nicht auf das Wissen komme es an, sondern auf den Charakter. Unter Charakter aber versteht man nicht etwa Ueberzeugungstreue, die aus ehrlich gewonnenem Erkenntnis fließt, sondern brutales Samuraitum, blindes Eingeborenensein auf die Interessen der herrschenden Klasse und ihres Schutzherrn. Denn: „Die Kreuze gegen den Kriegsherrn ist der springende Punkt“.

Daß eine solche einseitige „Charakterbildung“, für die nur der „Kriegsherr“, niemals aber das Volk, niemals höhere Gemein- und Kulturinteressen existieren, im geistigen Dämmer der Offiziersklassen entschieden besser konserviert werden kann als selbst in den Hörsälen loyaler Dozenten, versteht sich ohne weiteres. Denn selbst die vorzüglichste Erörterung politischer Streitfragen könnte zum Denken, zur persönlichen Nachprüfung anregen. Solches Denken wäre aber schon die schlimmste Gefährdung jener „Charakterbildung“, die in Reinkultur nur auf dem Nährboden loyaler Gedanklosigkeit gedeiht!

Landtagswahl in Neuh. j. L.

Der Zweck des Wahlrechtsraubes ist erreicht. Bei der Landtagswahl, die am Mittwoch zum ersten Male unter dem Wahlstimmenwahlrecht stattfand, ist im ersten Wahlgang nur ein Sozialdemokrat gewählt worden, dagegen drangen 10 nationalliberale Reichsbündler und -vereiner durch. Nur dem Genossen Leben gelang es, mit 1500 gegen zusammen 980 Stimmen sein Mandat zu halten. 4 Sozialdemokraten kommen in die Stichwahl. Ob es gelingt, unseren alten Besitzstand von 5 Landtagsabgeordneten zu behaupten, ist fraglich.

Der „Bombentwurf“.

Die vor einigen Monaten von der bürgerlichen Presse ins Maßlose aufgebaute Tat des Schiffszehlers Otto Wetke, der während des Schifferstreiks im Frühjahr dieses Jahres auf der Königsbrücke in Magdeburg Streikposten stand und am 24. April frühmorgens eine Sprengkapsel auf den die Brücke passierenden Schleppdampfer „Magdeburg“ warf, war am Mittwoch Gegenstand der Verhandlung von dem Schwurgericht Magdeburg. Die dortige Strafkammer hatte sich bekanntlich vor einigen Wochen für unzuständig erklärt, weil der Angeklagte ihr verdächtig erschien, sich gegen den § 5 des Sprengstoffgesetzes zu haben, indem er vorsätzlich durch Anwendung von Sprengstoff Gefahr für das Eigentum, die Gesundheit oder das Leben eines anderen herbeigeführt habe.

Auf dieses Verbrechen lautete daher auch die Anklage vor dem Schwurgericht. Die Beweisführung brachte keinerlei neue Momente. Sie ergab, daß der Angeklagte die auf dem Kruppischen Schießplatz bei Langerhütte aufgelegte Kapsel für eine harmlose Leuchtpatrone gehalten hatte. Nichts wurde für die Annahme vorgebracht, daß es sich um einen „schweren Streiftreffer“ gehandelt hat. Der Sachverständige, Oberleutnant a. D. Schulz, Vorkämpfer des Kruppischen Schießplatzes, bezeugte wiederum, daß die Sprengpatrone durch nichts zur Detonation hätte gebracht werden können, ob man sie zerfäße, gegen die Wand schleudere, ins Feuer werfe oder sonst was mit ihr anstelle; nur in Verbindung mit einer Zündkapsel könne ihre Wirkung ausgelöst werden.

Dem Wahrpruch der Geschworenen gemäß erkannte das Gericht auf neun Monate Gefängnis, wobei es zwei Monate und 10 Tage der Untersuchungshaft anrechnete. So hart das Urteil auch sein mag, so zeigt es doch, daß das Gericht nicht die Auffassung von einem schweren Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz gehabt hat; denn dann hätte es auf eine viel höhere Strafe erkannt. So schreift auch dieser „unerhörte Terrorismusfall“ zusammen und es bleibt nicht viel mehr von ihm übrig als ein recht überflüssiger Dummengentzick.

Einberufung des preussischen Landtags.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an der Spitze ihrer letzten Nummer eine königliche Verordnung, durch die beide Häuser des preussischen Landtages auf den 8. Januar 1914 zusammenberufen werden.

Afrikanische „Erfolge“ des Generals Deimling.

Der durch die Zaberner Vorgänge erneut berühmt gewordene „Besieger“ der Hereros, General von Deimling, schilderte in einer Versammlung zum Besten des Militär-Frauenvereins, die im Strahburger Sängerkreis stattfand, selbst die seinerzeit erfolgte Massenabschlachtung der Eingeborenen in Deutsch-Südwestafrika. In dem 1½stündigen Vortrage, dem der kaiserliche Statthalter Graf von Wedel beiwohnte, bezifferte General von Deimling die Zahl der Hereros zu Beginn des Aufstandes im Jahre 1904 auf 60 000 Seelen, eine Zahl, die „nach den verlustreichen Schlachten bis auf 20 000 heruntergegangen“ sei; wieviel Hottentotten neben den 40 000 Hereros abgeschlachtet wurden, sagte der General nicht, er stellte nur fest, daß „auch die Zahl der Angehörigen dieses Stammes auf 14 000 Mann reduziert worden ist“. Die Opfer an Blut, welche die deutsche Schutztruppe in jenen Schlachten unter der ostafrikanischen Sonne“ erlitt, gab der Vortragende General auf 100 Offiziere und 1400 Unteroffiziere und Mannschaften an. Auf einen gefallenen oder verwundeten Deutschen kämen hiernach wenigstens 20 Eingeborene, nur die Hereros allein gerechnet. Ob man auf eine solche Massenschlächterei unter meist Wehrlosen besonderen Grund hat, stolz zu sein, darüber werden die Meinungen wohl ein wenig auseinandergehen.

Zur Versorgung Deutschlands mit russischem Fleisch

schreibt man der „Hartung'schen Zeitung“ aus Moskau: Der Leiter der Moskauer Fleischabrie hätte gegenüber den Ärgern über den Fleischexport eine Denkschrift an das preussische Handelsministerium gerichtet und darauf hingewiesen, daß ähnliche Klagen bei Beginn des libirischen Vorkrieges nach dem Auslande erhoben wurden. Jetzt aber nehme Rußland die zweite Stelle auf dem Weltmarkt

der Welt ein, und ebenso werde es sich mit dem Fleischexport gestalten, wenn er in richtige Bahnen gelenkt werde. Dazu gelte vor allem die Schaffung der erforderlichen Ausführungsbedingungen, an die erst heranzutreten werden könne, wenn Deutschland einen erneuten günstigen Handelsvertrag mit Rußland abschließen. Dann würden die großen Ausgaben berechtigt erscheinen, die umfassende Anstaltungen, Einrichtung von Eiswaggons und vieles andere mehr erfordern. Sibirien allein sei nicht in ein zweites Argentinien zu verwandeln, das nicht nur den deutschen Markt, sondern auch den russischen vollaus mit Fleisch zu versorgen imstande wäre. Der deutsche Sachverständige, Professor Dietter, der in dieser Angelegenheit nach Moskau entsandt gewesen wäre, teile diese Ansicht und sei überzeugt, daß Rußland durch eine Hebung der Viehzucht eine enorme Steigerung seiner Exportfähigkeit im Fleisch erfahren könne.

Es ist demnach durch Abschluß günstiger Handelsverträge durchaus möglich, Deutschland ausreichend mit gutem und nicht zu teurem Fleisch zu versorgen; aber die Interessen der Agrarier erfordern, daß die Grenzen gesperrt bleiben, damit die Einfuhr möglichst unterbleibe, und diese Interessen sind bekanntlich in Deutschland für Regierung und Reichstagsmehrheit maßgebend.

Hamburg und San Francisco.

Annähernd hundert Mitglieder der Hamburger Bürgerchaft, darunter Vertreter aller Fraktionen, hatten einen Antrag eingebracht, den Senat zu ersuchen, im Bundesrat dafür einzutreten, daß dem deutschen Ausblick für die Weltausstellung in San Francisco von Reich wegen jeder möglichen Erleichterung und Förderung gewährt wird; eventuell eine Beteiligung Hamburgs an der Weltausstellung durch Ausstellung staatlicher Einrichtungen in Erwägung zu ziehen. Dieser Antrag stand am Mittwoch in der Bürgerchaft zur Verhandlung. Dr. Dürschard begründete ihn. Er führte aus, daß weder die enttarnete Lage San Franciscos, noch die Volksschlaken der Union oder der mangelnde Urheberschaft hinreichende Gründe dafür sein könnten, daß Deutschland auf der Ausstellung nicht erscheine. Politische, wirtschaftliche und allgemeine kulturelle Gründe sprächen für die Beteiligung, namentlich auch an der sozialpolitischen Abteilung, einem Feld, auf dem ja kein Staat die Nachahmung seiner Einrichtungen zu fürchten brauche.

Der Antrag wurde darauf einstimmig angenommen.

Zur Arbeitslosenversorgung.

Die Stadt Frankfurt a. M. will demnächst eine Arbeitslosenunterstützung einführen. Die Unterstützung soll für verheiratete Arbeitslose 70 Pf. pro Tag betragen, welche Summe nach der Zahl der Kinder bis zu 1,50 M. pro Tag erhöht werden kann. — Noch am Dienstag stellte eine von 1500 Arbeitslosen besuchte Versammlung an die Stadtverwaltung das Verlangen, sofort möglichst viel Arbeitslosgenheiten zu schaffen und für die Unterstützung der Arbeitslosen einen größeren Betrag aus Mitteln der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Die Stadt Budapest verteilt zur Vinderung des Arbeitslosenelends 100 000 Kronen.

In Würzburg fand eine sehr stark besuchte Arbeiterversammlung statt, um Stellung zu dem Sturm auf zu nehmen, den die dortigen Unternehmerorganisationen (Handelskammer, Handwerkskammer usw.) gegen die Arbeitslosenfürsorge unternommen haben, und gegen die Beschimpfungen zu protestieren, die bei dieser Gelegenheit von Unternehmerseite gegen die Arbeitslosen gefallen sind. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde an die Gemeinde die Forderung gestellt, daß sie baldmöglichst Mittel bereit stellt, um die Lösung der Frage der Arbeitslosenfürsorge zu beginnen. Die Stellungnahme der verschiedenen Arbeitgeberorganisationen wurde entschieden verurteilt, insbesondere wurde die in einem öffentlichen Vortrage gefallene Äußerung des Handwerkskammervorsitzenden Hörner, daß es sich bei den Arbeitslosen meist um „Vagabunden“ handle, als niederrichtige Verleumdung gebrandmarkt.

Wieder ein militärisches Schuldurteil.

Zu fünf Jahren und zwei Monaten Gefängnis und Entfernung aus dem Heere verurteilte das Insterburger Kriegsgericht den Grenadier Friedrich Strobel vom Grenadier-Regiment 1 Nr. 4 wegen einiger militärischer Vergehen. Vor einer Uebung im Scharfschießen ließ am 24. November der Sergeant Joff die Leute in aller Frühe nach Gefechtsübungen abgehen, wobei sich Strobel schlapp geriet und zu seinen Kameraden gelangt haben soll: „Ihr seid wohl blödsinnig geworden, warum lauft Ihr so!“ Als er wegen dieser Aeußerung vom Sergeanten zur Verantwortung gezogen wurde, trat er ohne weiteres aus dem Glied und sagte, er sei doch kein Idiot, daß er so etwas spreche. Während der Schießübung hat er dann mehrere Befehle nicht befolgt, schließlich fünf scharfe Patronen genommen, sein Gewehr geladen und auf den Sergeanten Ball angelegt. Seine Kameraden haben sich darauf um ihn gestellt, und schließlich hat der Soldat, nachdem ihm der Vizefeldwebel Vorhaltungen gemacht hatte, das Gewehr mit dem Lauf zur Erde geworfen. Durch sein Benehmen ist niemand ein Schaden entstanden.

Das Gericht verurteilte dem Angeklagten mildernde Umstände und erkannte wegen Mitleidsbedürfnis, Ungehorsams und tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten im Dienst und vor versammelter Mannschaft mittels einer Waffe, zu der oben mitgeteilten überaus harten Strafe.

Schweiz.

Gegen die Gefängnisgrenze.

Den Abbruch der diplomatischen Beziehung zu Rußland beantragte die sozialdemokratische Fraktion im schweizerischen Nationalrat. Der Antrag wurde begründet mit der Mißhandlung der politischen Gefangenen und dem Rechtsbruch gegen die zweite Duma. Der Nationalrat lehnte den Antrag mit 63 gegen 16 Stimmen ab.

Holland.

Das Alterspensionsgesetz.

Am 9. Dezember war der Tag, an dem an ungefähr 80 000 Personen zum erstmaligen Alterspensionen ausgezahlt wurden. Damit ist der Anfang gemacht zu der Erfüllung einer Forderung, wofür die sozialdemokratische Partei Hollands seit 17 Jahren gekämpft hat. Anfangs standen alle bürgerlichen Parteien dieser Forderung mit erbittertem Hohn gegenüber; aber unter dem Druck der Wählerkraft, die in immer größerer Zahl die Forderung zu der ihnen machte, mußten die Parteien nachgeben. Und nun ist sie, wenigstens in bescheidenem Maße, erfüllt. Die Alterspension wird bezahlt vom 70. Jahre ab mit 2 Gulden wöchentlich. Das ist noch viel zu wenig und das Bezugsalter ist viel zu hoch, aber für die notwendigen Verbesserungen wird nun schon weiter gekämpft werden.

Die Auszahlung an den Renthaltern gab Anlaß zu mancher fähernden Szene. Alte Leute, die bisher ein sorgenvolles Leben führten, erhielten zum ersten Male aus Grund eines Rechts eine Unterstützung, wofür sie nicht mit gebeugtem Haupte Dank zu sagen hatten. Die sozialdemokratische Partei hatte, um diesen Sieg, den sie jetzt erzielte, zu unterstreichen, und um die Arbeiter zu weiteren Kampf anzuportieren, zum Dienstag im ganzen Lande Versammlungen einberufen, die überall außerordentlich stark be-

sucht waren, auch von einer großen Zahl von Pensionsempfängern. Es kam in allen der Wille zum Ausdruck, nicht nachzulassen im Kampfe für sozialpolitische Forderungen, bis auch die holländischen Arbeiter vor den größten Gefahren geschützt sind.

Aus der Partei.

Karl Marx und August Vogt.

Genosse Louis Cohn-München schreibt uns: Der Abdruck in Ihrem letzten Montagsblatt des für die Partei geschickten Briefes, den August Vogt, L. H. Meiner und Sigfr. Meier im Jahre 1865 an Karl Marx richteten, veranlaßt mich, Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Bemerkung, „es ist möglich, daß Sorge seinen alten Freund überschätzt“ nicht zutrifft.

Ich war mit August Vogt in den Jahren 1871-73 in New York eng befreundet. Wir gehörten der Sektion der Internationale an, deren Vorsitzender und Führer Sorge war, und aus der sich im Jahre 1873 der Generalrat der Internationale bildete, als ihr Sitz nach New York verlegt wurde. Sorges Schilderung der Persönlichkeit August Vogts ist durchaus nicht geschmeichelt. Dieser Mann, der sich in New York als armer Fischhändler in einem schmutzigen „basement“ kümmerlich durchs Leben schlug, besaß eine außerordentliche Intelligenz und eine hervorragende Begabung für Logik und Dialektik. Damit warf er jeden Gegner in den Sand. Das habe ich mit großem Vergnügen des öfteren gesehen, als es sich darum handelte, die in Amerika lebenden Achtundvierziger und andere bürgerlichen Demokraten aus ihren jüdelhaften Deklamationen herauszuschälen; oft handelte es sich auch darum, den nebelhaften Vorstellungen der Sektionsmitglieder von Sozialismus und Kommunismus zu begegnen. Obgleich Autodidakt war Vogt doch ein durchgebildeter philosophischer Kopf aus der Schule Hegels, und den damals noch unüberstandenen Dingen konnte er allein in seiner Bedeutung würdigen und erklären. Seine volkswirtschaftlichen Kenntnisse hat ja Karl Marx, wie aus dem Briefwechsel Sorges hervorgeht, hochgeschätzt; hielt er ihn doch in jener Zeit in Amerika für den einzigen, der ihn verstanden habe.

Wir ist auch heute noch die Erinnerung an die kraftvolle Persönlichkeit Vogts — er gehörte zu jenen interessanten Mächtigkeiten, die wie Mirabeau jeden in ihren Bann zwingen — lieb und heilig. Dieser Pionier der Sozialdemokratie würde, wenn er heute lebte, unter den Millionen der Parteigenossen ebenso hervorstechen, wie zu der Zeit, als ihm nur wenige zu folgen vermochten.

Ungültige Stadtverordnetenwahlen. Die bürgerliche Mehrheit in Gunglitz hat die Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung, die mit dem Siege der vier sozialdemokratischen Kandidaten endete, für ungültig erklärt. Die Ungültigkeitserklärung erfolgte aus den wichtigsten Gründen und trotzdem der eingehende Rechtsauspruch zur Prüfung des Protestes alle Protestgründe als unbegründet zurückgewiesen und die Gültigkeitserklärung der Wahl beantragt hatte.

Totenliste der Partei.

In Freiburg i. Br. erlitt der Genosse Karl Jüngst auf der Straße einen Schlaganfall, dem er bald darauf erlag. Mit ihm ist ein Parteiveteran aus dem Leben geschieden, der in den Stürmen des Sozialkämpfers treu zur Fahne der Sozialdemokratie gehalten hat und mutig allen Verleumdungen trotzte. Wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften und wegen anderer Dienste für die Sozialdemokratie hat Jüngst dreimal im Gefängnis sitzen müssen. Bei ihm wirkte die Gewalttätigkeit des herrschenden Regimes in Deutschland doppelt grausam, denn er hatte in zwei Feldzügen für sein Vaterland gekämpft und schwere Verwundungen, die ihm Zeit seines Lebens viel zu schaffen machten, erlitten.

Karl Jüngst wurde im Jahre 1842 in Arminschwau in Sachsen geboren. Seiner Militärlaufbahn genugte er bei den Mannen in Dresden. Er nahm teil an den Feldzügen 1864 und 1866. In der Schlacht bei Königgrätz wurde er durch einen Langenstich und zwei Schüsse in die Beine sehr schwer verwundet, daß gelang seine Wiederherstellung, so daß er in der Lage war, später seinem Beruf als Schlosser und Decker wieder nachzugehen. Materielle Unterstützung hat Jüngst, obwohl er mit Orden und Ehrenzeichen bedacht worden war, vom dankbaren Vaterland nicht erhalten; er war ja einer von den „vaterlandslosen Gesellen“.

Nach Freiburg kam Genosse Jüngst im Jahre 1888. Ramentlich bis zum Fall des Schandgesetzes hat er auch hier der Partei seine wertvolle Dienste geleistet; auch später bis in die letzten Jahre hinein hat er reges Interesse an allen Parteifragen genommen, wie er auch der geistlichen Organisation gegenüber seine Pflicht als Klassenbewußter Arbeiter erfüllt hat. Die Partei wird das Andenken dieses Veteranen in Ehren halten.

Von der Parteipresse. Die „Allianzzeitung“ ist die „Allianzzeitung“, bisher Kopfblatt der Leipziger Volkszeitung, erscheint vom 1. Januar an in eigener Druckerei. In die Redaktion ist jetzt als zweiter Redakteur Genosse Karl Schmidt-Konnersburg eingetreten.

Dolmetsches, Gerichtliches usw.

Berechtigte Interessen eines sozialdemokratischen Redakteurs.

Daß die Gerichte sozialdemokratischen Redakteuren den Schutz des § 193 zubilligen, kommt höchst selten vor. Um so mehr muß hervorgehoben werden, daß das Reichsgericht jetzt ausdrücklich das Urteil der Strafkammer des Bielefelder Landgerichts bestätigt hat, wonach Genosse Schädlitz von der „Volkswehr“ von der Anklage, einen Lehrer beleidigt zu haben, freigesprochen wurde, weil ihm der Schutz des § 193 zuzukam.

Es handelte sich seinerzeit für die „Volkswehr“ um drei „Prügelprozesse“. Der Schutz des § 193 wurde unserem Genossen deshalb zugestanden, weil er als Vater schulpflichtiger Kinder das Recht hätte, Mißstände in den Schulen zu kritisieren. Die gegen den Lehrer geübten Ausdrücke seien zwar scharf, aber der Redakteur habe sich nicht auf andere ausdrücken können. Deshalb könne auch keine Verurteilung wegen einer Beleidigung nach Form und Umständen erfolgen. Eine Verurteilung erfolgte nur in einem Falle wegen des Ausdrucks „Prügelpädagoge“.

Lehrer Steube legte hiergegen Revision beim Reichsgericht ein. Sie ist aber zurückgewiesen worden mit der Begründung, daß die Anwendung des § 193 ohne Rechtsirrtum erfolgt sei.

Jugendbewegung.

Berichtigung.

In Nr. 306 des „Vorwärts“ hatten wir von fittlichen Berichtigungen nach § 175 berichtet, die, wie man uns geschrieben hatte, vom Vorsitzenden der Ortsgruppe Langfuhr des Jungdeutschlandbundes an Mitgliedern dieses Bundes begangen wurden. Zu dieser Notiz geht uns folgende Berichtigung zu:

Auf Grund des § 11 des Vertriebsgesetzes ersuche ich die Redaktion, eine Berichtigung der Notiz „Jugendbewegung ein Vertriebsgesetz“ vom 21. November 1913 zu veröffentlichen.

Die Behauptung, v. Schlöder sei Vorsitzender der Gruppe Langfuhr des Jungdeutschlandbundes gewesen, ist unrichtig. v. Schlöder ist weder Führer, noch Mitglied des Jungdeutschlandbundes; er ist der Leiter des hiesigen Ortsvereins, der auch Langfuhr umfasst, unbekannt! Schlöder hat nur als Bekannter von Mitgliedern der Gruppe Langfuhr an einzelnen Veranstaltungen dieser Gruppe — wie das vielfach geschieht — als Redakteur teilgenommen, kann also mit der Jungdeutschland-Organisation selbst nicht in Verbindung gebracht werden.

Kaumann,
Generalleutnant a. D. und
Vertrauensmann für den Reg.-Bez. Danzig.

Soziales.

Gemeingefährliche Wirkung der Ausnahmegeetze gegen Landarbeiter.

Wie überaus notwendig es ist, die Ausnahmegeetze gegen Landarbeiter zu beseitigen, lehrt folgender Fall: Ein Instmann war am 1. März zu einem Agrarier in Kalkshöfen (Kreis Beblau) gezogen. Die Wände der Instmanns-„Wohnung“ wiesen fingerbreite Risse auf; das Wasser lief durch die Decke. Zu einer Nacht war eine Badewanne voll Wasser in die Wohnung gelaufen. Die Betten verimmelten und die Bettstellen begannen zu faulen. In einer solchen „Wohnung“ mußte sich der Instmann mit seiner Frau und seinen beiden Kindern, von denen eins 1 1/2 Jahr und das andere 2 1/2 Jahr alt war, aufhalten. Die Gesundheit seiner Familie war auf das schwerste gefährdet. Deshalb eruchte der Arbeiter den Besitzer, die Wohnung reparieren zu lassen. Der Agrarier reagierte aber darauf nicht, obwohl die Anforderung wiederholt an ihn gerichtet wurde. Jetzt zog der Mann einfach aus und gab die Arbeitsstelle auf. Nunmehr schritt der Amtsvorsteher ein. Er sorgte aber nicht dafür, daß die Wohnung ausbessert wurde, sondern er sandte — es ist kaum glaublich, aber wahr — dem Landarbeiter, für den der Kontraktbruch die einzige Rettung war, ein Strafmandat von 3 Mark, weil er vor Ablauf des Vertrages seinen Dienst verlassen hätte.

Der Arbeiter verlangte gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht in Beblau erkannte auch auf Freisprechung. Selbst der Amtsanwalt mußte die Landarbeiter-„Wohnung“ als — Wanzennbude bezeichnen.

Und angesichts dieser Zustände wundern sich die Agrarier über die Leutenot. Ganz unverständlich ist in diesem Falle das Verhalten des Amtsvorstehers. Hat er die Wohnung des Arbeiters gar nicht besichtigt, sondern einfach auf Grund der Anzeige des Agrariers dem Landarbeiter sofort ein Strafmandat geschickt? Hätte sich der Arbeiter einschließen lassen und wäre er in seine Arbeitsstelle zurückgekehrt, so hätte er, wenn die Wohnung in alten Zustände geblieben wäre, seine Kinder bald auf den Kirchhof bringen können und er und sein Weib wären gesundheitlich aufs schwerste geschädigt worden. Fort mit den Ausnahmegeetzen, die solche Zustände herbeiführen!

Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Siegelstein.

Der geistige „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine vom Bundesrat auf Grund des § 126 der Gewerbeordnung erlassene Verordnung, die die Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zu bestimmten Vorrichtungen in Siegelstein und Anlagen zur Herstellung von Dinaststeinen, Schamottesteinen und Schamotteerzeugnissen verbietet. Die Verordnung tritt am 1. Januar 1914 an Stelle der Verordnung vom 15. November 1903 in Kraft, deren Inhalt durch die neue Verordnung etwas erweitert wird. Der wesentliche Inhalt der jetzt erlassenen Bundesratsverordnung geht dahin:

„In Siegelstein und Anlagen zur Herstellung von Dinaststeinen, Schamottesteinen und anderen Schamotteerzeugnissen dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden:

- a) bei den Abrumarbeiten, bei der Gewinnung, der Verladung und der Beförderung der Rohstoffe einschließlich des eingestampften Leumes;
- b) bei der Handformerei (dem Streichen oder Schlagen) der Steine mit Ausnahme von Dachziegeln (Dachspannen) und von Zimsandsteinen (Schwemmsteinen);
- c) bei der Beförderung von Kohlen in Schiefelassen auf die Oefen, beim Befeuern der Oefen und bei allen Arbeiten in Oefen einschließlich der Erdgrößen, jedoch mit Ausnahme des Füllens und Entleerens der oben offenen Schmauchöfen;
- d) bei der Beförderung geformter (auch getrockneter und gebrannter) Steine, soweit diese nicht durch Abtragen von Hand oder mittels Tragrettern, oder in Rollwagen, die auf einem seitverlegten, magerichten Gleise oder auf einer Hängebahn laufen, erfolgt.“

Aus dem Gewerbegericht.

Zwei Musiker forderten gestern von dem Kapellmeister Bendleben wegen vorzeitiger Entlassung Bezahlung der Löhne bis Ende des Monats, da eine 14tägige Kündigung zum 15. jeden Monats per ultimo ausgemacht. Im ersten Falle behauptete der Beklagte, der Kläger habe trotz mehrfacher Verwarnung nicht so pünktlich wie er sollte, sondern im Gegenteil absichtlich unrichtig gespielt. Der Nachweis gelang ihm jedoch nicht. Gefordert waren 287,50 M. Da der Kläger einige Einnahmen gehabt hatte, kam ein Vergleich in Höhe von 175 M. zustande.

Im zweiten Falle war dem Kläger gesagt, er möge sich mit einer Bezahlung von 6 M. pro Tag zufrieden geben, am 7. M.; der Kapellmeister wolle dafür sorgen, daß er anderweitigen Verdienst bekomme. Unter dieser Bedingung erklärte sich der Kläger einverstanden. Es wurden ihm zu drei Abenden auch nur je 6 M. gezahlt, anderweitige Beschäftigung erhielt er jedoch nicht, und verlangte nun die ursprünglich vereinbarte Bezahlung von pro Abend 7 M. Darauf wolle jetzt der Kapellmeister nicht eingehen und will gesagt haben: „Wenn Sie damit nicht zufrieden sind, können Sie aufhören.“ Der Kläger will aber erst gegangen sein, als ihm gesagt wurde, er möge sein Instrument einpacken und sofort das Podium verlassen. Die Zeugen konnten den Vorgang nicht mehr genau angeben.

Das Gericht kam zur Klageabweisung. In den Worten des Kapellmeisters habe keine Entlassung gelegen. Wenn der Kläger mit der geringeren Bezahlung nicht einverstanden war, hätte er weiterspielen und dann die Differenz beim Gewerbegericht eintragen sollen. — Dieses Urteil geht fehl, denn nach § 124 der Gewerbeordnung ist der Arbeitnehmer berechtigt, sofort das Arbeitsverhältnis zu lösen, wenn ihm der schuldige Lohn nicht in der ausbedungenen Weise gezahlt wird. Die Klageforderung betrug 180 M., die Sache ist also berufsungsfähig.

Aus Industrie und Handel.

Dividendenreduktion bei Schaaffhausen.

Der A. Schaaffhausensche Bankverein hat in den letzten Jahren mannigfache Verluste erlitten. Besonders durch die Krise am Berliner Grundstücks-, Hypotheken- und Baumaarkt ist die Bank hart in Mitleidenschaft gezogen worden. So war die Bank im vergangenen Jahre an den Schwierigkeiten der Firmen Kurt Bernth, Boardinghouse A. G. und der Textinggesellschaft Groß-Berlin beteiligt. Im laufenden Jahre scheint sich bei der allgemeinen Geldverknäuerung die Situation für die Bank noch verschlechtert zu haben. Die Verwaltung des Bankvereins hat daher beschlossen, zum Zweck erneuter Abscheidungen den 9,3 Millionen Mark betragenden Spezial-Reservefonds und einen größeren Teil des Gewinns aufzubrauchen. Dadurch wird die Dividende von 5 Proz. im Vorjahre auf 3 Proz. herabgesetzt werden.

Wilson's Antitrust-Programm.

Wie ein Telegramm aus Washington meldet, zielt das Programm, das Präsident Wilson für die Antitrust-Gesetzgebung während der gegenwärtigen Session des Kongresses aufgestellt hat, darauf hinaus, die mannigfachen Formen des Monopolwesens und der Ausschaltung der Konkurrenz im Handelsverkehr, die als unbillig und als gegen das Gesetz verstoßend zu gelten haben, zu definieren, die Beweiskraft, daß keine unbillige Beschränkung der Konkurrenz im Handelsverkehr besteht, dem Angeklagten aufzulegen und es zu verbieten, daß ein und dieselben Personen in den Aufsichtsräten mehrerer Gesellschaften sitzen. Ferner faßt das Programm die Schaffung einer „Interstate Trade Commission“ ins Auge, die befugt sein soll, das Monopolwesen zu regulieren, Untersuchungen anzustellen und den Gerichten behilflich zu sein, über Truists verhängte Auflösungsbeschlüsse zur Durchführung zu bringen. Dieses Antitrust-Programm wurde von Präsident Wilson nach einer Konferenz mit den demokratischen Mitgliedern des Justizkomitees des Repräsentantenhauses entwickelt. — Sollte dieses Programm Gesetz werden, so würden die Truists allerdings ernsthaft getroffen werden. Das bestehende Antitrust-Gesetz, die Sherman Act, hat bisher keinem der Truists wirklichen Schaden zugefügt. Aber es ist fraglich, ob Präsident Wilson den Kampf gegen die Truists nicht reichlich durchzuführen können. Die jetzige amerikanische Regierung wird sich den konzentrierten Kapitalmächten wohl ebenso bedingungslos beugen müssen, wie die frühere Regierung dem Kartelltrist bei der Geldkrise im Jahre 1907.

Die Welle der Krise steigt. Nach einer Meldung aus Metz haben in der Industrie an der lothringisch-luxemburgischen Grenze wegen Arbeitsmangels große Arbeiterentlassungen bereits stattgefunden. Etwa 3000 Arbeiter sind abgewandert. Die Arbeitszeit ist um einen Tag in der Woche gekürzt worden, und zwar wird anstatt an sechs nur an fünf Tagen gearbeitet.

Gerichts-Zeitung.

Ungültige Polizeiverordnung?

Die am 1. April d. J. in Aachen getretene Polizeiverordnung vom 12. Februar 1913 betreffend den gewerblichen und Handelsverkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln bestimmt in § 10 der „Vorrichtungen für das Personal im Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln: Den mit der Zubereitung und dem Verkauf von Eßwaren beschäftigten Personen ist das Rauchen, Schnupfen und Tabakkauen bei ihrer Beschäftigung verboten.“ Wegen Uebertretung dieser Bestimmung hatte das Schöffengericht einen Händler, der in seinem Marktstand Geflügel feilbietet und dabei geraucht hatte, zu 3 M. Geldstrafe verurteilt. In der Berufung hatte sich die 9. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schmarke gegen die Prüfung der Rechtsgültigkeit dieser Bestimmung zu beschließen. Das Gericht kam nach längerer Beratung dazu, die Rechtsgültigkeit des § 10 zu verneinen. Landgerichtsdirektor Dr. Schmarke begründete diese Rechtsansicht des Gerichts unter Anlehnung an die Stellungnahme des Kammergerichts zu einer anderen ähnlichen Streitfrage über eine weitere Bestimmung dieser Verordnung. Der § 12, der das Rauchen von Eßwaren, Früchten usw. durch die Käufer verbietet, sei zweifellos rechtmäßig, der § 10 dagegen nicht. Der Angeklagte würde aus diesem Grunde freigesprochen werden. Die Freisprechung würde aber auch, selbst wenn der § 10 rechtmäßig wäre, aus dem Grunde erfolgen, weil solches feilgebotene Geflügel nicht unter den Begriff „Eßwaren“ fällt.

Verhaftungen Angeklagter.

In dem auf Wochen berechneten Prozeß gegen die Leiter der „Allg. Spor- und Kreditbank“ war in der gestrigen Sitzung der zweite Angeklagte Philipp Eichenbein, der von der Anklage als die Seele des ganzen Unternehmens angesehen wird, nicht erschienen. Statt seiner überbrachte eine dem Angeklagten nahe stehende Dame die Nachricht, daß der Angeklagte körperlich ganz zusammengebrochen sei und sich in ein Sanatorium begeben habe. Eichenbein hat in dieser Sache vom 27. Oktober 1912 bis 22. März 1913 in Haft gesessen und war dann gegen Bürgschaft entlassen worden. Die Ueberbringerin der Nachricht wußte den Aufenthaltsort des Angeklagten nicht anzugeben und auch Rechtsanwalt Kühel erklärte auf Verfragen, daß ihm sein Klient von seiner Anklage, in ein Sanatorium zu gehen und über seinen augenblicklichen Aufenthalt nichts mitgeteilt habe. Es wurde beschlossen, zunächst ohne Anwesenheit des E. weiter zu verhandeln, um aber die Möglichkeit der Weiterverhandlung zu sichern, beschloß der Gerichtshof in der gestrigen Sitzung, sowohl den Angeklagten Siegfried Rosenbaum, der gegen Bürgschaft seinerzeit aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, als auch den Angeklagten Dentist Willi Goldstein in Haft zu nehmen. Der Angeklagte Kaufmann Karl Rudolf Kötter sitzt seit dem 29. November 1912 in Untersuchungshaft, so daß die Anwesenheit dieser drei Angeklagten sichergestellt ist.

Ein Diebstahlsplünderer.

Ein Diebstahlsplünderer, der zahlreiche Diebstahlsbegehren in arge Angelegenheiten gebracht hatte, mußte sich gestern in der Person des Händlers Paul Giesler vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III verantworten. — Der Angeklagte, der wegen ganz ähnlicher Straftaten schon mehrfach verurteilt ist, arbeitet mit folgendem Trick: Er besucht die Friedhöfe und beobachtet dort die Frauen, die die Gräber ihrer Angehörigen aufräumen, um die Blumen zu begießen und zu pflegen. Viele dieser Frauen haben die Angewohnheit, ihre Sachen, darunter meist auch die Handtasche mit dem Portemonnaie, während sie von dem zumeist ziemlich entfernten liegenden Brunnen Wasser holen, an dem Grabe liegen zu lassen. Dies machte sich der Angeklagte zunutze, indem er Mißgunst die Taschen öffnete, das Portemonnaie entwendete und damit verschwand. — Am 20. Juli d. J. gelang es einer Frau Stamer, die den Sebastianstübchen besucht hatte, den dritten Dieb auf feicher Tat abzufassen. — Staatsanwaltschaftssekretär Fuhrmann kontraktierte mit Mißgunst auf die Gemeingefährlichkeit denartiger Diebstahle eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, auf die das Gericht auch erkannte.

Letzte Nachrichten.

Eine dunkle Affäre.

Brag, 11. Dezember. (W. Z. B.) In Köln wurde der Pfaffener Smolik und sechs andere Personen verhaftet wegen des Verdachtes, das hiesige Dienstmädchen Bittuska in ihre Wohnung gelockt, drei Wochen dort festgehalten und unter Folter und durch Hunger zu schimpflichem Verlechte mit Körpern angehalten zu haben. Als das Mädchen, welches etwas gesteschwach, jedoch von großer körperlicher Schönheit war, zum Skelett abgemagert und so für die Mordlinge wertlos geworden war, tötete Smolik es und legte die Leiche mit Hilfe des Schmiedehilfen Schwacher am letzten Freitag in der Nähe von Köln vor einen Eisenbahnzug. Die Leiche wurde tatsächlich überfahren und man glaubte an einen Selbstmord. Am Dienstag wurde nun Gestmacher in Brag verhaftet. Er gab an, von Smolik nach Brag geschickt worden zu sein, um sich wegen Verübung eines Mordmordes anzugeben. Er hoffe aber nicht verurteilt zu werden, da er wegen Wohnsitzes bereits in einer Irrenanstalt gewesen sei.

Eisenbahnunglück in Belgien.

Brüssel, 11. Dezember. (W. Z. B.) Heute nachmittags fuhr infolge falscher Weichenstellung im Bahnhof Londen auf der Strecke Brüssel-Lüttich ein von Ciney kommender Personenzug auf leere Wagen auf. Dreizehn Personen wurden verletzt, davon zwei schwer.

A. Wertheim heute billige Lebensmittel

Fleisch

Ochsen-Schmorfleisch . . . Pfd. 1.00
 Roastbeef Pfd. 1.00, o. Knochen 1.50
 Brust und Fehrlippe . . . Pfd. 85 Pf.
 Kamm 80 Pf., Pökelschinken Pfd. 1.25
 Kalbskeule und Rücken . . . Pfd. 1.05
 Kalbsbrust, Kamm, Bug Pfd. 85 Pf.
 Kalbsbrustspitze . . . Pfd. 1.00
 Schinken im Ganzen . . . Pfd. 80 Pf.
 Schweinekoteletts . . . Pfd. 1.00
 Schweinekamm u. Schuft Pfd. 85 Pf.
 Rückenfett Pfd. 60, Linsen Pfd. 75 Pf.
 Kasseler Rippspeer Pfd. 80 bis 95 Pf.
Australisches Hammelfleisch
 Keule im Ganzen . . . Pfd. 75 Pf.
 Rücken im Ganzen . . . Pfd. 65 Pf.
 Dicke Rippe Pfd. 70, Dünnung 55 Pf.
 Starke Hasen gestreift, von 3.25 an
 Rehkeulen von 4.75 an

Obst u. Gemüse

Amerikan. Äpfel . . . Pfd. 28 Pf.
 Kochäpfel Pfd. 13, 16 Pf.
 Rote Essäpfel Pfd. 15, 18 Pf.
 Tiroler Äpfel 2 Pfd. 35 Pf.
 Kochbirnen Pfd. 15 Pf.
 Tiroler Flaschenbirnen . . . Pfd. 25 Pf.
 Almeria-Trauben Pfund 45 Pf.
 Apfelsinen Dtz. 30, 38, 45 Pf.
 Mandarinen Pfd. 28 Pf.
 Mandarinen Kiste 25 Stck. 98 Pf.
 Hasel- und Walnüsse . . . Pfd. 45 Pf.
 Traubenrosinen Pfd. 65 Pf.
 Feigen Kistchen 33, 40 Pf.
 Blumenkohl Kopf 15, 20, 25 Pf.
 Rosenkohl Pfd. 15 Pf.
 Schwarzwurzeln Pfd. 10 Pf.
 Mohrrüben 5 Pfd. 15 Pf.
 Sellerie Knolle 5, 8, 10 Pf.

Wurstwaren

Rotwurst Pfd. 55, 75 Pf.
 Landleberwurst Pfd. 90 Pf.
 Pasteten-Leberwurst . . . Pfd. 1.15
 Tomatenleberwurst Pfd. 1.20
 Sardellenleberwurst Pfd. 1.20
 Trüffelwurst Pfd. 1.20
 Jagdwurst Pfd. 1.10
 Teewurst Pfd. 1.30
 Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.35
 Gänse Pfd. 60, 70, 78 Pf.
 Gänse-Rümpfe Stück 2.50 bis 4.25
 Tilsiter Mastenten Pfd. 85 Pf.
 Puten Pfd. 85 Pf.
 Suppen-Hühner Stück 1.40 bis 2.60
 Brat-Hühner Stück 1.30 bis 2.40
 Krammetsvögel Stück 35 Pf.
 Gänse-Pökelfleisch Pfd. 68 Pf.

Butter und Käse

Koch- und Backbutter Pfd. 1.10, 1.18
 Tischbutter Pfd. 1.28 1/2 Pfd.-Pak. 64 Pf.
 Tafelbutter Pfd. 1.36, 1/2 Pfd.-Pak. 68 Pf.
 Gänseeschmalz garant. rein Pfd. 95 Pf.
 Bratenschmalz Pfd. 68 Pf.
 Pfäumenmus Pfd. 25 Pf.
 Emmentalerkäse Pfd. 1.10
 Bayerisch. Schweizerkäse Pfd. 88 Pf.
 Holländer Käse Pfd. 75 Pf.
 Romatur-Käse Stück 28 Pf.
 Limburger Käse Pfd. 45 Pf.
 Brie-Käse Pfd. 78 Pf.
 Camembertkäse Stück 20 Pf.
 Kuh- und Landkäse 2 Stück 35 Pf.
 Faust- und Spitzkäse 3 Stück 25 Pf.
 Speise-Quark Stück 10 Pf.

Fische

Kabeljau o. K., i. gz. Fisch. Pfd. 28 Pf.
 Seelachs o. K., i. gz. Fisch. Pfd. 26 Pf.
 Schellfisch 2-4 Pfd. schwer Pfd. 30 Pf.
 Rotzungen Pfd. 30 Pf.
 Merlan Pfd. 25 Pf.
 Frische Zander Pfd. 68 Pf.
 Lachs in ganzen Fischen Pfd. 50 Pf.
 Seemuschelein 100 Stück 30 Pf.
 Lebende Karpfen Pfd. 85, 95 Pf.
 Leb. Hechte Pfd. 1 Mk.
 Leb. Schleie Pfund 1.15
 Leb. Plötzen Pfd. 48 Pf.
 Kieler Bücklinge 3 Stück 25 Pf.
 Makrelen-Bücklinge Stück 10 Pf.
 Goldfische Stück 10 Pf.
 Sprotten Pfd. 65 Pf.
 Sprottbücklinge Pfd. 55 Pf.

Bekanntmachung der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Berlin-Friedenau, Rheinstraße 9.

Die auf Grund unserer nach § 56 der Satzung erfolgten Wahl-
 ausübungs hier fristgemäß eingegangenen gültigen Wahlvorschläge ent-
 halten im Ganzen nur so viele wählbare Bewerber, wie Vertreter zu
 wählen sind.
 Die auf den 29. Dezember d. J. festgesetzte Wahl findet demnach nicht
 statt, da nach der Bestimmung des § 9 der Wahlordnung die vorgeschlagenen
 Bewerber als gewählt gelten.

Am Mittwoch, den 13. Januar 1914, in der Zeit von 8-9 Uhr,
 erfolgt in den Räumen der Kasse, Rheinstraße 9, u. I., die Wahl des Vor-
 standes der Allgemeinen Orts-Krankenkasse Berlin-Friedenau, zu der die
 Vertreter im Ausschuss (d. h. diejenigen in erster Reihe angeführten
 15 Arbeitgeber und 30 Arbeitnehmer) eingeladen werden.

Die gewählten Vertreter erhalten außerdem noch eine schriftliche Ein-
 ladung.

Es sind zu wählen:
 3 Vorstandsmitglieder und 6 Ersatzmänner aus der Gruppe der
 Arbeitgeber;
 6 Vorstandsmitglieder und 12 Ersatzmänner aus der Gruppe der
 Arbeitnehmer, und zwar auf die Dauer von vier Jahren (bis zum
 31. Dezember 1917).

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundregeln der
 Verhältniswahl nach näherer Bestimmung der Wahlordnung.
 Die Vertreter im Ausschuss werden hienmit aufgefordert, schriftliche
 Wahlvorschläge, gefolgt für Arbeitgeber und Versicherte, aufzustellen und
 diese dem Vorstände, Rheinstraße 9, bis spätestens 27. Dezember 1913 ein-
 zureichen.

Später eingehende Wahlvorschläge sind unzulässig. Die Wahlvorschläge
 müssen von je 3 Ausschussmitgliedern der betreffenden Gruppe unter-
 zeichnet sein. Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden.
 Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal soviel Bewerber benennen, als
 Vorstandsmitglieder zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter
 fortlaufender Nummer anzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Nennung
 ausdrücken und nach Familien- und Vornamen, Beruf, Wohnort und
 Wohnung zu bezeichnen.

Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind,
 anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Be-
 werber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der
 Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche
 Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach
 § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablegung der Wahl befugt ist.
 Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Die Wahl-
 vorschläge werden von dem unterzeichneten Vorstand nach der Reihenfolge
 ihres Einganges mit Ordnungsziffern versehen. Sind auf gültigen
 Wahlvorschlägen im Ganzen nur soviel wählbare Bewerber benannt, wie
 Vorstandsmitglieder zu wählen sind, so gelten sie als gewählt.

Im übrigen gelten für die Wahlhandlung, für die Ermittlung des
 Wahlergebnisses und für die Ersatzmänner die §§ 10-20 der Wahlordnung.
 Berlin-Friedenau, den 12. Dezember 1913. 301/9

Der Vorstand.

Bauer, Vorsitzender. Sahlig, Schriftführer.

Schubert's Armeesohle

hergestellt aus
**reiner
 hydrophiler
 Baumwolle.**

Aerztl. anerkannter
 bester Schutz gegen
**Kälte und
 Schweiß.**

Kein Wundlaufen!
 Keine Erkältung!
 Keine harte Haut!
 Keine Blasen!

Für
 ältere Leute unentbehrlich.
 Schont Schuhe u. Strümpfe.

Fabrikant: Oswald Schubert, Harthau bei Chemnitz.



Leineweber

Berlin C

Rohstr. 34 Kölnischer Fischmarkt 4-6 Fischerstr. 1

Für jede Körperform passende
Herren-Anzüge - Ulster - Paletots
 von 21.- bis 75.- M.



Weihnachts- Geschenke

Morgenjoppen, Schlaf-
 röcke von 8.50 bis 45.- M.

Beinkleider, Phantasie-
 Westen von 4.- bis 18.- M.

Lodenjoppen, Pelerinen
 von 8.50 bis 28.- M.

Knaben- u. Jünglings-Kleidung

nur in eigenen Werkstätten hergestellt, ist
 besonders preiswert und unübertroffen
 in Sitz und solider Verarbeitung

Knaben - Uniformen

Vom 16. d. M. bis Weihnachten an den Wochentagen bis 9 Uhr abends
 und am Sonntag, den 14. u. 21. Dezbr., von 8-10 u. 12-8 Uhr geöffnet.

Los nur 50 Pf. Ziehung: 16. Dezembr.

Berliner Lotterie

3489 Gewinne im Werte von Mark

45000
10000
5000

Los 50 Pf. 11 Lose nur 5 M.
 Porto und Liste 30 Pf. extra.

H.C. Kröter

BERLIN W 8, Friedrichstr. 193a
 Erhältlich auch in allen durch
 Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Stoffe

für Maßanzüge,
 Paletots Meter M. 5, 7, 9
 Kostüm- und
 Ulsterstoffe Mr. M. 3, 4, 5
 Persianer imit.
 Plüsch 130 cm br. Meter M. 7⁵⁰ 9⁵⁰
 Seiden-Seal prima Qual. Meter M. 15
 Astrachan, Feh- futter Meter M. 4⁵⁰ 6⁵⁰
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
 Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
 Petrikirche.

Hilfsbein Bier



Das Lob ich mir
 häufig, gesundlich, bestmöglich
In Freien Stunden
 Die
 Wochenchrift für Arbeiterfamilien
 Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie
 direkt in der **Möbelfabrik**
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 kein Laden kein Kaufmann
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - eigene
 Tischlerei und Polstererei. - Auf Wunsch Teilzahlung.
 35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

50 Pf. wöch. **Ohne Anzahlung**
 Spiegel, Bilder, Decken, Paravane, Topplase, Gardinen, Stosen,
 Ferner mit kl. Anzahlung (1 M. wöchentlich) Herren-,
 Damen-, Kinder-Garderobe, Pelzwaren, Bett-
 u. Leibwäsche, Betten, Garkränen. Bitte Besuch od. Postkarte.
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
 und einzelne Möbel
 in großer Auswahl.
**Modernes Schlaf-,
 Speise- und Wohn-
 zimmer, bunte Küchen**
 bei kleiner An- u. Abzahlung.
J. Antel
 Brückenstr. 2
 nahe Jannowitzbrücke.
 Stube und Küche schon
 von 15 M. Anzahlung
 an. Kleinste Abzahlung.
 Bei Arbeitslosigkeit u. Krankh.
 größte Rücksicht.
 Liefers auch auswärt.

Zigarrengeschäfte
 mache ich aufmerksamer auf meine Skandia-Spezialitäten:
Skandia-Skraa
 und
Solidaritäts-Tabak
Max Ziegenhals, Neue König-Straße 70
 (Königstadt: 3047).
 Sämtliche eingeführte Fabrikate in Zigaretten, Tabaken,
 Zigarren zu billigen Preisen.

Die Frage spielt seit einem Jahrzehnt in Norwegen eine Rolle. Schon 1902 wurde eine Regierungsvorlage, betreffend die Vermittlung in Arbeitskonflikten veröffentlicht, die eine ziemlich eingehende der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit enthielt. Diese Vorlage ist nie Gesetz geworden; aber der Gedanke eines gesetzlichen Eingreifens in diese Materie ist seitdem nie ganz ausgefallen. Mit der Verschärfung der gewerkschaftlichen Kampfesart auch die Ansicht der Anhänger eines solchen Eingreifens, ihre Wünsche befriedigt zu sehen. Schon im vorigen Jahre legte die konservative Regierung einen entsprechenden Entwurf vor, der neben einer Regelung des Einigungsverfahrens auch den Zwangsvergleich vorsah. Durch die diesjährigen Parlamentswahlen wurde die konservative Herrschaft gestürzt und die nachfolgende liberale Regierung des Herrn Gunnar Knudsen zog den Entwurf zurück. Aber nur, um bald darauf einen neuen vorzulegen, der keineswegs annehmbarer ist.

Der vorliegende Regierungsentwurf regelt zunächst das Einigungsverfahren. Daneben soll der Regierung das Recht gegeben werden, den Zwangsvergleich resp. Schiedsspruch im Einverständnis mit dem Parlament anordnen zu können für den Fall, daß ein in Aussicht stehender Kampf öffentliche Interessen bedroht. Bei der zentralisierten Kampfesführung in Norwegen berührt und bedroht jeder größere Kampf öffentliche Interessen. Zum mindesten hat jede Partei es in der Hand, mit Hilfe der Sympathiekampfkraft einen jeden Konflikt so auszudehnen, daß er öffentliche Interessen berührt. Wer also an einem Schiedsspruch Interesse hat, kann der Regierung die Gelegenheit zum Eingreifen leicht bereiten. Vor allem aber liegt es ganz in der Hand der jeweiligen Regierung, ob sie den Zwangsvergleich anordnen will oder nicht.

Gegen diese Ordnung der Dinge haben Unternehmerorganisation und Gewerkschaften einmütigen Protest erhoben. Einer gemeinsam eingesetzten Kommission gelang es, die Verhandlung des Entwurfs im Parlament so lange aufgehalten zu bekommen, bis die Kommission eine neue Vorlage ausgearbeitet hätte. Das ist nun geschehen. Die Kommission akzeptiert im wesentlichen das Einigungsverfahren, lehnt aber den Zwangsvergleich ab. Die Regierung erklärt aber, daß sie gegenüber den Kommissionsvorschlägen an ihrem Entwurf festhalten müsse, weil dieser Aussicht hat, angenommen zu werden. Der eiserne Gewerkschaftskongress wird nun die Stellung der Arbeiter nochmals präzisieren und über die Mittel beschließen, die diesen Angriff auf das freie Konstitutionsrecht resp. Streikrecht abzuwehren geeignet erscheinen.

Stadtverordneten-Versammlung.

36. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Dezember 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorheriger Mischeit eröffnet die Verhandlungen nach 5 1/2 Uhr. In den Ausschuss für den Antrag Krone (Soz.) wegen Regelung der Angestellten-Versicherung sind seitens der sozialdemokratischen Fraktion deputiert Börner, Dupont, Koblen, ger, Ritter, Schneider.

In die Armenverwaltung wird als Bürgerdeputierter Fabianus Richard Hauser, Gneisenaustr. 107, mit 15 Stimmen gewählt; Armenkommissionsvorsitzende Frau Ottilie Gerndt erhält 38 Stimmen.

Ohne Diskussion gelangt die Vorlage über die Krankenversicherung der nicht angeestellten Lehrpersonen an den Berliner Gemeindefürsorge zur Annahme.

Die Vorlage wegen Befreiung bestimmter Privatbediensteter von der Krankenversicherungspflicht geht an einen Ausschuss.

Mit der ersten Beratung der Vorlage wegen Schaffung eines Hafenanstalts und Gewährung einer Zehnprozentzuschußung an dessen Leiter wird verbunden die Beratung über den Bau eines Weichhafens.

Oberbürgermeister Vermuth: In der Öffentlichkeit ist im Laufe der letzten zehn Jahre immer dringender darauf hingewiesen, daß die Gelegenheit ergriffen werden müsse, die Vorteile des Großschiffahrtsweges nach Stettin auch unserer Reichshauptstadt nutzbar zu machen; und auch in der Versammlung hat sich eine immer wachsende Unruhe über das langsame Vordrängen des Projekts des Weichhafens kundgetan, zuletzt nach der Anfrage Tode und Genossen am 13. Juni 1912 und bei der Staatsberatung für 1913. Die hiesigen Behörden trifft wegen dieser Verzögerung keine Schuld. Die Bearbeiter des Projekts haben es nach Überwindung turmhohen Schwierigkeiten erreicht, daß, wenn der Großschiffahrtsweg im nächsten Frühjahr eröffnet werden sollte, wir zwar nicht mit einem fertigen Hafen am Plage sind, aber doch verhindern können, daß der neue Verkehr an uns vorbei passiert und sich in besser geeignete Gegenden einnistet. Daß unser Wasserwerke seit 1906 zurückgeht, resultiert eben aus dem Mangel an ausreichenden Daten, Labordiagnosen und Vorarbeiten mit Eisenbahnansatz. Der Ausbruch unserer Wasserwerke wird zahlreiche Hindernisse des Ost- und Weichhafens beseitigen; aber sollen wir deshalb auf das erprobte Terrain verzichten, und befand es hier, wo wir für die Bedeutung des Schiffahrtsweges mit voller Würdigung eingetreten sind? Von einer überbürdeten Ausgabe kann man nicht reden. Die vorläufige Endsumme ist 1911 mit 30 Millionen Mark angegeben, davon sind damals 8 Millionen zurückgestellt worden, weil wir glaubten, daß der Betrag bis Ende 1913 nicht würde verbraucht werden. Die damalige Endsumme wird in der jetzigen Vorlage um 6 Millionen überschritten. Die Vorlage, der formelle Niederlassung des seit langen Jahren Geplanten und Beschlossenen, fällt jetzt zusammen mit mehreren anderen großen, ebenfalls lange beschlossenen Aushebungen. Das ist Zufall; wir wollen das Tempo unserer Ausgaben nicht beschleunigen oder übersetzen. Aber hier müssen wir entschlossen bleiben; indem wir ihnen diese drei großen Ausgaben vorlegen, führen wir nur langst in Aussicht Genommenes aus. Damit bringen wir ein großes Problem für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt zur Lösung.

Stadtver. Reimann (N. L.) demängelt die enorme Höhe des Hafenanstalts von 38 Millionen, die man noch vor zwei Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Der Plan der Anlage sei demnach zu ausgebeutet und großartig und verträglich sehr wohl eine Einschränkung. Seine Fraktion glaube nicht, daß mit dem neuen Hafen ein Geschäft zu machen sei. Ausschussberatung sei unmöglich.

Stadtver. Krause ist über diese ablehnende Haltung einer großen Fraktion sehr befreut. Der Magistrat sei mit der Vorlage nach den Wünschen, die die Versammlung seit 1905 geäußert habe, entgegengekommen und habe unendliche Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Daß man früher mit 30 Millionen auszukommen erklärt habe, sei unrichtig. Eine Rentabilitätsberechnung für eine solche Hafenanlage könne man nicht verlangen. Der Wasserverkehr habe sich auf allen deutschen Strömen gehoben. Die Versorgung der Großstadt mit Lebensmitteln usw. auf dem Wasserwege sei ein anerkanntes Bedürfnis; dazu bedürfe es aber auch ausreichend großer Hafenanlagen. Sodann demängelt sich der Magistratsreferent, die Bemängelung des Antragsantrags zu widerlegen.

Stadtver. Rosenow (R. L.) spricht dem Baurat für die große Mithilfe bei der Vorbereitung dieser Vorlage namens seiner Fraktion besonderen Dank aus und stimmt im übrigen den Darlegungen des Oberbürgermeisters durchweg zu. Eine Hinausschiebung der Ausführung der Anlage lasse sich nicht verantworten; auch bei dieser Gelegenheit solle man der Arbeitslosen gedenken. (Beifall.)

Stadtver. Dahnert (Fr. Fr.) bekämpft sich ebenfalls als Freund der lange und schließlich erarbeiteten Vorlage und wünscht mit dem Vordrängen ihre baldigste Verabschiedung. Daß die Handelskorporationen sich von der Beteiligung an den Kosten zurückgezogen hätten, sei sehr zu bedauern, aber die Stadt könne nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Die Ausschussberatung dürfe jedenfalls keine Ver-

antwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den

zögerung um Jahre, sondern nur eine solche um Wochen bedeuten. Stadtver. Bruns (Soz.): Auch wir werden dem Antrag auf Ausschussberatung zustimmen. Wir tun dies in der Annahme, daß die Vorlage im wesentlichen unverändert in das Plenum zurückzuführen wird. Die Verkehrsdeputation hat sich bereits eingehend mit der Vorlage befaßt, und der Kollege Reimann, der ihr angehört, hat da seine heutigen Bedenken nicht zum Vortrag gebracht. In den Akten steht darüber kein Wort, daß für den Bau des Weichhafens eine bestimmte obere Kostengrenze innegehalten werden soll. Wir müssen dringend wünschen, daß mit dem Bau sobald begonnen wird; je schneller wir an den Bau herangehen, desto billiger werden wir bauen, darin stimmen wir dem Oberbürgermeister zu und werden uns an dies Wort bei gegebener Gelegenheit auch sonst gern erinnern. Daß die beiden Handelskorporationen auch bei dem Weichhafen eine finanzielle Garantie leisten sollten, ist nach meiner Kenntnis niemals verlangt worden. Nicht bloß die Kaufmannschaft, sondern vor allem die ganze Berliner Industrie hat an dieser Hafenanlage am Großschiffahrtsweg ein durchgreifendes Interesse. Bauen wir schnell, so bauen wir nicht nur billig, sondern erfüllen damit auch eine soziale Aufgabe in dem Sinne, wie die beiden Redner angedeutet haben.

Stadtver. Goffel (N. L.): Bewußt ist die Vorlage keine Ueberforderung für uns, sondern das Produkt jahrelanger Vorarbeiten. Der Kollege Reimann hat ausdrücklich die Auffassung unklarer Präzision, nicht nur seine persönliche, hier vorgetragen. Auch der Stadtbaurat hat den Kollegen Reimann mißverstanden. Der Kostenanschlag ist doch wirklich jetzt sehr viel höher, als früher angenommen wurde. Deshalb muß im Ausschuss auch eine gründliche Prüfung stattfinden. Die Ansicht, die Herr Rosenow vermutet, die ganze Angelegenheit im Ausschuss zu begraben, besteht nicht. Auch bezüglich des Weichhafens hat der Magistrat das Verlangen der Beteiligung an der Garantie an die kaufmännischen Korporationen gestellt, leider vergeblich, und das ist äußerst bedauerlich.

Stadtver. Kromm (Fr. Fr.): An einem Unternehmen wie dem Weichhafen ist die Allgemeinheit weit stärker interessiert als die beiden Körperschaften, die Handelskammer und die Realistenkorporation, die sich gewweigert haben, an der finanziellen Garantie teilzunehmen. Mit der Ausführung baldigt zu beginnen ist eine unbedingte Notwendigkeit.

Stadtver. Reimann stellt richtig, daß er für seine Person für die Vorlage ist und seine Ausführungen die Summe der verschiedenen Ansichten wiedergegeben haben, die sich einer solchen Vorlage gegenüber in einer so großen Fraktion zeigen müssen.

Nach weiterer mehr persönlich gearteter Auseinandersetzung zwischen Goffel, Rosenow und Reimann werden beide Vorlagen an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Auf dem hiesigen Grundstück auf dem Gesundbrunnen an der Badstraße 10-10a soll ein städtisches Dienst- und Wohngebäude mit Steuerannahmestelle und ein Gebäude für eine Säuglingsfürsorgeeinrichtung und ein Armenamt errichtet werden. Krüppelstube war in dem früheren Gebäude die Einrichtung für eine Zweigspargasse vorgesehen worden; diese soll aber anderweitig auf dem Gesundbrunnen untergebracht und ein Teil des Raumes zunächst für eine Rettungsstation eingerichtet werden. Ueber die Verwendung des noch verbleibenden freien Raumes kündigt der Magistrat demnach folgende Vor schläge an.

Stadtver. Stittiger (Fr. Fr.) erklärt die Zweigspargasse für den Gesundbrunnen für dringend nötig und wünscht zu wissen, wo sie errichtet werden soll.

Kämmerei StB: An einer anderen Stelle der Badstraße, wo lebhafter Verkehr herrscht.

Stadtver. Stapp (N. L.) demängelt das etwas ungewöhnliche „Bauen auf Serrat“, wie es hier vorgeschlagen ist, sowie die erheblichen Kosten, und beantragt Ausschussberatung.

Stadtver. Fischer (Soz.): Am Gegenstand zum Vordränger halten wir dafür, daß die Vorlage sofort angenommen werden sollte. Eine Ausschussberatung würde nur Zeitverschwendung bedeuten, zumal daraus neues sich nicht ergeben kann. Sämtliche Verwaltungsstellen haben sich gründlich mit der Vorlage beschäftigt und ihr zugestimmt. Mit knapper Mehrheit wird Ausschussberatung beschlossen.

Die Versammlung geht über zur ersten Beratung des Entwurfs einer

Schuldbuchordnung der Stadt Berlin.

Stadtver. Solms (Fr. Fr.) beantragt Ausschussberatung. Er ist mit seinen Freunden der neuen Einrichtung sehr geneigt und wünscht nur u. a. bezüglich der Handhabung der Kontrolle noch weitere Ausführungen.

Stadtver. Dove (N. L.) mit lebhaftem Handklatschen — er feiert heute den 60. Geburtstag — empfangen: Ich muß annehmen, daß diese freundliche Begrüßung der Vorlage gilt. (Große Heiterkeit.) Die vorgeschlagene neue Einrichtung kann nur sympathisch aufgenommen werden; sie liegt gleichmäßig im Interesse des Schuldners und der Gläubiger und bringt für den ganzen Anleiherverkehr eine erhebliche Vereinfachung. Schwierigkeiten könnte nur noch die Stempelfrage machen.

Stadtver. Dr. Krone (Soz.): Auch meine Parteifreunde begrüßen die Vorlage als einen Fortschritt. Sie wären bereit gewesen, sie ohne Ausschussberatung anzunehmen, wollen aber dagegen keinen Widerspruch erheben.

Stadtver. Rosenow erklärt auch seine prinzipielle Zustimmung zu der Vorlage.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss. Dem „Verband für erste Hilfe“ (E. V.) soll außerordentlich eine Beihilfe von 5000 M. gezahlt werden, damit er seinen Betrieb aufrechterhalten kann.

Stadtver. Dr. Wehl (Soz.): Wir beantragen, die Beschlußfassung über diese Zuwendung auszusetzen bis zur Beschlußfassung über die Vorlage über die gemeinnützigen Zuwendungen, die wir zur Entscheidung demnach zu erwarten haben. Wir folgen damit nur den Spuren, die die Versammlung bei der Vorlage wegen Bewilligung einer Beihilfe an den Verband für Rechtsanwaltsstellen gegangen ist. Die damalige Begründung durch den Kollegen Justizrat Gahn machen wir uns durchaus zu eigen; die Sache liegt hier ganz ähnlich. Die Vorlage verspricht schämig, daß der „Verband für erste Hilfe“ eigentlich 5000 M. haben will; sonst müßte er seine Tätigkeit einstellen. Mit diesen Drohungen ist er ja schon jahrelang gekommen. Er kann noch heute nicht leben und nicht sterben; er war schon finanziell bankrott, als er ins Leben trat, er befindet sich in einem chronischen Notstand. Am angemessenen wäre es ihm, wenn er lieber heute als morgen von der Stadt übernommen würde. Seit Monaten hat das Kuratorium für das Rettungswesen die Frage der Verabschiedung des Krankentransportwesens erwogen. Wenn wir nun heute schon diesem Verband irgend etwas bewilligen, so würde der Ausschuss konterfärisiert werden, und das geht doch nicht an. Wir haben jetzt ein tolles funktionierendes städtisches Rettungswesen; hierzu gehört notwendig auch ein städtisches Krankentransportwesen; einem solchen reden auch anerkannte Autoritäten das Wort. Die Kommunalisierung des Transportwesens ist eine dringende Notwendigkeit; wir müssen auch diese Gelegenheit benutzen, dafür einzutreten.

Stadtver. Dr. Ritter (Fr. Fr.) ist für sofortige Bewilligung, ebenso Stadtver. Dr. Isaac (N. L.), der die Gefährdung einer so wichtigen Sache wie des Krankenverkehrs vermeiden will.

Stadtver. Kunze: Für das laufende Jahr hat der Verein 3000 Mark erhalten; erhält er jetzt noch 5000 M., so würde er leistungsfähig bleiben. Ob die Verabschiedung erwünscht oder nicht erwünscht ist, kann man heute noch nicht sagen. Daß der Verband gut funktioniert, wissen wir alle; ob er kaufmännisch gut geleitet ist, glaube ich bezweifeln zu sollen.

Stadtver. Goffel erklärt sich auch für sofortige Bewilligung. Das Argument des Dr. Wehl, daß das Kuratorium dadurch präjudiziert werde, sei hinlänglich.

Stadtver. Dr. Wehl (Soz.): Ich habe von Ablehnung nichts gesagt. Bis zum Januar wird der Verband nicht im geringsten daran denken, seine Forderungen zu stellen. So tadelloser wie das

städtische Rettungswesen funktioniert der Verband keineswegs, weder finanziell, noch bezüglich des Materials; das gibt der Direktor selbst zu. Aber auch wenn dieses private Institut gut arbeiten würde, so gut wie ein städtisches kann es nicht arbeiten.

Nachdem noch Stadtver. Bamberg (N. L.) den Verband in Schutz genommen und seine Leistungen wie sein Material für ausgezeichnet erklärt hat, und nachdem nochmals Dr. Wehl und Dr. Ritter sich zur Sache geäußert haben, wird der Antrag Wehl abgelehnt und die Bewilligung der 5000 M. beschlossen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 8 Uhr.

Spiel und Sport.

Wanderer.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Am Sonntag, den 14. Dezember werden folgende Touren unternommen: Ortsgruppe Berlin: I. Neubabelsberg, Tremis, Burglößerei, Saarmund, Glauer Berge, Trebbin. Abfahrt Potsd. Fernbahnhof 6,45 Uhr vormittags.

II. Trebbin, Jägersee, Bernsdorfer Säule, Ermer, Treppentritt, Schillerpark, (Ecke Rabalstraße) 8 Uhr vorm.

III. Bienenfeld, M. Wulst, Wühlbrücke, Melchow. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 5,57 Uhr vormittags.

IV. Zegel, Neillagen, Treffpunkt Zegel, Endstation der Straßenbahn 1 1/2 Uhr nachmittags.

V. Rindertour. Friedrichshagen, Woltersdorfer Säule, Ermer, Treffpunkt Schillerpark (Ecke Rabalstraße) 8 Uhr vorm.

Ortsgruppe Neukölln: Schmöckwitz, Bernsdorf, H. Ullrich, Köpenickerpark, Abfahrt Schöckwitz, Neukölln 7,30 Uhr.

Ortsgruppe Stieglitz: Jagdschloß Grunewald, Schlachtensee, Waldpark, Abfahrt 7 Uhr vorm. vom Rathaus.

Ortsgruppe Friedrichshagen-Köpenick: Friedrichshagen, Th. Strammendamm, Nudersdorf. Treffpunkt 7 Uhr vorm. Bahnh. Friedrichshagen.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 14. Dezember, Grunewald-Wanderung. Schloßpark, G. Jentzsch, Gabelberg, Weichhafer, Köpenicker „Alter Auen“. Weglänge ca. 16 Kilometer. Abfahrt 8 1/2 Uhr: Bismarckpark bis Schlachtensee. Gäste willkommen. Wegnachrichte siehe nächste Seite.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 14. Dezember: Spandau, Havelwanderung, Biesdorf, Großes Fenster, Schlachtensee. Abfahrt Alexanderplatz 6,21 Uhr, Lehrter Hauptbahnhof 6,28 Uhr. Gäste stets willkommen.

Radsfahrer.

Arbeiter-Radsfahrer-„Solidarität“. Touren zum Sonntag, den 14. Dezember. Ortsgruppe Berlin. I. Abt.: 7 1/2 Uhr bei Köpenick, Dammwegstr. 13. II. Abt.: 1 Uhr: Straße durch den Schmöckwitz, Endziel Landsitz (Barabiederstraße). Start: Fontanepromenade 18. — 4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Köpenicker „Alter Auen“. Start: Köpenicker Weg. — 5. Abt.: 1 Uhr: Bernau (Salzmann). Start: Einbaum. — 6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Johanniskanal (Spreewald). Start: Oberberger Str. 28. — 7. Abt.: 1 1/2 Uhr: Groß-Weichhafer (Gartenberg). Start: Schulstr. 23. — 8. Abt.: 1 Uhr: Kottbus. Start bei Kottbus. — 9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Bismarckpark. Start: Köpenicker Weg.

Wetterschau am 12. Dezember, 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Biesdorf, Lehrter Allee 21. Am 14. Dezember: Start: früh 7 Uhr, Berliner Allee 21.

Arbeiter-Radsfahrerverein „Groß-Berlin“. Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 2 Uhr: nach Biesdorf-Wald (Hempel). Aufschlußzeit: Niederbarnimstr. 11.

Turner.

Turnverein „Nichte“. Sonntag, den 14. Dezember: 1. Männerabteilung. Partie nach Falkenhagen, Gropelsch, Bielefeld, Panitzsch, Falkenhagen. Treffpunkt 7,7 Uhr Bahnhof Pankow.

8. Männerabteilung. Rudow, Gropelsch, Thron, Glauer Berge, Bernsdorf, Trebbin. Abfahrt 6,15 Bahnhof Potsdam.

17. Männerabteilung. Abfahrt 7,17 Uhr vom Bahnhof Gesundbrunnen nach Kaulsdorf. Nach über Herdberg, Friedrichshagen, Müggelsee, Schmöckwitz, nach Berlin. Länge 18 Kilometer.

Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde. Für alle dem Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Die Liste der von der Geschäftsstelle des Arbeiter-Turner- und angehängten Vereine dieser Orte findet Sonntag, den 14. Dezember, im Reinen Saale des Herrn Saar, Mariendorf, Chausseestraße 305 (früher Oranien) in der Zeit von 2-8 Uhr nachmittags, eine Wettkampfschichtung statt.

Witterungsbericht vom 11. Dezember 1913.

Stationen	Wetter	Temperatur	Wind	Wolken	Beobachtet	Beobachtet
Spandau	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Berlin	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Neukölln	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Stieglitz	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Friedrichshagen	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Köpenick	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Grünow	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Wilmanns	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Wien	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5

Wetterprognose für Freitag, den 12. Dezember 1913. Gemäßigtes, vorwiegend neblig oder wolfig mit geringen Nebenschichten und lebhaften westlichen Winden.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den

Verlag: Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft v. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 2 Uhr, finden bei Graumann, Raunhstr. 27, und in den Konzertsälen, Koppenstr. 29, Vorträge statt.

Sechster Wahlkreis. Am Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, Vorträge für Kinder für die 1. bis 7. Abteilung im Prater-Theater, Kastanienallee 7/9, für die 16., 20., 21., 22. Abteilung in den Pharusälen, Müllerstr. 142. Eintritt 15 Pf.

Wir erlauben die Bezirksführer der in Betracht kommenden Abteilungen, die nicht verkauften Billets bis Sonnabendabend bei ihren Abteilungsleitern abzuliefern.

Wannsee. Sonnabend, den 13. d. M., abends 8 Uhr, im „Fürstenhof“ (D. Adernann): Versammlung des Wahlvereins.

Dreiwitz. Am Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant zur freien Aussicht am Bahnhof Dreiwitz: außerordentliche Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Zahnarztes Genossen Freund-Krusch über „Feuerbefähigung“ mit Demonstrationen an Modellen.

Bruchmühle. Sonnabend den 13. d. M., abends 8 Uhr: Zahlabend bei Müde.

Mühlenbeck, Sumt und Schönfließ. Die Parteigenossen aus den genannten Orten treffen sich am Sonntag früh 9 Uhr im Gasthaus „Zur Sonne“ zur Fodel- und Kalenderverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Den Stadtverordneten legte gestern der Magistrat wieder ein wichtiges und bedeutendes Werk zur Beschlussfassung vor. Nachdem vor kurzem der Osthafen an der Stralauer Allee fertig geworden und in Benutzung genommen worden ist, soll jetzt auch der seit langem geplante Westhafen am Spandauer Schiffsfahrtskanal nahe Bahnhof Bussellstraße ausgeführt werden. Das neue Unternehmen ist größer, erfordert sehr viel mehr Kosten, wird aber auch den Handel und die Industrie Berlins sehr viel stärker fördern. Am Hinblick auf die bevorstehende Eröffnung des Großschiffahrtsweges Stettin-Berlin ist die baldige Ausführung dieses Hafens, die lange genug — vor allem durch die Schuld der wegen des Bahnanstufes in Frage kommenden Eisenbahnverwaltung — verzögert wurde, dringend zu wünschen. Das Sekretwort, das Oberbürgermeister Weremuth der Magistratsvorlage gab, schien kaum noch nötig. Freilich brachte dann die „Alte Linke“ durch ihren Redner, den Stadtverordneten Reimann, allerlei Bedenken vor, über die man sich in einem Ausschuss weiter unterhalten sollte. Vor einer erheblichen Verzögerung warnte Stadtbaurat Krause und von den Rednern des Freisinns besonders Stadtverordneter Rosenow, dem später Stadtverordneter Cassel sehr gereizt entgegentrat. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Brunns, daß sie dem Projekt zustimmen werde und auch von der Ausschussberatung keine nennenswerten Änderungen erwarte. Er möchte, möglichst bald aus Werk zu gehen, auch um der Arbeitslosen willen, denen mit Arbeitsbeschaffung geholfen werden muß. Hauptsächlich wird der Ausschuss, dessen Einsetzung die Versammlung beschloß, seinen Auftrag rasch erledigen.

Aus den übrigen Verhandlungsgegenständen sei hier der Bauentwurf für das in der Badstraße auf dem ehemaligen Markthallengrundstück geplante große Gebäude erwähnt, das einer Steuerannahmestelle, einem Armenamt und einer Säuglingsfürsorgestelle als Heim dienen soll. Gegen die Absicht, die Ausführung wieder noch durch Ausschussberatung zu verzögern, wandte sich unser Genosse Fischer. Die Ueberweisung an einen Ausschuss wurde mit knapper Mehrheit beschlossen. Eiliger hätten die Freisinnigen es bei dem Magistratsantrag, dem Verband für erste Hilfe sofort noch eine Unterstützung zu geben. Von dem Antrag unserer Genossen, hiermit zu warten bis zur Vorlegung des alljährlichen summarischen Magistratsantrages über die Zuwendungen an Vereine usw., befürchteten sie einen vollständigen Zusammenbruch des von allen Mitteln entblößten Verbandes. Genosse Weyl meinte, daß dieses Ende höchstens die Uebernahme des Krankentransportwesens auf die Stadt in wünschenswerter Weise beschleunigen könne. Dem Verband wurde aber durch Bewilligung noch einmal eine Galgenfrist gewährt.

Zu Beginn der Sitzung wurde die Wahl eines Bürgerdeputierten für die Armenverwaltung vollzogen, die von besonderer Bedeutung deshalb war, weil zum erstenmal für dieses Amt eine Frau kandidierte. Der Gedanke, eine Frau in die Armenverwaltung Berlins hineinzuwählen, war von sozialdemokratischer Seite gekommen, und für die Wahl schlug die sozialdemokratische Fraktion die Genossin Ottilie Gerndt vor. Sie war vor Jahren als erste Frau in Berlin zur Armenkommissionsvorsteherin gemacht worden, aber sie als erste Frau in Berlin auch zur Bürgerdeputierten der Armenverwaltung zu wählen, war dem Freisinn zuzugemutet. Genossin Gerndt unterlag mit 38 Stimmen gegen 55, die auf den Freisinnskandidaten, einen Fabrikanten Hauer, fielen. Für solche Forderungen ist der Berliner Freisinn nun mal so rasch nicht zu haben.

Die Stadt und die Arbeitslosen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingereicht, nach welchem für Unterstützung der Arbeitslosen die Summe von 500 000 Mark zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Einrichtung des Hagenbedschen Tierparks in der Jungfernheide

Dürfte nicht so glatt von hinten gehen, wie sich das die Unternehmer wohl gedacht haben. Verzögerte sich die Ausführung bereits Jahr um Jahr, so scheint neuerdings nach dem Tode des alten Hagenbed die Sache in eine ganz andere Richtung gelangt zu sein. Die Firma Hagenbed, Stellingen hat mit der früher in Leipzig, jetzt in Hannover ansässigen Hugo Haase-Aktien-Gesellschaft einen Vertrag zur Erweiterung des Stellingener Unternehmens geschlossen. Diese Aktien-Gesellschaft ist das größte deutsche Schausteller-Unternehmen, das alle Reffen, Schützen und Nummelplätze ver-
sorgt. Aus dieser Art des Geschäftsbetriebes will man schließen,

daß auch der geplante Hagenbedsche Tierpark in der Jungfernheide die Gestalt eines Nummelplatzes annehmen werde. Da der Staat und die Stadt Berlin für den Tierpark in der Jungfernheide ihre finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt haben, werde also, so sagt man, mit staatlichem und städtischem Gelde für einen Nummelplatz großer Stilts Propaganda gemacht werden. Von anderer Seite wird demgegenüber betont, daß die Hugo Haase-Aktiengesellschaft durchaus nicht die Absicht habe, in Verbindung mit dem Berliner Tierpark irgendwelche Schaustellungen, die nach Nummelplatz aussehen, zu veranstalten. Es sei ja schon ausförmlich, hierfür die behördliche Genehmigung zu erhalten, da die staatlichen Instanzen scharf gegen die Nummelplätze sind. Die Verweigerung der Konzession wäre aber wohl das geringste Hindernis, denn wenn der Hagenbed durch Verpachtung des Hagenbedschen Grundstückes ein hübsches Stück Geld verdienen kann, läßt er seine schönsten Grundstücke unter den Tisch fallen. Die Stadtgemeinde freilich wird es sich sehr zu überlegen haben, ob sie eine große Summe als Hypothek hergibt für eine Sache, neben der die wissenschaftliche Bedeutung des Tierparks vielleicht verschwindet. Eine Notwendigkeit für einen neuen Tierpark in Berlin liegt übrigens nicht vor. Unser Zoologischer Garten befriedigt alle billigen Wünsche, wobei zu beachten ist, daß der Zoo kein Erwerbsunternehmen ist, was bei der Hagenbedschen Gründung der Fall ist. Privatunternehmungen sollten überhaupt nicht mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Für Kulturaufgaben kein Geld!

Folgender Kollerei charakterisiert unser soziales Zeitalter: Zu Ostern 1914 bezieht die Berliner Krüppelheimanstalt ihren Neubau im Grunewald bei Jeschendorf, unweit des Endpunktes der Dahlemer Schnellbahn. Obwohl das neue Haus neben einer Klinik mit umfangreichen Operationseinrichtungen und großem Turnsaal noch eine ganze Schule und zehn verschiedene Handwerksstätten enthält und überall moderne Einrichtungen geschaffen sind, kostet das Werk nur 4000.— M. Damit ist aber die Bausumme, für welche die Gemeinden von Groß-Berlin beauftragt die Jünggarantie übernommen haben, erschöpft und doch muß auch noch der 18 Morgen große zur Anstalt gehörige Wald nutzbar gemacht werden, weil er das Beste für die Heilung und Pflege der Kinder liefert. Hier soll eine Waldschule errichtet werden, aus fünf einfachen Häusern bestehend und ein Turnplatz im Walde. Daneben sind Sonnenbäder geplant und eine Liegehalle, um die heilende Wirkung der Sonnenstrahlen für die Behandlung der Knochenüberholose und Rachitis auszunutzen und auf einer schönen Waldblühle mit einem verfallenen Schießstand und prächtigen Sandhausen zum Spielen soll eine Planschwefel eingegraben werden. Für alle diese Vorkehrungen fehlt aber das Geld. Der Verein wendet sich mit einem Aufruf an die Eltern gesunder und kranker Kinder mit der Bitte, ihm einen Teil der für Wohlfahrtszwecke bestimmten Weihnachtsgaben zu überweisen, damit er für seine Krüppelkinder, die nach Möglichkeit den ganzen Tag im Freien leben sollen, die Heilungskräfte des Waldes dienstbar machen kann.

Ist es nicht befremdend, daß der Verein für die recht nützliche Sache die öffentliche Miltätigkeit anrufen muß? Für Heer und Marine werden Milliarden bewilligt, für arme Krüppelkinder muß gebettelt werden.

Der Raubmordversuch in der Bergstraße.

Wie wir schon berichteten, wurde Mittwochabend in der Bergstraße ein Raubüberfall auf die Händlerin Josephine Ehrhardt verübt. Ueber den Vorfall werden uns folgende Einzelheiten berichtet:

Auf dem Grundstück Bergstr. 3 hat die 70 Jahre alte Händlerin Josephine Ehrhardt neben einem Schuppen auf dem Hofe im Erdgeschos des linken Seitenflügels eine kleine Wohnung, bestehend aus Stube und Küche, die sie allein bewohnt. Mittwochabend gegen 9 Uhr kam der 46 Jahre alte Händler Paul Piescher, der früher in dem Hause Bergstr. 1 einen Produktionskeller hatte, jetzt aber wohnungslos war, zu der alten Frau und fragte sie, ob sie billige Möbel kaufen wolle. Als die Greisin dies bejahte, fing der Besucher mit allerhand anderen Erzählungen an. Als ihm die Wohnungsinhaberin endlich sagte, daß er gehen möge, entsetzte er sich auch, kam aber nach wenigen Schritten wieder zurück, nahm die in der Stube stehende Lampe und sagte, er könne ohne sie den Weg auf dem Hof nicht finden. Die Greisin ging jetzt hinter Piescher her, um an der Tür die Lampe wieder in Empfang zu nehmen. Als sie die Lampe wieder in der Hand hatte, blies Piescher sie aus, stürzte sich dann auf sein Opfer, packte es mit beiden Händen an der Kehle und würgte es. Der Greisin gelang es aber, den Hals freizubekommen und laut um Hilfe zu schreien. Auf ihr Geschrei eilte ein anderer Hausbewohner gehender Hund herbei, der sich an P. festhielt und ihn an der Flucht hinderte, so daß dieser festgenommen werden konnte. Piescher hatte es ohne Zweifel auf einen Raubmord abgesehen. Er tut aber so, als ob er von nichts wüßte und sagt, daß er betrunken gewesen sei. Daß er es auf einen Raubmord abgesehen hatte, schließt man daraus, daß er eine starke, zu einer Schlinge gedrehte Schnur mitgebracht hatte, die noch in seinen Taschen gefunden wurde. Die Greisin trug außer den Bürgemalen nur noch eine blutige Kopfverletzung davon, die sie sich bei der Gegenwehr selbst zuzog. Bei der Unterredung mit Piescher, den sie zuerst als harmlosen Besucher angesehen hatte, war es ihr aufgefallen, daß dieser mehreremal in die Tasche griff und sie eigenmächtig anfaß. Sie hielt es deshalb für geraten, ihm zu bedeuten, daß es Zeit zum Gehen sei. Die Kriminalpolizei führte den Verhafteten gestern mittag wegen versuchten Mordes dem Untersuchungsrichter vor.

Vorher Piescher die Händlerin Ehrhardt besuchte, hatte er es wohl auf die Händlerin Henschel, ebenfalls eine ältere Frau, abgesehen, die ihr Geschäft in dem Hause Elssasser Straße 15 betreibt. Hier klopfte er nach Geschäftsfluß wiederholt an deren Wohnung, um Einlaß zu erhalten. Die Frau kam aber heraus und fragte ihn, was er wüßte. Als er auch sie fragte, ob sie billige Möbel kaufen wolle, verneinte sie dies und machte die Tür wieder zu. Von ihr begab sich dann der Täter zur Frau Ehrhardt, deren Wohnung nur einige Häuser von der der Henschel liegt.

Die überfallene Greisin war bereits vor acht Jahren einmal das Opfer eines Raubmordversuchs. Sie wurde damals in ihrem Kellergeschäft am Zionskirchplatz von zwei Männern überfallen und beraubt. Es gelang der Kriminalpolizei, die Verbrecher bald nach der Tat zu verhaften. Das Gericht verurteilte sie zu langjährigen Zuchthausstrafen.

Der große Schwindel gegen Arbeitslose, den vor kurzer Zeit ein „Direktor Sartum“ verübte, wird einem Manne zur Last gelegt, der in Liebersdorf bei Lübben festgenommen wurde. Seine Verhaftung erfolgte, weil er im vergangenen Jahre in Ragow bei Lübben die Militär- und Zivilverwaltung und jetzt zuletzt in Liebersdorf den Gemeindevorsteher und einen Kassieren genarrt hatte. Weiteren hatte er als reicher Onkel in einem amtlichen Testament als Erben eingesetzt. Es wurde festgestellt, daß der Verhaftete ein 43 Jahre alter aus Liebersdorf gebürtiger Mann namens Kaiser ist. Ob er für den großen Schwindelversuch im Zentralarbeitsnachweis in Frage kommt, ist bisher noch nicht festgestellt.

Erkrankung eines Generalkonsuls an schwarzen Poden. Gestern morgen ist der Generalkonsul für Siam, Freiherr v. Werling, Stülerstraße 7, wegen Erkrankung an schwarzen Poden nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht worden. Mittwochabend zeigte sich bei Herrn v. W. Krankheitserscheinungen, die der Hausarzt als schwarze Poden bezeichnete. Nachdem der Kreisarzt die Diagnose bestätigt hatte wurde der Erkrankte nach dem Virchow-Krankenhaus gefahren und in einer Isolierbaracke untergebracht. Nach den Angaben des Erkrankten ist er vor längerer Zeit in Ostafrika gewesen und hat sich zuletzt in Ägypten aufgehalten. Auf Veranlassung der Gesundheitspolizei wurden auch die Familienangehörigen sowie das Dienstpersonal in Krankenzug des Verbandes für erste Hilfe nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, wo sie in den Isolierbaracken unter ärztlicher Beobachtung stehen. Auch sonst ist alles getan worden, um einer Weiterverbreitung der Krankheit vorzubeugen. Das Befinden der Patienten ist vorläufig zufriedenstellend.

Die Ausstellung empfehlenswerter Bücher im Gewerkschaftshause ist nur noch heute, morgen und übermorgen in der Zeit von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Glas-Christbaumzweige hat die Glasbläser-Gesellschaft des Meiningen Oberlandes im Gewerkschaftshause und im Restaurant Koch, Niedemstr. 32, zum Verkauf gestellt.

Der Verkauf des Baumzweiges dauert bis zum 22. Dezember. Wer Baumzweige benötigt und den Wunsch hat, die Thüringer organisierten Glasbläser zu unterstützen, sei auf den Verkauf hingewiesen.

In seiner Wohnung erhängt hat sich gestern Abend der 44 Jahre alte Drochsenkutscher Max Fritsch aus der Bringenallee 12. Längere Arbeitslosigkeit scheint den Mann zu der Verzweiflungstat getrieben zu haben.

Kleine Nachrichten. Auf dem Boden erhängt hat sich der 20 Jahre alte Arbeiter Paul Veier, der bei seiner Mutter in der Vorlingstraße wohnte. Der junge Mann schleppte sich schon längere Zeit mit einem unheilbaren Leiden umher, das sich ständig verschlimmerte. — Ueberfahren und schwer verletzt wurde in der vergangenen Nacht ein unbekanntes Mädchen von etwa 20—25 Jahren. Die Unbekannte geriet gegen 8 Uhr vor dem Grundstück Hagenheide 20 unter einen Kraftwagen. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde sie nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Ihre Persönlichkeit ließ sich hier noch nicht feststellen. Das Mädchen hat dunkles Haar, trägt ein schwarzes Jackett, schwarze Strümpfe und Schnürschuhe und hatte eine kleine Handtasche bei sich. — Erhängt hat sich die 37 Jahre alte Ehefrau Rosa des Arbeiters Schwarz aus der Reichenberger Straße.

Vorort-Nachrichten.

Röpenitz.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst nahm die Versammlung Kenntnis von der Katastrophenerhebung des seit langer Zeit schwer erkrankten Stadtrats Selchow. Die Erkrankung soll in nächster Zeit vorgenommen werden. Dem Antrage des Magistrats, den Zinsfuß für Einlagen bei der städtischen Sparkasse von 3 1/2 Proz. zu erhöhen, wenn die Stadt Berlin ihren Zinsfuß auf 3 1/2 Proz. erhöht, stimmte die Versammlung zu. Bürgermeister Primmes teilte noch mit, daß die Sparkasse jetzt als mündelischer erklärt und daß der Jahresumsatz auf 3 Millionen Mark gestiegen sei. Nach Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 1913 soll nach Eröffnung des neuen Kreiskrankenhauses das hiesige städtische Krankenhaus in ein Altersheim umgewandelt werden. Rummel gelangte ein Antrag des Magistrats um Vornahme von Regulierungsarbeiten zur Verhandlung. Zur Begründung führte der Magistrat an, daß ein Teil der Parkarbeiter entlassen werden müßte, daß aber, um der Entlassung vorzubeugen, der Magistrat bereit sei, Regulierungsarbeiten vorzunehmen zu lassen. Bei einem Teile der bürgerlichen Vertreter entstand nun ein ordentliches Getöse um die Fürsorge der Arbeitslosen. Herr Dr. Schulze (F. V.) drückte seine Freude aus über den Magistratsantrag und er wünschte, daß der Magistrat noch weitere Arbeiten vornehmen lasse, und soweit als möglich alle Arbeitslosen, welche ein Jahr in Röpenitz wohnen, berücksichtigen wolle. In daselbe Horn bliesen noch die Herren Ohnforge, Schneider und Bfigner. Der Hohn der Uebung war natürlich nur der, unseren Genossen den Hohn abzulaufen, denn als nächster Punkt stand ein Antrag unserer Genossen auf der Tagesordnung, der die Bewilligung von 15 000 M. für sofort auszuführende Notstandsarbeiten sowie die Einführung einer Arbeitslosenversicherung verlangte. Die Herren glaubten nämlich, daß, wenn der Antrag des Magistrats mit ihren Anregungen angenommen wird, sie um so eher die Anträge unserer Genossen ablehnen könnten. Von unseren Genossen wurde aber erklärt, daß sie selbstverständlich für den Antrag des Magistrats stimmten, daß aber durch Annahme desselben ihr Antrag nicht erledigt sei, da derselbe eine bestimmte Summe für ganz andere Arbeiten verlange, während für Ausführung des Magistratsantrages etwa 6000 bis 8000 M. erforderlich wären. Nach längerer Debatte über die Auslegung des Antrages Dr. Schulze erklärte unsere Genossen, daß, wenn der Antrag Dr. Schulze so formuliert werde, daß neben den vom Magistrat geforderten Arbeiten noch 15 000 M. dazu bewilligt würden, sie den zweiten Teil ihres Antrages für erledigt halten. Der Antrag wurde in dieser Form angenommen. Hierauf gelangte der Antrag unserer Genossen auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung zur Verhandlung. Begründend wurde von unseren Genossen ausgeführt, daß man nicht so lange warten könne, bis der Reichstag einmal dazu komme, eine Arbeitslosenversicherung einzuführen; die Kommune sei verpflichtet, zunächst voranzugehen. Von den 3000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Röpenitz seien Ende November 200 arbeitslos gewesen, darunter befanden sich 92 Verheiratete mit 170 Kindern. Diervon waren 53 drei Wochen, 48 vier Wochen, 23 sechs Wochen, 12 acht Wochen, 53 zwölf Wochen und 25 über zwölf Wochen beschäftigungslos. Aus diesen Zahlen sei zu ersehen, welche Not unter den davon Betroffenen herrsche. Am größten sei die Arbeitslosigkeit im Bau- und Gewerbe. Allein 58 verheiratete Zimmerleute seien 603 Wochen arbeitslos. Pflicht der Gemeinden sei es, durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung wenigstens etwas lindern einzugreifen. Zur Vorberatung dieser Materie beantragte Redner die Einsetzung einer Kommission. Nach längerer Debatte wurde der Antrag unserer Genossen angenommen. In die Kommission wurden die Genossen Galle und Herbst delegiert.

Wilmerdorf.

Dem Kampf gegen die Schundliteratur, der Erziehung zu künstlerischem Verständnis und gutem Geschmack dient die Jugendchriften- und Wandzweige-Ausstellung, die der hiesige Bildungsausschuss demnächst in den Räumen des Jugendheims, Mannheimer Straße 51, veranstaltet. Gerade vor Weihnachten ist es für die Arbeiterkassen notwendig, sich zu informieren, wie sie auch mit geringen Mitteln ihren Kindern durch ein gutes Buch und ein sinniges Spiel eine dauernde Freude bereiten können. Ferner sind künstlerisch ausgeführte Bilder, Künstlersteinzeichnungen und gute Reproduktionen, ausgeführt, die wohl geeignet sind, das Arbeiterheim freundlich und geschmackvoll auszustatten.

Die Ausstellung ist am Sonntag, den 14. Dezember, von nachmittags 4 Uhr bis abends 10 Uhr, am Montag, den 15., und Dienstag, den 16. Dezember, nachmittags von 6 bis 10 Uhr abends, geöffnet. Der Eintritt ist frei. Ein Verzeichnis guter Jugendchriften sowie Propagandaschriften erhält jeder Besucher gratis.

Tempelhof.

Eine Blamage der Tempelhofer Sozialdemokratie. Hierüber wird uns geschrieben: Mit dieser Ueberfahrt bringt die „Berlin-Tempelhofer Zeitung“ einen längeren Artikel, der sich mit dem Bericht über die Verwaltungstreifische Ewald-Gemeindeverwaltung beschäftigt. Die Redaktion ficht darin ihren „gläubigen“ Lesern das Märchen auf, ein Sozialdemokrat hätte ihrem Berichterstatter am Schluss der Gemeindeverwaltungserklärung: „Es war heute eine Blamage für uns“. Was müßte das wohl für ein Sozialdemokrat gewesen sein? Wir vermuten, das war der Zeigerfinger des Berichterstatters, aus dem derselbe sich diese Mitteilung gefogen hat. Wir können uns ja denken, daß es der Tempelhofer Zeitung lieb wäre, wenn sich unsere Parteigenossen auf Grund ihres Artikels in die Haare fahren würden. Diesen Gefallen können und wollen wir aber dem Blatte nicht tun, weil wir besseres zu tun wissen, als uns wegen solcher Enten zu laßbalgen. Man muß aber doch erkannt sein über die Dreistigkeit, mit der die Redaktion der Tempelhofer Zeitung, deren Verleger, Herr Wegner, zu gleicher Zeit verantwortlicher Redakteur ist, sich herausnimmt, als Moral- und Sittenrichter in der Streitfache Ewald-Gemeindeverwaltung aufzutreten. Sie schreibt nämlich: „Wenn man ihnen (den sozialdemokratischen Gemeindevertretern) schon zugeben will, daß sie in der ganzen Ewaldschen Sache dupiert worden sind, so müßte es doch zum mindesten einen etwas eigenartigen Einbruch hervorgerufen, daß nur die Hälfte der sozialdemokratischen Vertreter bei der Sitzung zugegen war, bei der ihnen eine wohlverdiente, wenn auch nicht benötigte Abfertigung für ihre Haltung in der Ewaldschen Streitfache zuteil wurde.“ Ausgerechnet Herr Wegner predigt uns Moral und spricht von einer Blamage der Tempelhofer Sozialdemokratie. Wir müssen es ablehnen, mit Herrn Wegner darüber zu rechten, ob der Ausgang der Ewaldschen Streitfache eine Blamage für unsere Partei ist, aber grundsätzlich ablehnen müssen wir es, mit Herrn Wegner über Fragen der Moral zu diskutieren.

Neußölln.

Am Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet die Erstaufführung des Weihnachtsmärchens: „Die Klein-Glöchen das Christkind suchen ging“ statt. Eröffnung 8 Uhr. Nach der Vorstellung Tanz.

Um der Nachfrage nach Billets genügend zu können, erfolgt am Mittwoch, den 17. Dezember, eine Wiederholung der Aufführung. Eröffnung 5 1/2 Uhr, Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf.

Billets sind zu haben im Bureau des Wahlvereins, Redaktionsstraße 3; bei Piefisch, Wildenbruchstr. 86; bei Gutenach, Weißestr. 5; Schneider, Weißestr. 64; Vormann, Liederstr. 15; Franke, Pflügerstraße 6; Wurbs, Steinmeyerstr. 80; Expedition Kohr, Sozialfriedstraße 28/29.

Lichtenberg.

Die Wanderausstellung des Arbeiter-Abstinenzbundes, Aktionsauschuss Groß-Berlin, im alten Schulgebäude in der Röllendorfstraße, nahe der alten Kirche, ist nur noch bis 14. Dezember geöffnet. Es ist zu wünschen, daß auch die Arbeitergesellschaft Lichtenbergs die Gelegenheit wahrnimmt, sich über die Gefahren des Alkoholgenußes aufklären zu lassen. Der Eintritt ist frei. Die Besuchszeit täglich von 1 Uhr mittags bis 9 Uhr abends.

Lichtenau.

Kirchenaustritt und Amtsgericht Kallberge. Die Kirchenaustrittsbewegung hat auch hier wieder eine größere Anzahl von Personen erfasst, die ernstlich gewillt sind, noch in diesem Jahre der Kirche den Rücken zu kehren. Diesem Verlangen bringt aber das Amtsgericht Kallberge kein Verständnis entgegen, wie folgendes Schreiben beweist, das mehrere Austrittslustige erhalten haben:

Königliches Amtsgericht.

Kallberge, den 1. Dezember 1913. Ihr Antrag auf Aufnahme der Austrittserklärung aus der evangelischen Landeskirche vom 29. November 1913 ist am 1. Dezember hier eingegangen und dem Vorstand der Kirchengemeinde mitgeteilt worden. Es steht Ihnen nunmehr frei, sich an jedem Geschäftstage der gezeigten vorgeschriebenen 14-tägigen Frist vom 1. Januar 1914 bis 14. Januar 1914 einschließlich zur Abgabe der Austrittserklärung an der Gerichtsstelle während der Geschäftsstunden von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags zu melden.

Die Anberaumung eines Termins zur Aufnahme der Austrittserklärung findet nicht statt.

Diese Mitteilung entspricht nicht den gesetzlichen Bestimmungen, denn nach der „gezeigten vorgeschriebenen“ Frist kann die Austrittserklärung zwischen dem 28. und 42. Tage nach Eingang des Antrages beim Amtsgericht abgegeben werden. Da das Amtsgericht Kallberge selbst beiseite, den Antrag am 1. Dezember erhalten zu haben, so beginnt die „gezeigte vorgeschriebene“ Frist bereits am 29. Dezember, es steht deshalb den Austrittslustigen das Recht zu, noch in diesem Jahre ihre Austrittserklärung abzugeben. Und daran haben die Antragsteller ein lebhaftes Interesse, denn sie wollen nicht in ein neues Kirchensteuerjahr eintreten, wollen nicht der Kirche, der sie den Rücken kehren, unnötig ihre lauer verdienten Groschen opfern. Man darf wohl erwarten, daß das Amtsgericht Kallberge sobald als möglich eine Richtigstellung seiner den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechenden Mitteilungen vornimmt. Den Empfängern derselben kann nur der Rat gegeben werden, bei dem Amtsgericht Kallberge gegen diese Fristansetzung Einspruch zu erheben, eine neue Fristbezeichnung zu verlangen und — ob diese erfolgt oder nicht — am 29., 30., oder 31. Dezember vom Amtsgericht Kallberge die Aufnahme der Austrittserklärung zu verlangen.

Brig-Buckow.

Der Arbeiter-Bildungsausschuss veranstaltet am Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, in Veders Lokal, Chausseestr. 97, einen Märchenabend, verbunden mit einer Bücher- und Wandschmuck-Ausstellung, sowie daran anschließender Abendunterhaltung. Billets à 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder sind nur noch im Vorverkauf im Lokal zu haben. Die Bibliothek ist an diesem Tage geschlossen.

Treptow-Baumschulweg.

Einen Märchenabend mit Lichtbildern veranstaltet der Bildungsausschuss des Wahlvereins heute Freitag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr, im „Neuen Gesellschaftshaus“ (am Ringbahnhof Treptow) und am Sonnabend, den 13. Dezember, abends 7 Uhr, in „Speers Festhällen“ in Baumschulweg. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf. für Kinder und 20 Pf. für Erwachsene. Karten sind bei allen Bezirksführern sowie beim Genossen Stieber, Eifenstr. 38, und dem Genossen Nidien, Kieffholzstr. 248, zu haben.

Mariendorf.

Die „Älternvereinigung“ veranstaltet am Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, in Vaars Gesellschaftshaus, Chausseestr. 305, eine Weihnachtsfeier für Kinder. Eintritt für Kinder frei, Erwachsene 20 Pf. Freunde und Gönner sind hierzu eingeladen. Am Sonntag, den 14., findet bei Herold, Chausseestr. 283, eine Märchenvorlesung mit Lichtbildern statt. Anfang nachmittags 2 1/2 Uhr bis 5 Uhr. Eintritt frei. Die Ausgabe der beim Bildungsausschuss bestellten Bücher und Spiele geschieht Sonnabend abends 8 Uhr im Ausstellungsort Löhnhagen.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg-Friedrichsfelde. Heute Freitag, den 12. Dezember, beschäftigt die Arbeiter-Jugend die Wanderausstellung des Arbeiter-Abstinenzbundes. Treffpunkt pünktlich 1/2 Uhr Bahnhof Frankfurter Allee. Die Besichtigung findet unter sachkundiger Leitung statt.

Lichtenberg. Die Gruppe IV veranstaltet am Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Café Bellevue, Hauptstr. 2, einen Unterhaltungabend, wozu die Kollegen und Kolleginnen nebst Eltern und Geschwistern eingeladen sind. Eintritt frei.

Weichzeitig ist auf die bis zum 18. Dezember im Jugendheim, Döfestr. 22, stattfindende Jugendleser- und Wandschmuckausstellung aufmerksam gemacht.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 11. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: „Armee und Volk — Beziehungen“. Von H. Hofrichter. — Die Wandarbeit in der Landwirtschaft. Historisch-statistischer Ueberblick unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands. Von Stephan Schulz. — Der Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie. Von Dionys Zimmer. — Zur Charakteristik der Teuerung. Von Spectator. — „Parr“ Kapital“ in junger Ueberzeugung. Von W. Martna. — Nochmals die Parteipresse. Eine Antwort von Arno Franke.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben 20 Seiten stark erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Grobnummern sind jederzeit durch den Verlag J. D. W. Diez Kauf, G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden, ist uns soeben Nr. 6 des 24. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Aufgaben der Frauen beim Kampfe der Handelsangestellten um volle Sonntagsruhe. Von Luise Zieg. — St. der Neomalthusianismus vom ärztlichen Standpunkt aus zu empfehlen! Von Dr. med. Georg Wagner. — Die Gewinnung der weiblichen Jugend. I. Von Mathilde Wurm. — Zum Kapitel des Mädchenhandels. Von R. Hagen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumlichkeiten des Treptow-Baumschulweges, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsrechnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

D. 35/36. Ja. — W. P. R. M. 1. Sofern auf Ihre Arbeitsverhältnisse die Bestimmungen der Bundesordnung Anwendung finden, was aus Ihrem Schreiben jedoch mit Sicherheit nicht hervorgeht, sind Sie zahlungspflichtig, vorausgesetzt, daß Sie ein Verzeichnis trifft. Für letzteres soll wären Sie auch der Versicherungsgesellschaft gegenüber haftbar. — Feld 1001. 1. Ja. 2. Nein. Wenn Sie den Wahrheitsbeweis erbringen wollen, müssen Sie den Zeugen allerdings benennen. 3. Voraussetzungen eine geringe Geldstrafe.

Marktpreise von Berlin am 10. Dezember 1913, nach Ermittlungen des 1gl. Volkseigenen Preisbureau. Weizen (mild), gute Sorte 16,80—17,00, mittel 16,00—16,20, geringe 15,00—15,20. Weizen (runder), gute Sorte 14,70—15,10, mittel 14,00—14,20, geringe 13,00—13,20.

Marktschmalzpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Speisebohnen, weiße 35,00—40,00. Linsen 36,00—40,00. Kartoffeln (Rheinl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,60—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Halm 1,60—3,20. Jander 1,40—3,20. Geste 1,20—2,40. Wäsche 1,00—2,00. Schiere 1,60—3,20. Fleie 0,80—1,40. 60 Stück Kresse 2,00—3,40.

Todes-Anzeigen

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Bauerg. Deutschlands Filiale Schöneberg. Den Mitgl. den zur Nachr., daß unser Kollege

Leo Michaleck (Steglich) gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Steglitz, Bergstraße, aus statt. Nege Beerdigung erwartet 175/14 Der Vorstand.

Am Mittwoch, den 10. Dezember, verstarb unerwartet mein lieber Mann, der Gastwirt **Ernst Muster.** Im Namen der Hinterbliebenen **Anna Muster geb. Klante.** Die Ueberführung zur Einäscherung findet Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhaus in Reinickendorf, Berliner Straße 29, aus, nach dem Krematorium in Berlin, Gerichtstr. 37/39, statt. 2965

Am Mittwoch, den 10. Dezbr., verstarb mein unvergesslicher Gatte, der Gastwirt **Rudolf v. Petrischewski** Neue Hofstr. 38. Die Beerdigung findet Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Friedhof, Hermannplatz, statt. Die trauernde Witwe.

Am 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, erkrankte nach kurzem, schwerem Krankenlager meine innigstgeliebte Frau, Mutter, unsere Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin **Olga Kerstan geb. Albrecht.** **Albert Kerstan** nebst Kindern. Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Thomaskirche, Neußölln, Hermannstraße, aus statt. 2936

Reuters Werke 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich allen, insbesondere den Angehörten der Orts-Krankenpflege für das Buchdruckgewerbe meinen herzlichsten Dank. **Frau Anna Kühnert** und Kinder. 478

Dankfagung. Für die Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels sagen wir allen Freunden, Bekannten und Kollegen, insbesondere der Firma Piefisch, dem Sparverein „Wald auf SO“, dem Wahlverein und dem Holzarbeiterverbande hiermit unseren innigsten Dank. **Frau Minna Herfort** nebst Kindern. 105a

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. **Frau Amalie Lentmann** nebst Angehörige. 105a

Spezialarzt für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. **Dr. med. Wockentau,** Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) Sprechst. v. 8—8, Sonntags 8—10.

Varkettfaal Silberner vergilt unentgeltlich Grünau-Bohusdorf Villa Kohl. 131/8

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Kuderstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708. Sonnabend, den 13. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engeluser 15: **Versammlung** der arbeitslosen Mitglieder der Filiale Berlin. Wir ersuchen unsere arbeitslosen Kollegen, unbedingt in dieser Versammlung zu erscheinen, da es sich um die Auszahlung einer Gratunterstützung handelt. In folgenden Orten melden sich die Kollegen in ihren Kontrollstellen: Adlershof, Köpenick, Friedrichshagen, Lichterfelde, Königs-Wusterhausen, Schöneberg und Strausberg. Die Ortsverwaltung. 133/6

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. Telefon: Amt Norden 1987, 1289, 9714, 185.

Sonnabend, 13. Dezember 1913, nachts 12 Uhr: **Allgemeine Versammlung der Kinooperateure Groß-Berlins** in Witwe Augustus Festhällen, Dranienstraße 103. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Die Heiligsandfrage und die Antwort der Theaterbesitzer. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonntag, 14. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr: **Gemeinsame Branchen-Versammlung** aller in den Eisenkonstruktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter sowie Fahrstuhlmonateure und Helfer in den Andreas-Festhällen, Andreasstraße 21. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen W. Ziering. 2. Diskussion. 3. Bericht der Agitationskommission. 4. Verschiedenes.

Sonntag, 14. Dezember 1913, vormittags 10 Uhr: **Versammlung** aller im 21. Bezirk (Ober- u. Niederschöneweide, Wildau usw.) beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Rundschleifer in dem Lokale Wilhelminenhof, Schloßparkstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Das Taylorsystem in der Dreherei — die neueste Akkordkalkulation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet Die Ortsverwaltung.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Die von den Druckereien von der Gewerkschaftskommission entnommenen Listen zur Sammlung von Geldern für die Arbeitslosen und deren Kinder zum Weihnachtsfest bitten wir bis spätestens **Mittwoch, den 17. Dezember**, an die Gewerkschaftskommission, Engeluser 15 I, wieder abzuliefern. Diejenigen Druckereien, die noch keine Listen entnommen haben, bitten wir, im Interesse der guten Sache dies umgehend zu tun. 28/18 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Verwaltung Berlin. **Achtung!**

Sonnabend, den 27. Dezember 1913 (dritter Feiertag), in Obiglos Festhällen (früher Keller), Köpenickerstr. 29:

Gr. Weihnachtsvergnügen. Mitwirkende: **Neues Tonkünstler-Orchester.** Dirigent: Franz Hoffelder. **Berliner Uk-Trio.** X X Sängerin Betty Lang. Im kleinen Saal: **Kasperle-Theater.** Einlauf 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Von 6 Uhr ab **Tanz.** Von 10 Uhr ab **Ball** bei zwei im oberen Saal: im großen Saal: **Orchester.** Eintritt 50 Pf. Kinder frei. Eintrittskarten sind auf allen Jahrestellen, beim Gastwirt Kollegen Greide, Rungestr. 30, und im Bureau zu haben.

Ginsejer.

Die Bezirks-Versammlungen finden am Sonntag, den 14. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den bekannten Lokalen statt. — Die Kollegen des früheren 6. Bezirks versammeln sich in ihrem alten Bezirkslokal bei Miz, Kalischer Str. 59c. Die Ortsverwaltung. 69/2

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden **J. Stock & Co.** verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private. Anzüge und Paletots von 10 M. an. **Friedrichstr. 108** Eingang Johannisstr. vis-à-vis der Karlstraße.

Für Weihnachten 1913

Kulturbilder

Wider die Pfaffenherrschaft Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und des 17. Jahrhunderts. Von Emil Rosenow und Heinrich Ströbel. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten.

Die Hohenzollern-Legende Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert. Von Dr. M. Maurenbrecher. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

Blut und Eisen Krieg und Kriegerum in alter und neuerer Zeit. Von Hugo Schulz. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit, darunter viele ganzseitige Illustrationen sowie auch zwei farbige Kunstbeilagen.

Geschichte der Revolutionen Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrady. Illustriert mit zahlreichen Bildern und Dokumenten.

Jeder Band ist für sich abgeschlossen und kann daher einzeln bezogen werden. Jedes Werk in zwei Bänden in Leinen nur 14,- M., in Halbfranz 16,- M.

Geschichtswerke

Die Deutsche Revolution Geschichte der deutschen Bewegung der Jahre 1848 und 1849. Von Wilhelm Bloß. Mit vielen Porträts und historischen Bildern.

Die Französische Revolution Volkstümliche Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789 bis 1804. Von Wilhelm Bloß. Mit vielen Porträts und historischen Bildern.

Geschichte der Französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik. In volkstümlicher Darstellung von Louis Héritier. Mit einem Nachtrag: Vom zweiten Kaiserreich bis zur dritten Republik. Von Ed. Bernstein. Illustriert.

Großer Deutscher Bauernkrieg Billige Volksausgabe, herausgegeben von Wilhelm Bloß. Illustriert.

Jedes dieser Geschichtswerke kostet gut gebunden 4,- M.

Vorwärts-Bibliothek

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Jeder Band gut gebunden 1,- M.

Erweckt Ein Roman aus dem Proletariatsleben von A. Ger.

Der Ausweg Eine Erzählung von Preczang.

Das Land der Zukunft Reisebeschreibungen von Leo Kollisch. Mit einer Einleitung von Paul Göhre.

Berschrobenees Volk Von R. Grösch.

Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß.

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen von Ernst Preczang.

Der Pariser Garten und Anderes. Von Minna Kautsky.

Mutter Ein Frauenschicksal. Von J. Ferch.

Der Morgen graut Erzählungen aus dem Proletariatsleben. Von M. Andersen-Rezä.

1000 Mark Belohnung Kriminal-Roman von Hans Hyan.

Schauinsland Ein Wanderbuch von Anton Fendrich. Erster Teil: Kinder - Kämpfer - Käuze. Zweiter Teil: Welten - Wälder - Wege. Geheftet 6,- M., gebunden 7,50 M.

Vorwärts-Klassiker

Goethes Werke Mit einer Einführung in die Werke des Dichters von Diederich.

Schillers Werke Herausgeg. u. mit einer biographisch. Einleitung von F. Mehring.

Heines Werke Biographische Einleitung von Franz Mehring.

Reuters Werke Einführung in das Leben und die Werke des Dichters von E. Krause.

Jedes Werk 3 Bände :: Preis 4,- Mark

Sämtliche anderen Klassiker jederzeit durch uns erhältlich!

Die Frau und der Sozialismus von August Bebel. 140. Tausend. Nach der Jubiläumsausgabe unverändert. Geb. 3,- Mark.

Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert von Karl Kautsky. Gebunden 2,- Mark.

Der Ursprung des Christentums Eine historische Untersuchung von Karl Kautsky. Gebunden 5,75 Mark.

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats von Friedrich Engels. Gebunden 1,50 Mark.

Sechzehn Jahre in Sibirien Erinnerungen eines russischen Revolutionärs von Leo Deutsch. Gebunden 3,50 Mark.

Viermal entflohen von Leo Deutsch. Gebunden 2,- Mark.

Die Gesundheitspflege des Weibes von Dr. F. Simon. Mit 35 Abbildungen. Gebunden 2,50 Mark.

Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende von Franz Mehring. Gut gebunden 2,50 Mark.

Der Hochverratsprozess wider Liebknecht, Bebel und Döpner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 10. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von Wilhelm Liebknecht und einem Anhang. Nach der zweiten Auflage unveränderter Nachdruck. 944 Seiten. Preis gut gebunden 4,- Mark.

Unterm Brennglas Berliner politische Satire, Revolutionsgeist und menschliche Komödie von Adolf Glashöfner. Ausgewählt und eingeleitet von Franz Diederich. Mit 117 Bildern. Preis 3,- Mark, gebunden 4,- Mark.

Bibliothek des Wissens

Unter diesem Gesamt-Titel erscheint eine Reihe guter und populär-wissenschaftlicher Bücher verschiedenartiger Wissensgebiete

Jeder Leinenband kostet 1,- M.

Entwicklungsgeschichte der Erde. Von Georg Engelbert Graf. 47 Abb. und Anhang: Geologische Profile und Erklärungen geologischer Fachausdrücke

Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung. Führung durch die Geschichte, Politik und Literatur der Sozialdemokratie. Von P. Kampffmeyer.

Völkerschlächten und Klassenkämpfe. Urkundliche Beiträge zur Jahrhundertfeier, gesammelt von Dr. A. Conrady. 2 Teile.

Nach zehn Jahren Material zur Geschichte des Sozialistengesetzes. Von Ignaz Auer. Gebunden 3,- M.

Volksfremdwörterbuch Von Wilhelm Liebknecht. 13. Auflage, neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt. Gebunden 3,20 M.

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hessebörfer. Mit 137 Textabbildungen. Gebunden 3,50 M.

Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln Reisebriefe und Tagebuchblätter von E. Sonnemann (Jürgen Brand). — Der durch sein „Allenbrook“ bekannte Verfasser weiß, daß Kinder gern Reisebeschreibungen lesen. Darum hat er diese Reisebriefe und Tagebuchblätter an Kinder geschrieben. Preis gebunden 2,50 M.

Rautes Luftreise und andere Wunderlichkeiten Geschichten für Arbeiterkinder. Von Robert Grösch. Illustriert. Kartoniert 1,- M.

Muz der Riese Ein heiteres Abenteuermärchen von Robert Grösch. Bilder von Georg Erler. Gebunden 2,- M.

Unser Wald Von Curt Grottewig, herausgegeben von W. Bölsche. Mit zahlreichen Abbildungen. Dieses Buch hat bei den bedeutendsten Pädagogen wie in der Presse begeisterte Aufnahme gefunden. Broschiert 2,50 M., in dauerhaftem Leinenband 3,- M.

Im Reiche der Technik Geschichten für Arbeiterkinder. Von Richard Woldt. Illustriert. Gebunden 1,50 M.

Allenbrook Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde. Von J. Brand. Durch jeden einzelnen dieser zwölf Briefe lernen die Leser ein besonderes Kapitel der Natur kennen und schätzen. Mit Buchschmuck versehen. Gebunden 1,50 M.

Sonntage eines Großstädtlers in der Natur Von Curt Grottewig. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. Vierte Auflage. Ausgestattet mit Buchschmuck und einem Porträt des Verfassers. — Preis gut gebunden 1,- M.

Gedichte von Clara Müller-Zahnte. Herausgegeben und reich illustriert von Oskar Zahnte. Mit einem Vorwort von Julius Hart. Das Buch gibt eine auserlesene Sammlung der besten Gedichte aus der Feder der leider zu früh verstorbenen Schriftstellerin. Die reichhaltige Illustration und vornehme Ausstattung läßt das vortreffliche Werk besonders zu Weihnachtsgeschenken geeignet sein. Preis 3,50 M., gut gebunden 4,50 M.

Bilderbücher aller Art auch (unzerbrechbar auf Pappe), vorzügliche Auswahl, in Preisstagen von 20 Pf. bis 6,- M.

Ein neues Buch der Freiheit! „Von unten auf“ Gesammelt und gestaltet von Dr. Fr. Diederich. — Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerken. Das Werk ist von der Presse glänzend besprochen worden. Inhalt und Ausstattung lassen es besonders als Weihnachtsgeschenk geeignet erscheinen. In einem Leinenband gebunden 5,- M., in zwei Leinenbänden gebunden 6,- M.

Im Strom der Zeit Gedichte von Ernst Preczang. Kartoniert 1,50 M., gebunden 2,- M.

Kreuz und Quer durch den Balkan Reisebeschreibung von L. Lessen. Preis gut geb. 1,50 M. In diesem an eigenartigen bunten Episoden reichem Buche werden Land und Leute der Balkanhalbinsel fesselnd geschildert.

Mit dem Tornister Erinnerungen eines Infanteristen aus dem Jahre 1870. Von Karl Ehr. Rückert. Gut gebunden 1,50 M.

Preussischer Kommiß Soldaten-Geschichten von Aug. Winnig. Illustriert von J. Damberger. Gebunden 2,- M.

Ausgewählte Märchen von Karl Ewald. Dieses Buch bildet eine beliebte und dabei wertvolle Lektüre für die Arbeiterjugend. Unterhaltend und belehrend zugleich. Gebunden 1,50 M.

Herzliche Grüße Geschichten von St. Großmann. Eine Sammlung tiefempfundener Erzählungen aus dem sozialen Alltagsleben. Preis des Buches broschiert 2,- M., gebunden 2,80 M.

Der kleine Stadtbaumeister Ein Lehr- und Spielbuch für Jugend, Eltern und Erzieher von D. Pralle. Mit 15 Abbildungen im Text und 17 Tafeln. Preis 1,50 M. Die Modellierbogen fordern vom Kinde nur mechanische Arbeit mit Schere und Kleister; das andere hat der Künstler schon im voraus besorgt. Es gibt keine Veränderung und Umformung, kein Einreißen und Wiederaufbauen mehr. Die Modelle des Spielbuchs dagegen gestatten dem Willen und der Phantasie des Kindes den größten Spielraum.

Alle empfohlenen Schriften werden auch durch die Zeitungs-Ausgaben stellen des „Vorwärts“ geliefert.

Buchhandlung Vorwärts *** Lindenstraße 69

Die vom „Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ empfohlenen Bücher sind sämtlich auch durch uns zu beziehen

Weihnachts-Verkauf

AMAR

Hervorragend billige Preise!

HERREN-

Schnürstiefel
Echt Chevreau und Boxkalf 10⁵⁰
Unsere Preisschlager!

Boxhose und Chromleder, Lackkappe, Pressfalten 5⁹⁰

Unser populäres Goodyear-Weit-Fabrikat!

In hervorragender Auswahl 12⁵⁰

Tanz- und Gesellschaftstiefel
Chevreau und Lack mit Einsätzen 12⁵⁰

Schnallenstiefel f. empfindlich. Füße
Chromleder, warm gefüttert 8⁵⁰

Unser CONDOR-Patent-Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren
Ideal bequem! 17⁵⁰ 15⁵⁰ 12⁵⁰

Neueste Original-Modelle
Lack mit zartfarbig. Leder-Einsätzen .. 14⁵⁰



Hervorragend billige Preise!

DAMEN-

Mode-Knopfstiefel
Ganz Chevreau oder Lackbesatz 10⁵⁰
Unser Preisschlager!

Schnürstiefel
f. Chromleder, Derby, Lackkappe 4⁹⁰

Schnürstiefel — gediegene Qualität
Echt Chevreau und Boxkalf 8⁷⁵

Mode-Tanzschuhe
Kalblack 1 Spange 5⁰⁰ 2 Spangen 7⁵⁰

Mode-Halbschuhe
Lack mit Lederschnürung 8⁹⁰

MÄDCHEN- und KNABEN-Schnürstiefel
Box, Derbyschnitt 25 2⁹⁵ 27 3⁷⁵ 31 4²⁵
— breite Form — 30 3⁰⁰ 33 3⁷⁵ 37 4²⁵

Conrad Tack & Cie. A.G.

Schuhwarenfabrik

Burg b. Magd. b. Magd.

138 Verkaufsstellen im Deutschen Reiche, 21 in Berlin und Umgegend:

- | | | | | | | |
|------------------------|------------------------|----------------------|----------------------------|--------------------------|---------------------------|---|
| C, Spittelmarkt 15 | W, Schillstrasse 16 | NW, Bussellstr. 29 | N, Reinickendorfer Str. 23 | O, Andreasstrasse 50 | SO, Oranienstrasse 32 | Charlottenbg.: nur Wilmsdorfer Str. 122-123 |
| C, Rosenthaler Str. 14 | NW, Turmstrasse 41 | N, Friedrichstr. 127 | N, Brunnenstrasse nur 37 | O, Frankfurter Allee 125 | SO, Wrangelstrasse 49 | Neukölln: Bergstrasse 30-31 |
| W, Potsdamer Str. 50 | NW, Wilsnacker Str. 22 | N, Müllerstrasse 3 | N, Danziger Strasse 1 | SO, Oranienstrasse 2a | SW, Friedrichstr. 240-241 | Potsdam: Brandenburger Strasse 54 |

Verkäufe.

Teppich-Thomas, Dramenstr. 44
farbfehlende Teppiche (pottdillig);
Gardinen, Steppdecken, Tischdecken
halben Preis. Vorwärtslesern 5 Prozent
Estrabatt. 788R

Wandbildhand Hermannplatz 6.
Spottdilliger Bilderverkauf. Bilder-
verkauf. Gardinenverkauf, Teppich-
verkauf. Goldwarenverkauf. Kisten-
verkauf. Herrengarderobe. Sonntag-
verkauf ebenfalls.

Teppiche (fehlende) in allen
Größen, fast für die Hälfte des
Brettes, Teppichlager Brunn, Gade-
scher Markt 4, Bahnhof Börse. (Veser
des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Valetots aus reinen Kaschottens
25-60 Mark, Hosen 6-18 Mark,
Berandhaus Germania, Unter den
Linden 21. Sonntag bis abends
geöffnet.

Bettenhand 9., Brunnen-
str. 70, im Keller. 1200R

Gardinen! Steppdecken! Vorläufer!
Tischdecken! außergewöhnlich billig!
Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt
extra! Gardinenhaus Brunn, Gade-
scher Markt 4 (Bahnhof Börse),
Sonntags geöffnet.

Wandbildhand Heinersdorferstr. 14.
Verkauf verfallener Wandbilder. 216 b

Anzüge, Hosen! Teilzahlung!
Woche 1 Mark, pottdillig. Richardi,
Barthauerstr. 80. 1800R

In freien Stunden. Wochen-
schicht für das arbeitende Volk. Romane
und Erzählungen. Abonnements
wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Aus-
gabestellen des "Vorwärts" entgegen.
Probehefte gratis.

Wagenwagen, Kinderwagen.
Teilzahlung 0,50 wöchentlich, große
Auswahl. Reichs, Andreasstr. 4.

Strebarme Schuhmachermeister
erhalten Schuhwaren in Kommission
unter den günstigsten Bedingungen.
Offerten unter "D. 215" an Städtisches
Kantonsbureau, Rosenfelderstr. 42.

Ohne Anzahlung, 50 Pfennig
Kocheräte an, liefern Bilder, Wand-
uhren, Teppiche, Gardinen, Vorläufer,
Tischdecken, Steppdecken. Strengste
Diskretion zugesichert. Auf Wunsch
Auswahlsendung. Bestellungen erbitte
Wochensparten 9, Postamt 102. 223/18

Nähmaschinen, gebrauchte,
in allen Systemen billig, schon von
10 Mark an. Bellmann, Goltz-
str. 26. 295R

Kinderwagen, Teilzahlung, Woche
1., Wagenwagen, Riesenwahl!
Richardi, Barthauerstr. 80.

Gasföhrnen, dreifamig, komplett
7,50, Gasunglampen 6,00, Hänge-
leuchtpendel 4,00, Gasföhrnen 2,40, Gas-
wandbrenner 1,50, Kronenleuchter, Große
Frankfurterstr. 92, Reimendorfer-
str. 120, Schönhauser Allee 131,
Reutlin, Berlinerstr. 102. 1100R

Wandanzüge und Winter-
paletots von 5 Mark sowie Hosen
von 1,50, Bekleidungsstücke von 12,00,
Kraus von 2,50, sowie für luxuriöse
Figuren. Neue Garderobe zu haumut-
billigen Preisen, aus Wandbrettern ver-
fertigte Sachen lauft man am billigsten
bei Kap. Wilsnackerstr. 14.

Teppiche (Kardinalen) pottdillig
früherer Fabrikation. Große
Frankfurterstr. 9, parterre. "Vor-
wärts"-Leser zehn Prozent Estrabatt!
1230R

Reihhaus Marienplatz 58a!
kaufen Sie pottdillig von Anwaltern
wenig getragene sowie im Verlag
von ene Jacke, Rodanzüge, Hosen,
Valetots. Serie I: 10-18, Serie II:
20-30 Mark, größtenteils auf Seide.
Belagende Kleider in neuer
Garderobe, enorm billig. Kistenkosten
Kleider, Rodanzüge, Büchermäntel, auf
Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 Mark,
Große Hosen Pelzhaare in Stoffs,
Warder, Kera, Hüthen, früher bis
200, jetzt 20-75 Mark. Große Aus-
wahl in Herren-Gehäusen, Gelegen-
heit in Damen, Reize, Bogenpelzen.
Gründer-Angebot in Lombard gewellter
Teppiche, Gardinen, Vorläufer,
Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten,
Wandwaren enorm billig nur Wilsnacker-
str. 58a I. 194R

Teppiche. Vorwärtsleser erhalten
20 Prozent. Große Partien Teppiche
mit kleinem Beleg, jetzt Größe
Hose 200 : 300 13,50, 250 : 350
22,50, 300 : 400 25,50, Gardinen,
Vorläufer, Tischdecken, Sofabeden,
Kette, Häuserhose pottdillig. Theresie
Lehmann, Teppich-Spezialhaus mit
Fabrikation, Potsdamerstr. 106b
(kein Laden). Hausnummer beachten.

Zufallfächer. Schlaframmer 150
Mark an, Sveltezimmer, Herren-
zimmer, einzelne Sofas, Kleider-
schänke mit und ohne Spiegel 80
Mark an, dreiteilig mit Spiegel 85
Mark an, Bilder 2,25 bis 60,00,
Vorläufer, Gardinen, Stores, Tisch-
decken und Steppdecken, Teppiche,
Kronen für Brautleute sehr geeignet.
Webers Möbelgeschäft, Neue König-
str. 36. 1622R

Bettenverkauf! Prachtteppiche!
Kassentische! Gardinenwahl!
Bildergalerien! Tischdecken! Stepp-
decken! Schmuckkästen! Uhrenverkauf!
Bilderverkauf! Weihnachtsgeschenke!
Spottdillig! Reihhaus Barthauer-
str. 7. 1716R

Wandbildhand! Pelzwaren!
Winterpaletots! Winterhosen! Winter-
joppen! Herrenanzüge! Statten-
erzeugend billig! Reihhaus Barthauer-
str. 7.

Teppiche, auch mit Fellen,
Gardinen, Vorläufer, Häuserhose,
Reisvorläufer, Tischdecken, pottdillige
Weihnachtsgeschenke. Conrad Tack,
Potsdamerstr. 109, Vorwärtslesern
Estrabatt. 1892R

Damenhemden mit gestickter
1,15, Herrenhemden 1,15, Normal-
wäsche, Arbeiterhemden sowie ein-
zelne Musterhemden pottdillig. Wäsche-
fabrik Salomonsh, Dirschstr. 21
(Alexanderplatz). 269/17

Wand- Garderoben - Haus
verkauf pottdillig erstklassige, wenig
getragene Winterpaletots, Hosen,
Kutanzug mit Weste und gestickter
Hose, Jacketanzüge, Bekleidungsstücke,
Smokinganzüge, Frackanzüge, Rod-
anzüge, Reizekleider, Brautanzüge.
Sonntag geöffnet. Nur Rosenfelder-
str. 4 I. 298/16

Tüllbettedecken, volle Bettzüge,
1,85, in Erbstül 3,85, Tüllbettedeck
1,85, Erbstülbettedeck 3,85, Teppichhaus
Emil Lehmann, Oranienstr. 158.

Teilzahlung, 0,50 wöchentlich:
Gardinen, Vorläufer, Teppiche, Stepp-
decken, Tischdecken, Möbel, Bilder,
Gasföhrnen, Herren, Damen, Kinder-
garderobe usw. Kredithaus Wilsnacker-
str. 77/78, Ecke
Brückenstr. am Bahnhof Jannowitz-
brücke. 1783R

Nähmaschine, neu, tadello,
prima, pottdillig. Richardi, Goltz-
str. 76 I. Charlottenburg. 778

Weihnachtsgeschenke, 25000
Röhrchen, 3 bis 20 Pfennig, pottdillig.
Vertreterausgabe Dürfeld, Lands-
bergerstr. 70, Alexanderplatz. 234/2

Gelehrer Verdienst. Gehälte
Reueh, 10-Pfennigartikel, Gold-
und Silberwaren für den Weihnacht-
markt. Rudolf Studenbrock, Dres-
denerstr. 29. 224/4

Möbel ohne Geld! Bei steter
Anzahlung geben Wirföhrnen und
einzelne Stücke auf Kredit unter
äußerster Preisnotierung, auch Waren
aller Art. Der ganze Laden lauft bei
uns. Kreditmann u. Co., Kopen-
str. 4. (Schleiferei Bahnhof). *

Wohne zu mir, ich borge Dir
Möbel für Küche und Küche, mit
10 Mark Anzahlung und allerfeinsten
Bodenroten. Einzeln Möbel 3 Mark
Anzahlung. In allen Stadtteilen
Verkaufslager. Ofen: Tannenplatz,
Dümenstr. 2, Reutlin und Süd-
ofen: Möbelkammer, Rotbusen-
str. 14, Norden und Zentrum:
Alle Schönhauserstr. 32. 1770R

Wohne zu mir, ich borge Dir
Möbel für Küche und Küche, mit
10 Mark Anzahlung und allerfeinsten
Bodenroten. Einzeln Möbel 3 Mark
Anzahlung. In allen Stadtteilen
Verkaufslager. Ofen: Tannenplatz,
Dümenstr. 2, Reutlin und Süd-
ofen: Möbelkammer, Rotbusen-
str. 14, Norden und Zentrum:
Alle Schönhauserstr. 32. 1770R

Wohne zu mir, ich borge Dir
Möbel für Küche und Küche, mit
10 Mark Anzahlung und allerfeinsten
Bodenroten. Einzeln Möbel 3 Mark
Anzahlung. In allen Stadtteilen
Verkaufslager. Ofen: Tannenplatz,
Dümenstr. 2, Reutlin und Süd-
ofen: Möbelkammer, Rotbusen-
str. 14, Norden und Zentrum:
Alle Schönhauserstr. 32. 1770R

Piano, gebrauchtes, 120,00, ver-
fülllich. Pianohaus Potsdamer-
str. 51. Sonntags 12-6 geöffnet.

Piano, gut erhalten, 150,-
Möbelverkauf, zwei Sessel, ein Spind.
Oranienstr. 88, Hof parterre.

Bilder.
Gratis gebe ich 300 eingerahmte
Bilder rellamerhalten an jeden Käufer
bis 15. Dezember ab. Bilder-Hoghan,
Rosenfelderstr. 11/12, Weinmeister-
str. 2. 1790R

Fahrräder.
Fahrradbetrieb "Groß-Berlin"
reelle und billige Bezugsquelle. Re-
paraturen gewissenhaft und schnell.
Neue Reize Schönhauserstr. 9, Brun-
nenstr. 145, Badstr. 9, Wilsnacker-
str. 13, Turmstr. 25, Charlotten-
burg, Spandauerberg 20.

Kaufgesuche.
Zahngelbte, Goldschmuck, Silber-
schmuck, Platinabfälle, sämtliche Metalle
höchstzahlend. Edelmetalle Christmann,
Rödenstr. 20 a (gegenüber
Wannenseelstr.). 111/1

Platinabfälle, alte Goldschmuck,
Zahngelbte, Silber, Gelbte, alte Uhren,
Rehring, Goldschmuck, Goldschmuck,
Stanniol sowie sämtliche Gold-
schmuck, Platinabfälle, Höchstzahlend
kauft Groß, Edelmetalle, Berlin,
Rödenstr. 20. Telefon Wilsnacker-
str. 3476. 560R

Goldschmuck, alte Goldschmuck,
Zahngelbte, Silber, Gelbte, alte Uhren,
Rehring, Goldschmuck, Goldschmuck,
Stanniol sowie sämtliche Gold-
schmuck, Platinabfälle, Höchstzahlend
kauft Groß, Edelmetalle, Berlin,
Rödenstr. 20. Telefon Wilsnacker-
str. 3476. 560R

Zahngelbte, Goldschmuck, Silber-
schmuck, Platinabfälle, sämtliche Metalle
höchstzahlend. Edelmetalle Christmann,
Rödenstr. 20 a (gegenüber
Wannenseelstr.). 111/1

Platinabfälle, alte Goldschmuck,
Zahngelbte, Silber, Gelbte, alte Uhren,
Rehring, Goldschmuck, Goldschmuck,
Stanniol sowie sämtliche Gold-
schmuck, Platinabfälle, Höchstzahlend
kauft Groß, Edelmetalle, Berlin,
Rödenstr. 20. Telefon Wilsnacker-
str. 3476. 560R

Goldschmuck, alte Goldschmuck,
Zahngelbte, Silber, Gelbte, alte Uhren,
Rehring, Goldschmuck, Goldschmuck,
Stanniol sowie sämtliche Gold-
schmuck, Platinabfälle, Höchstzahlend
kauft Groß, Edelmetalle, Berlin,
Rödenstr. 20. Telefon Wilsnacker-
str. 3476. 560R

Verschiedenes.
Vorentwurf Sessel, Stühle
str. 94a.

Vorentwurf Sessel, Stühle
str. 16

Großes Vereinszimmer zu fest-
lichen noch jeden Tag frei. Pfingst-
Feststr. 13. 740

Vermietungen.
Mietsgesuche.
Junges Mädchen sucht möbliertes
Zimmer mit Bad, Heizung, möglichst
Reutlin. Offerten unter "A. D. 115"
Postamt 68. 252R

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Klavierhändler. Fast erblindeter
Genosse empfiehlt sich als Klavier-
händler. Kaselbach, Reutlin, Kiemer-
str. 10. 252R

Stellenangebote.
Tüchtigen Watten-Steinmetz und
Kleber verlangt Strecker, Schönhauser
Allee 121. 740

Handhändler.
Die ausgeführte Stelle eines
Handhändlers für unsere Partei-
buchhandlung ist besetzt. Allen Be-
werbern besten Dank. 295/20
Buchdruckerei G. Kiese u. Co.,
Braunshweig.

Tüchtiger Werkmeister
für Galvanisierarbeiten, welcher den Be-
trieb selbstständig zu leiten und mit
Tischhändlern Maschinen umzugehen ver-
steht, wird sofort für ausgedehnt ge-
sucht. Gest. Off. unter "J. K. 300"
"Vorwärts"-Expedition, Petersburger
Platz 4. 2724R

Achtung
Steinarbeiter!
Bei den Saalburger Marmor-
werken bestehen Differenzen. Bis
zur Klärung derselben sind Ar-
beitsangebote zu unterlassen.
172/8 Die Ortsverwaltung.

Die Etatdebatte im Reichstag.

187. Sitzung. Donnerstag, den 11. Dezember 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Deibrüd, Jagow, Kühn, Lisco, Kraetke.

Der Etat.

Abg. Kistlin (U.):

Zu der Zaberner Angelegenheit hat der Kriegsminister an dem Kern der Sache vorbeigeredet. Er hat nicht mitgeteilt, wie der Leutnant v. Forstner bestraft worden ist, was zur Beruhigung notwendig gewesen wäre. Sehr entschieden muß ich die Angriffe des Grafen Westarp auf die Zivilverwaltung von Zabern und seine Verdächtigungen der Zaberner Bevölkerung zurückweisen. Er hat auch nicht den Schatten eines Beweises dafür erbringen können. Beleidigungen des Militärs sind vorgekommen, aber lediglich durch unerwachsene Personen; daß die Bevölkerung sich ruhig gehalten hat, geht daraus hervor, daß nicht ein einziger Antrag auf Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft gestellt ist. Graf Westarp nimmt für die Militärbehörde im Elsaß das Recht in Anspruch, die Zivilbehörde zu überwachen. Tatsächlich besteht eine

militärische Nebenregierung

im Elsaß; das geht auch daraus hervor, daß jede scharfe Maßregel des Statthalters auf Verichte der Militärbehörden nach Berlin zurückzuführen ist. Daß solche Verichte erfolgen, hat der Kriegsminister offen zugegeben. Das sehr ramponierte Ansehen der elsässischen Regierung ist durch die unberechtigten Angriffe der Abgeordneten v. Westarp und Camp wieder hergestellt worden. Wenn sie von dieser Seite angegriffen wird, so ist das ein Beweis, daß sie ihre Schuldigkeit im Interesse der elsäß-lothringischen Bevölkerung getan hat. Tatsache ist, daß die Zivilverwaltung Siegerin über die Militärverwaltung, die das Gesetz nicht geachtet hat, geblieben ist. Die Verlautbarung in der „Straßburger Post“ hat die Regierung zweifellos in voller Absicht ergeben lassen. Dem Statthalter sind offenbar sehr eingehende Konzeptionen gemacht nebst dem Recht, sie zu veröffentlichen. Sonst wäre er, wie ich ihn kenne, sicher nicht einen Augenblick auf seinem Posten geblieben. Den Freiherren Jörn v. Sulach hat Graf Westarp vor versammeltem Volk abgeschüttelt. Das wird ihm wenig Sorge machen, im Gegenteil, es wird ihm wohl ganz lieb sein, darauf hinweisen zu können: Seht, von diesen Leuten, die eure Feinde sind, werde ich angegriffen. Wir freuen uns, daß der Statthalter in Donaueschingen ein ernstes Wort geredet und daß der Staatssekretär auf seine Demission gedracht hat, wenn nicht Remedur eintritt. Die elsäß-lothringische Bevölkerung hat mit dieser ganzen Affäre nichts zu tun; höchstens hat ihre Unvollkommenheit schuld daran, daß solche Vorkommnisse, die z. B. in Baden unmöglich sind, sich ereignet haben. In Frankreich waren wir gleichberechtigt. Dort haben die Präfecten nicht nach der

Himmelwetterpolitik

des Grafen Westarp regiert. Jetzt befinden wir uns in einer etatsrechtlich untergeordneten Stellung, mit der wir nicht zufrieden sind. Der Geist des Grafen Westarp würde anfangs auch aus den Ausführungen vom Regierungstisch. Dort ist man aber in sich gegangen, und nur die Freunde des Grafen Westarp bleiben unverzöhlich. Durch die ganze Angelegenheit hat das elsäß-lothringische Volk außerordentlich viel an Vertrauen zu der Regierung verloren, aber durch die Einmütigkeit, die der Deutsche Reichstag in der Beurteilung der Vorgänge gezeigt hat, haben wir wieder viel gewonnen am Vertrauen zum deutschen Volk. Und das wird zur Heilung der Wunden beitragen, die durch die unverhältnißliche Stellung der Behörden geschlagen ist. (Beifall.)

Abg. Hoch (Soz.):

Der Reichskanzler hat aus dem bisherigen Verlauf der Debatten schließlich doch das eine gelernt, daß er mit der Mißbilligungserklärung des Reichstages nicht so leicht fertig wird, wie er es vorausgesetzt hat. Die Angelegenheit Zabern hat die Etatdebatte beherrscht und wird auch die Politik des Reiches in nächster Zeit beherrschen. Aber das allerwichtigste hat der Reichskanzler aus dieser Debatte nicht gelernt, er hat nicht erkannt, worauf es ankommt. Er sagte uns gestern: was soll ich denn mitteilen, die Sache schwebt ja noch. Das Mißbilligungsvotum bezog sich nicht auf die Einzelheiten, die der Untersuchung unterliegen und unklar sind, sondern es bezog sich auf die Tatsache, die klar vor aller Augen liegt, auf die

Tatsache des Willkürregiments,

auf die Tatsache, daß Offiziere sich erlaubt haben, das Heer zu mißbrauchen und die Verfassung und die Gesetze zu verewaltigen, daß das Militär sich Befugnisse angeeignet hat, die ihm nicht zustehen. (Lebhaftes Wiederholtes Sehr richtig!) Das hat die Empörung erregt. Das mußte anfangs auch der Reichskanzler. Ursprünglich sollte ja Zabern nach der Etatdebatte verhandelt werden. Aber als die Vorfälle sich ereigneten, erklärte der Reichskanzler sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit, weil Rechtsbrüche vorgekommen seien. Und bei der Beantwortung erwarteten die bürgerlichen Parteien, daß der Reichskanzler, der höchste Beamte, der verantwortlich ist für die Reichsverfassung, hier auftreten und sagen würde, das Unerhörte ist geschehen, das Militär ist über die Verfassung hinausgegangen, ich werde für die nötige Bestrafung sorgen und werde auch dafür sorgen, daß so etwas nicht mehr vorkommt. (Lebhaftes Sehr wahr!) Das haben nicht nur wir erwartet, sondern die große Mehrheit des deutschen Volkes, und die große Mehrheit des deutschen Reichstages. (Sehr wahr!) Was aber haben wir statt dessen erleben müssen? Der oberste Beamte, der herausen Wahrer der Reichsverfassung hat hier nur das Wort ergriffen, um die Ausschreitungen des Militärs zu entschuldigen. (Lebhaftes Zustimmung.) Er sagte, der Kopf des Königs muß unter allen Umständen respektiert werden, aber mit keinem Worte sagte er, daß auch der Kopf des Bürgers und daß auch die Verfassung respektiert werden muß. Dann trat der neue Herr Kriegsminister auf, der sich als

Minister des Königs von Preußen

vorstellte und das große Wort von der Ehre im Munde führte. Er entschuldigte nicht nur die Offiziere, sondern offen und frei trat er selbst über die gesetzlichen Schranken hinaus. Er sprach vom Heere in dem Augenblick, in dem er für die Offiziere auch ungeheuerliche Rechte in Anspruch nahm, aber kein Wort fand er dafür, daß die große Mehrheit des Heeres, die 700 000 Soldaten, vor Beleidigungen und Beschimpfungen ihrer Vorgesetzten entschuldigt werden müßten. Nur die Ehre und Würde der Offiziere suchte er als Fundament und Grundlage der Ordnung und Sicherheit des Vaterlandes zu verewidigen. Aber über die Handlungen der Offiziere, die im Widerspruch mit der Ehre und Würde jedes Menschen stehen, über das Beschimpfen und Beleidigen und Einsperren wehrloser Menschen ist er hinweggegangen. Und das ungeheureste, was er sich leistete, war, daß es doch besser sei, wenn ein Offizier beleidigt werde, er lasse den Beleidiger durch eine Patrouille verhaften, als daß er ihn niederstieße. Er spricht dem Offizier also das Recht zu, wenn er den Beleidiger nicht verhaften lassen kann, ihn niederzustechen. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten. Präsident Kaempf erklärt diese Ausrufe für

unparlamentarisch.) Wo steht das in den Gesetzen? Und das hat der Reichskanzler sich angehört und hat kein Wort gefunden gegen dies unerhörte Auftreten des Mannes, für den er die Verantwortung hat. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Er ist also Mißbilliger!) Das vereinigte die große Mehrheit des Reichstages. Als der erste Redner nach dem Kanzler, der Abg. Zehrenbach, sich gegen diese Verneinung der Gesetze durch die Offiziere wandte, da war er der Redner des ganzen Hauses. (Lebhaftes Zustimmung.) Der Mißbilligungsantrag bedeutete die Verurteilung der Gewalttätigkeit in Zabern. Am zweiten Tage wurde der Kanzler abberufen und nach Donaueschingen befohlen. Als er zurückkehrte, herrschte überall die Meinung, die Angelegenheit Zabern sei nicht erledigt, sondern er würde uns mitteilen, wie die Sache erledigt werden soll. Der Mißbilligungsantrag sollte doch nicht eine Vorbeugung gegen den Reichskanzler sein, sondern bedeutete, daß wir solche Ausschreitungen in der Zukunft nicht wieder haben wollten, und deshalb erwarteten wir, daß der Reichskanzler mitteilen würde, welche Maßnahmen getroffen sind, um solche Ausschreitungen für die Zukunft unmöglich zu machen. Der Reichskanzler hat es aber nicht für nötig gehalten, irgend etwas mitzuteilen. Für ihn schien die Sache erledigt zu sein. Aber für das Volk ist sie nicht erledigt! (Lebhaftes Sehr richtig! links.)

Man will aber nicht die Rechte der Menschlichkeit mit Füßen treten lassen durch das Militär. Freilich können wir die Verhältnisse in Deutschland nicht so leicht ändern, um hierfür Bürgschaften zu bekommen. Aber aussprechen können wir: Wir wollen nicht einen Mann als Reichskanzler an der Spitze haben, der nicht imstande oder nicht willens ist, gegen solche Ausschreitungen vorzugehen. (Sehr wahr.) Deshalb mußte Scheidemann Ihnen die Ablehnung des Etats empfehlen. Wir betrachten freilich die ganze jetzige Wirtschaft als

eine Ungerechtigkeits- und Unrechtswirtschaft

und lehnen deshalb den Etat prinzipiell ab. Scheidemann aber hat sich gerade an Sie, die Sie den Etat nicht grundsätzlich ablehnen gewohnt, damit Sie ihn den Mann verweigern, der diese Wirtschaft nicht beseitigen will oder kann. Der Reichskanzler meinte, es liege ja nur die Tatsache vor, daß der Reichstag in dieser Frage mit ihm nicht einverstanden ist. Das bestreiten wir nicht. Aber es handelt sich hier nicht um eine vereinzelte Frage, nicht um die Frage eines zufälligen Fehlers, sondern um die grundsätzliche Frage, daß der Reichskanzler sich als unfähig erweisen hat, der Verfassung und dem Gesetz die nötige Achtung zu erweisen. Und wenn er sich hier als unfähig erweist, bricht man den Stab über ihn überhaupt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat uns befehlen wollen, daß das Recht der Entlassung des Kanzlers ausschließlich dem Kaiser zusteht. (Sehr richtig rechts.) So klug ist mein Freund Scheidemann auch, er hat das sogar ausdrücklich erklärt, und deshalb bleibt uns eben gar kein anderes Mittel übrig, als den Etat zu verweigern, um die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz unrichtig ist die Behauptung des Reichskanzlers von einem Vorstoß gegen die Rechte des Kaisers. Das Recht des Reichstages, zu fordern, daß ein Reichskanzler entlassen werde, der nicht fähig ist, die Pflichten seines Amtes zu erfüllen, ergibt sich aus der Reichsverfassung, die die

Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag

festlegt. (Sehr richtig! links.) Was wäre denn das sonst für eine Verantwortlichkeit? Wenn aber jemals in irgendeinem Fall die Verantwortlichkeit vorlag, die Entlassung des Kanzlers zu fordern, dann war es in diesem Fall. Der uns verantwortliche Reichskanzler ist und die Verantwortung schuldig geblieben, er hat ja allerdings in die Sache nichts hineingeredet gehabt, solange bis der Kaiser ihn eingeladen hat. Der Kaiser war, wie so oft bei wichtigen Angelegenheiten, nicht in Berlin, sondern auf der Saujagd in Donaueschingen. (Weiterkeit links.) Und der Reichskanzler konnte dem Kaiser über die unerhörte Verletzung der Gesetze und der Verfassung durch die Offiziere nicht die Aufklärungen geben, die er für nötig hielt. Einzig und allein der Kriegsminister und General Deimling wurden zum Kaiser berufen, und nur von ihnen wurde ihm Vortrag gehalten. Der Reichskanzler hatte da nichts zu sagen. Wird so die Verantwortlichkeit aufgehoben? Allerdings, wenn wir nur einen Vortrag haben wollen, hinter dem die Person des Kaisers logiert, ja wohl — dann ist Herr v. Bethmann Hollweg an der richtigen Stelle! (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Verfassungsbestimmung über die Verantwortlichkeit aber setzt voraus, daß auf jenem Platz ein Mann steht, der die Reichspolitik leitet und der, wenn er ausgeschaltet wird, entschlossen ist, aus seiner Stellung zu scheiden. Der Reichskanzler sagte, über die Wahrung seiner Würde entscheide er. Aber hier handelt es sich um Angelegenheiten, die auch uns angehen, und da haben wir unsere Würde zu wahren! Würden wir nicht erklären, daß ein ungenügender Mann auf dem Platz des Reichskanzlers nicht hingehört, so würden wir den Reichskanzler, der ein Diener des Staates sein soll, herabwürdigen zu einem

Schleusen des Kaisers,

zu einer Hoffbranze, und das wollen wir nicht. Wir wollen die Stellung des Reichskanzlers heben, und aus diesem Grunde erklären wir mit allem Nachdruck, daß, wenn die Reichsinteressen gewahrt werden sollen, der Mann vom Platz des Reichskanzlers weg muß. Er hat wiederholt die Person des Kaisers vorgeschoben. Allerdings war es für ihn schwer, in diesem Falle die Verantwortung zu übernehmen, weil er ja gar nicht gewußt hat, was vorgeht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist behauptet worden, daß bevor noch der Reichskanzler die Zaberner Interpellation beantwortete, zwei Schreiben des Kaisers an General Deimling und den Statthalter v. Wedel ergangen seien, in denen auf die Rechte der Verfassung hingewiesen war. Es ist versucht worden, auszuführen, daß der Reichskanzler wegen körperlicher Indisposition mit der Bekanntmachung des Inhalts zurückgehalten habe. Das kann nicht sein! Ein Reichskanzler sollte es fertig bringen, in einem Augenblick, wo er hätte sagen können, daß das, was das Parlament verlangt, bereits geschehen ist, diese Mittelungen zu unterschlagen oder auch nur zu verbergen?

Präsident Kaempf:

Diese Ausdrücke waren unparlamentarisch.

Abg. Hoch:

Ich sage ja, daß das nicht möglich ist!

Präsident Kaempf:

Sie dürfen nicht von einer Unterdrückung sprechen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Er plädiert ja auf mildernde Umstände!)

Abg. Hoch:

Es liegt an dem, daß der Herr Präsident meine Ausführungen nicht verstanden hat! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich sage: es ist ganz undenkbar, daß ein Reichskanzler es fertig bringen würde, solche Briefe nicht mitzuteilen, obgleich dies das ein-

zige Mittel der Beruhigung gewesen wäre; das wäre eine solche Feigheit und Treulosigkeit, das dazu kein Reichskanzler, am allerwenigsten Herr v. Bethmann Hollweg, fähig wäre. Deshalb kann er ja nichts von den Briefen gewußt haben. — Er wußte nichts, und dieser Herr sollte die Verantwortung übernehmen! Wenn er nicht nur eine Puppe sein will, sondern dafür sorgen will, daß die Politik einheitlich in den von ihm für notwendig erachteten Bahnen geführt wird, dann werden ihm solche Angriffe nicht zu teil werden. Er spricht immer nur von den Rechten des Kaisers, kennt er denn nicht die Rechte des Reichstages, die zu wahren er ebenso verpflichtet ist? Und wenn er die Rechte des Volkes nicht ebenso wahren will oder kann, wie die des Kaisers, dann ist das Volk dazu da, es zu tun, und dann sollten Sie, meine Herren, dazu da sein, einen solchen Reichskanzler zu beseitigen. Wenn der Reichskanzler immer nur von den Rechten des Kaisers spricht, so sagt er damit weiter nichts, als daß alles, was geschehen ist, allein vom Kaiser aus geschehen ist. Er hat erklärt, im Fall Zabern gäbe es keine Nebenregierung, sondern nur eine Regierung. Das glaube ich ihm, aber diese Regierung war nicht er (Sehr gut! links), sondern es war die Nebenregierung allein, das hat man ja auch bei dem Auftreten des Kriegsministers gesehen. (Sehr wahr! links.) Wir haben in der Tat eine Nebenregierung, die für unser Vaterland von der allerhöchsten Bedeutung ist, die derartige Zusammenstöße, wie in Zabern, heraufbeschwört, die einen möglichst großen Riß zwischen dem Militär und dem deutschen Volk machen will, und die darauf hinarbeitet, daß unser Militär nicht ein Militär für das Volk, sondern

ein Militär gegen das Volk

werde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Nebenregierung, die nur darauf wartet, die freiheitliche Bewegung des Volkes in Strömen von Blut zu ertränken. Dieses Schreckgespenst ist gar nicht so weit von uns entfernt, wir haben sehr mit dieser Möglichkeit zu rechnen. Ist doch der erste Kanzler des Deutschen Reichs deshalb gestürzt worden, weil er zu einer derartigen Politik die Hand bieten wollte. Er wollte dem deutschen Volk seine Rechte entreißen, es zu einem Konflikt treiben, damit dann das Militär gegen das Volk losgelassen werde und es im blutigen Kampf niederschlage. Es ist noch in gutem Gedächtnis, daß die kleine, aber mächtige Nebenregierung die Einführung des feierlichen Wahlschreibensprechens des preussischen Königs verhindert hat; wir wissen, daß sie dem Volk das Reichstagswahlrecht entreißen will, daß den Arbeitern ihre fundamentalen Rechte genommen werden sollen, weil man rechnet, daß sich die Arbeiter nicht gefallen lassen werden, und weil man dann hofft, das Militär einsetzen zu können.

Deshalb sind auch alle die Gründe, durch die man die Maßnahmen gegen die

Streik- und Streikfreiheit der Arbeiter

zu rechtfertigen sucht, nichts als Komödie. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie enttäuschen sich darüber, daß die Arbeitswilligen im Lohnkampf beleidigt werden. Aber Kampf ist Kampf, und Krieg ist Krieg. Wenn die Arbeiter immer mehr unterdrückt werden und zu dem einzigen Mittel greifen, das sie haben, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzwingen, und wenn sich dann Leute finden, die ihren eigenen Brüdern in den Rücken fallen, muß da nicht Erbitterung und Leidenschaft unter den Arbeitern Platz greifen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Begegnen Sie nicht, wie sich inzwischen das Streikbrechertum entwickelt hat. Das sind nicht Leute, die sich in ihrem Arbeitsverhältnis wohl fühlen und sich nicht zum Streik verführen oder verbeugen lassen wollen. Das Streikbrechertum ist eine der traurigsten, elendesten Blüten, die wir der kapitalistischen Ordnung zu verdanken haben, es ist eine gewerksmäßige Tätigkeit geworden, betrieben von Leuten, die man vielfach mit Recht als

Auswurf der Menschheit

bezeichnen darf, und die von einem Streik zum anderen verhandelt werden, wie eine Ware. Das sind Leute, bei denen man begreift, wenn die Arbeiterkassen gegen sie mit der allergrößten Erbitterung erfüllt ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ein Recht, zu bedauern, daß trotz all unserer Bemühungen auch mal Ausschreitungen vorkommen, aber Sie, von den bürgerlichen Parteien, namentlich der des Grafen Westarp, von der nationalliberalen Partei, vom Hanjahn, vom Zentralverband Deutscher Industrieller usw., Sie haben nicht das geringste Recht, dagegen aufzutreten, denn ganz dasselbe, was Sie den Arbeitern vorwerfen, das tun Sie in viel größerem Maße. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn irgend ein Arbeiter dem Arbeitgeber nicht paßt, dann schmeißt er ihn hinaus, bringt ihn aus Brot und Arbeit — und nicht von Arbeitern geht es so, das beweisen die Maßnahmen von Bankbeamten und Angestellten. Die Unternehmer selbst arbeiten gegen einander mit den schamlosesten Mitteln der Vergewaltigung; denen kränkt man aber kein Haar — sie bleiben Ehrenmänner, bei der Regierung angesehen und bei Hofe die beliebtesten Gesellschaften. Vor wenigen Wochen hat sich eine außerordentlich bezeichnende Geschichte ereignet: In Oesterreich sind der Generaldirektor und die Agenten der Canadian Pacific Company unter der Anklage verhaftet worden, die Bestimmungen über das Auswanderungswesen dadurch verletzt zu haben, daß sie auch Wehrpflichtige auswandern ließ. Allgemeine Entrüstung, besonders bei der Militärverwaltung und deshalb das Einschreiten der Regierung. Nun ist diese Gesellschaft die einzige, die sich nicht dem großen nordatlantischen SchiffsPOOL angeschlossen hat und sie wurde vom österreichischen Handelsministerium benutzt, um gegen den POOL die Auswanderungsverhältnisse zu verbessern. Das ließ sich der POOL und namentlich

die deutschen Dampfschiffgesellschaften,

die ihm angehören, nicht gefallen. Sehr bekannte Persönlichkeiten intervenierten im Kriegsministerium und veranlaßten, daß gegen die Canadian wegen der Beförderung von Wehrpflichtigen vorgegangen werde. Es ist aber Tatsache, daß die POOL-Gesellschaften diese Bestimmungen nicht weniger oft übertreten haben, sie haben diese Ungehörlichkeiten seit Jahren begangen und daraus ihren Profit gezogen, ja sogar Leute ins Gefängnis gebracht, sich selbst aber hinter die Militärkassamauern gesteckt. Davon redet nun kein Mensch, über diese Schwächung der Wehrfähigkeit unseres Bundesgenossen durch die deutschen Gesellschaften entrüstet sich niemand! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Vallin bleibt so angehen wie früher. Ein sehr großer Teil der deutschen Presse hat gar nicht gewagt, in dieser Sache der Wahrheit die Ehre zu geben und selbst noch nach der Feststellung der Sachlage zwar immer noch die Canadian angegriffen, aber keinen Angriff gegen Vallin und die deutschen Gesellschaften gewagt. Da hat der österreichische „Volkswirt“ den Vertrag der deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaften ausgegraben und darin steht, daß keine der Gesellschaften Annoncen an diejenige Zeitung geben darf, die eine der Gesellschaften angreift. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das aber verstößt nicht gegen die

guten Sitten! Dafür entzünden sich der Zentralverband deutscher Industrieller und der Gewerkschaften über die angeblichen oder tatsächlichen Ausstellungen, die sich hier und da ein Arbeiter in seiner Verzweiflung zuzulassen kommen läßt.

Wenn die Herren aber einmal die Dummheit begehen, einzelne Fälle anzuführen, dann fallen sie damit todlicher herein. Der Abg. v. Wamp hat gestern behauptet, daß der Mörder unseres überreichlichen Parteigenossen Schumacher durch sozialdemokratische Verfolgungen zu seiner Tat getrieben worden sei. Die Gerichtsverhandlung hat ergeben, daß diese Behauptung erlogen ist. Herr v. Wamp hat auch den in Stettin freigesprochenen

Totschläger Brandenburg

erwähnt. Nun, dieser Messerstecher stand in Arbeit, gab sie aber noch dem Abtraten seiner Kollegen auf, weil er Streikbrecher sein wollte, und er fügte hinzu: „Den ersten, der mir entgegenkommt, steche ich nieder.“ Er hat auch nicht einen Streikenden, sondern einen ruhig dahergehenden Mann niedergeschlagen, der nur gesagt hatte: „Nimm, arbeitest Du auch in der Fabrik?“ Juristisch: Der Freispruch ist rechtskräftig! Geschworene, ein Volksgericht hat ihn freigesprochen! Seien Sie ruhig, Sie bekommen den Freispruch noch an der Stelle, wo ich es für gut finde! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sie können nicht Koalitionsfreiheit den Arbeitern geben und daneben einen Galgen aufrichten, an dem jeder gehängt wird, der von ihm Gebrauch macht. Was wir tun können, ist, daß wir gemeinsam die Arbeiter aufklären darüber, daß auf dem Wege der Gewalttaten nichts Gutes für sie zu erreichen ist. Der Reichskanzler hat ja auch gesagt, mit Gesetzen allein kann man diese Vorurteile nicht beseitigen. Man müsse suchen, auf das Rechtsempfinden des Volkes einzuwirken, damit es jede Gewalttat, jeden Terrorismus verabscheut. Sehr schön gesagt, aber treibt nicht die Regierung des Reichskanzlers den rücksichtslosesten Terrorismus? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wird nicht jeder Arbeiter in den Staatsbetrieben, der sozialdemokratische Gesinnung verdächtig ist, gemahregelt, werden nicht alle unteren oder höheren Beamten, die sich als Sozialdemokraten betätigen, und mögen sie noch so ehrenhafte und tüchtige Menschen sein, vergewaltigt und terrorisiert? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist nicht das ganze Wahlsystem zum preussischen Landtag und zu den Gemeindevereinigungen gerade ein Mittel, die abhängigen Elemente in der Bevölkerung zu terrorisieren, sie zu zwingen, gegen ihre eigene Meinung zu stimmen. Diejenigen, die das öffentliche Wahlrecht aufrecht erhalten, haben kein Recht, vom Terrorismus anderer zu sprechen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagte der Reichskanzler, Ausnahmewege wolle er nicht, das gemeine Recht solle paritätisch angewandt werden. Also, wenn der Reichskanzler Terrorismus treibt, kommt er auf die Anklagebank. Wenn der Vorsitzende der Aktiengesellschaft Krupp seine Angestellten terrorisiert, wird er verurteilt. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Glaubt denn der Reichskanzler, daß es noch einen Menschen gibt, der die Behauptung ernst nimmt, daß für und in Deutschland von einer paritätischen Behandlung der Bevölkerung die Rede sei? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gestern haben wir ja

das Muster der preussischen Landräte,

wie es lebt, an dieser Stelle vor uns gesehen, die Himmelsdonnerwetterpolitik. Wie kann ein solcher Mann die Arbeiter gerecht behandeln. Er will es vielleicht, aber es fehlt ihm ja jedes Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter. Jedes Wort, das der Mann ausspricht, ist eine Beschimpfung der Arbeiter, eine Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter, auch wenn ihm das vollständig fernliegt.

Ist es ein Wunder, wenn das Volk in den Behörden nur seine Unterdrücker sieht? Heberast sieht man doch, der Große wird vorgelesen, wer da hat, bekommt immer mehr, der arme Teufel kann sich begraben lassen. Bei Feststellung von Flurschäden z. B. werden Sie immer sehen, daß die begünstigt werden, die sich mit dem Herrn Landrat usw. gut sehen. So erklärt sich auch der Beschluß im Falle Brandenburg. Auch bei den Gerichten findet oft genug der Angeklagte, wenn er aus den Kreisen der Arbeiter kommt, nicht das geringste Verständnis für seine Bedürfnisse. (Zuruf rechts: Es war ja ein Schwurgericht!) Ich habe nicht nur von Berufsrichtern gesprochen. In den Verammlungen in Stettin, wo mein Freund Vogt sprach, nur eine Stimme, daß dies Urteil

ein Skandal für die deutsche Justiz

sei. Sie haben die Krupp-Prozesse erlebt. Was meinen Sie wohl, was die weitesten Kreise der Bevölkerung nach dem Ausgang des zweiten Krupp-Prozesses gesagt haben? Heberast, wo man hinkam, hieß es: Wenn der Herr, der neben Brandt auf der Anklagebank saß, nicht ein Direktor der Firma Krupp gewesen wäre, sondern ein armer Teufel, ein Arbeiter oder kleiner Handwerker, was meinen Sie wohl, zu wieviel Jahren Gefängnis der Mann verurteilt worden wäre? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Gegen die Koalitionsfreiheit vorgehen, heißt nicht als versuchen, die Arbeiter zu vergewaltigen. Das geht aber bei uns unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr. Mit dieser Politik leisten die Nationalliberalen nur Vorhandenisse für jene Herren von der äußersten Rechten, die es auf den Konflikt hinterhinein zwischen Arbeitern und Militär. Die Herren wissen auch weshalb. Die Hebermacht des Großkapitals ist heute so gewachsen, daß den Herren das Gewissen schlägt. Die Profite der Großbanken wachsen in die Milliarden. Der Mittelstand und der kleine Mann hat nur den Schaden davon. Wir haben jetzt eine außergewöhnlich günstige Ernte. Aber den Vorteil haben nur die Großplantagen, die ihr Getreide zurückbehalten können, der kleine Mann, der jetzt verkaufen muß, bekommt wenig dafür. Wägen die Zeiten schlecht oder gut sein, den Profit hat immer das Großkapital.

Wie es mit den Arbeitern steht, darüber haben wir neulich bei der Arbeitsloseninterpellation gesprochen. Die Politik, die gar keine Rücksicht auf das arbeitende Volk nimmt, macht sich auch nach außen bemerkbar. Ein ganz kleiner, aber einflußreicher Kreis will Eroberungspolitik treiben, um für die sozialistischen Interessen neue Gebiete zu erringen. Das deutsche Volk, die deutschen Arbeiter wollen mit allen Willern in Frieden leben. Wenn trotz der Treiberen in den letzten Jahren der Friede aufrecht erhalten worden ist, so ist das nach meiner festen Überzeugung nicht den Ministern zu danken, sondern dem Einfluß der ungeklärten Arbeiter. Wir leugnen natürlich nicht, daß auch unser Land wichtige Interessen im Ausland hat, so in China, in Kleinasien, aber wir wollen sie wahren mit den Mitteln der Kultur, der Gerechtigkeit und Bildung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Durch eine kurze Friedenspolitik der offenen Tür für alle Kulturstaaten werden wir am meisten erreichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Rechnung der Konterpartien auf einen Konflikt zwischen Militär und Arbeiterbevölkerung hat ein großes Loch. Wer ist denn das Militär? Es sind vor allem die 700 000 Soldaten, die große Masse der Leute, die aus unseren Kreisen stammen, unsere Söhne, Blut von unserem Blut.

Die Zeit kommt, wo die Politik, die von der Militärkamarilla betrieben wird, nicht mehr möglich ist.

Es gibt zwei Wege für die Weiterentwicklung in unserem Vaterlande. Der eine ist der Weg der blutigen Zusammenstöße, der blutigen Revolution. Graf Westarp hat auf die Parteitagdebatten über den Massenstreik hingewiesen. Wir sind alle darin einig, daß ein Massenstreik nicht willkürlich herbeigeführt werden kann, und aber auch ebenso einig darin, daß, wenn Sie russische Gesetze schaffen, wir auch russische Zustände bekommen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie dem Volk alle Rechte

nehmen, wird das Volk nicht so leicht sein, sich Ihnen zu fügen, sondern wird Widerstand leisten. Wir sind der Meinung, daß es für unser Vaterland vorteilhafter und legendreicher wäre, wenn das, was für die Arbeiter, für ihre Weiterentwicklung notwendig ist, auf dem Boden der Verfassung, hier im Hause des allgemeinen Wahlrechts durchgeführt wird. Deshalb geht unser Appell in der Sache von Zubern an die bürgerlichen Parteien dahin: Begünstigen Sie sich nicht mit Redensarten, sondern wahren Sie wenigstens die bürgerlichen Rechte. Ich weiß, wir sind von Ihnen getrennt durch eine meiner Überzeugung nach unüberbrückbare Kluft, aber wir haben doch ein gemeinsames Interesse daran, Zustände zu schaffen, die eine friedliche Entwicklung ermöglichen. Freilich haben Sie oft genug versagt, wenn es galt, auch nur bürgerliche Rechte zu wahren. Wenn das Militär so übermächtig geworden ist, wenn es möglich war, daß der Kriegsminister einen solchen Ton hier anschlagen konnte, dann sind Sie die Schuldigen, die Sie immer wieder

dem Militarismus den Steigbügel gehalten

haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, die letzte große Militärvorlage war notwendig. Aber jetzt darf es nicht so weiter gehen. Ach, die Gründe, die wir das vorige Mal gehört haben, haben wir ja schon oft gehört. Das letzte Mal führte der Reichskanzler die panlawistische Gefahr an. Ledebour hielt ihm entgegen, bei den Gegensätzen unter den Balkanstaaten würde diese Gefahr bald in den Hintergrund treten. Die Entwicklung hat ihm recht gegeben, und wenn wirklich der Wahn, der die Verhältnisse am besten überblickt, Minister des Auswärtigen wäre, so müßte es nicht Herr v. Jagow, sondern mein Freund Ledebour sein. (Große Heiterkeit.) Von den 3 1/2 Milliarden Bruttoausgaben des Etats sind 2 1/2 Milliarden allein für den Militarismus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die winzigen sind dem gegenüber die Ausgaben für die Arbeiter, ein Tropfen auf einem heißen Stein.

Wie weit zurück sind wir in der berühmten Sozialpolitik. 1890 erklärte sich auf der Internationalen Arbeiterversammlungs der deutsche Vertreter für das Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter von 10-18 Jahren. Damals wurde die deutsche Regierung überstimmt. Auf der letzten Verner Konferenz aber hat nun Direktor Caspar, dem Gebot des Zentralverbandes deutscher Industriellen folgend, gegen diese ganz selbstverständliche Forderung sehr lebhaft gesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da zeigt sich wieder, wo die wirkliche Regierung steht. Für die Arbeitslosenversicherung sind keine Mittel da. Aus Mangel an Mitteln kann die deutsche Reichsstatistik nicht in dem bisherigen Umfang herausgegeben werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und doch hat gerade der Herr Zubern bewiesen, daß der Reichstag nicht ohnmächtig ist. Wenn draußen die Bewegung so stark war, daß auch bürgerliche Parteien dem Druck nachgaben, dann war der Reichstag da. Ich erinnere an die Weitzsteuer. Uebrigens haben nicht wir, wie Herr Siemer meinte, die Mittel für die Militärvorlage bewilligt, sondern wir haben für die Weitzsteuer als das kleinere Übel gegenüber Verbrauchssteuern gestimmt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch im Falle Zubern hat der Reichstag durch den Druck von außen wenigstens einen Anlauf genommen, die bürgerlichen Rechte des Volkes zu wahren. Der Reichskanzler sollte der letzte sein, der so geringfügig darüber spricht. Wer war es denn, der ihm überhaupt erst

die Türen zum deutschen Kaiser geöffnet

hat? Erst als der Reichstag gesprochen hatte, ist es ihm gnädig gestattet worden, nach Donauerschingen zu kommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn ist es zu verdanken, daß dem Kriegsmilitar wenigstens eine andere Tonart beigebracht worden ist! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also wenn der Reichstag nur von seinen Rechten Gebrauch macht, kann er schon etwas erreichen. Der Reichskanzler meinte, daß deutsche Volk wolle nicht den Kaiser unter den Zwang der Sozialdemokratie bringen. Ich habe Ihnen gezeigt, daß wir uns auf die Verfassung stützen. Unter Ihren Zwang wollen wir allerdings den Reichskanzler und damit auch den Kaiser bringen. Wir haben keine unumschränkte Monarchie, auch der Kaiser hat mit den Gesetzen zu rechnen. Die Frage des Herrn Siemer, ob die Sozialdemokraten auch mitarbeiten würden, wenn wir eine konstitutionelle Regierung bekommen, war überflüssig. Wir haben stets mitgearbeitet bei allem, was der freiheitlichen Entwicklung unseres Vaterlandes dienlich, mit jeder Partei und jeder Regierung, die wirklich für Volksrechte eintrat. Und die Frage, ob wir etwa bei einem parlamentarischen Regime in die Regierung eintreten, und dort als Minister Ihre Geschäfte besorgen, ist entschieden auf unseren Parteitag und Kongressen dahin, daß wir eine solche Mitarbeit ablehnen, weil wir die Verantwortung dafür nicht übernehmen können. Also wir richten an Sie den Appell, mit uns die bürgerlichen Rechte zu wahren. Wenn Sie uns dabei im Stich lassen, wenn Sie nur Worte machen und keine Taten folgen lassen, wenn Ihnen der Mut fehlt, uns bringen Sie nicht ab von dem Wege des Rechts, von dem Wege der Tat. Wenn Sie uns im Stich lassen, werden wir den Kampf allein führen und der Sieg wird unser sein, wenn wir kämpfen um Freiheit, Gerechtigkeit und Fortschritt. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (3.):

Der Reichskanzler fühlt sich offenbar als politischen Sieger in der Schlacht bei Zubern. Wir sind der Ansicht, daß er die ganze Affäre auf die leichte Schulter genommen hat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Er sprach von einem „sogenannten“ Mißtrauensvotum. Die Zentrumspartei tritt einmütig hinter die Ausführungen des Abg. Fehrenbach auch heute noch. (Erst! im Zentrum.) Der Reichskanzler bemüht sich, die ganze Sache auf ein totes Geis zu schieben. Dagegen müssen wir uns schärfste protestieren. Man sagt, es schweben gerüchtliche Verfahren. Aber um die Ausschreitungen in Zubern dreht es sich gar nicht. Was hat den Abg. Fehrenbach und van Calker das Konzept verbrochen? Das war die Haltung der Regierung. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Die Konsequenz seiner Ausführungen war, daß es vollkommen verständlich ist, wenn ein Oberst sich über Recht und Gesetz hinwegsetzt. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Der Schaden kann nur repariert werden, wenn der Reichskanzler unumwunden zum Kaschub bringt, auch das Militär untersteht Recht und Gesetz. — Graf Westarp hat sich auf Zubern berufen. Ich will ihm einen Satz aus Fehring's „Kampf ums Recht“ zitieren, der wie prophetisch auf die jetzige Situation paßt. „In der Zeit, als der Bauer und Bürger Gegenstand der feudalen und absolutistischen Willkür war, gingen Lothringen und Elsaß dem deutschen Volke verloren.“ (Hört! hört!)

Was wir besonders bedauern, ist, daß das Vertrauen erschüttert ist, daß der Reichskanzler die Rechte des Volkes wahren wird, wenn ein Oberst oder General unbesonnene Schritte unternimmt. Das kam in dem Mißtrauensvotum zum Ausdruck und es ist nicht gleichgültig, mit welcher Mehrheit es beschloßen ist. Es ist auch nicht dasselbe, ob ein solches Mißtrauensvotum in einer Lebensfrage des Volkes erzieht wird oder in einer neben-sächlichen Frage. Noch schlimmer waren die Ausführungen des Grafen Westarp, der dem Militär auch ohne Notwehr das Recht der Selbsthilfe zusprach, das ist geradezu

militärisches Kaufrecht.

(Sehr richtig!) Er bedauerte den Sieg der Zivilverwaltung. Wir verlangen vor allem den Sieg des Rechts. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn hat der Reichskanzler selbst zu erwägen, ob er mit einem solchen Mißtrauensvotum beipflichtet die Geschäfte weiter führen kann. Aber eine bloße Fälschung der Stimmen ist es nicht. Der Reichskanzler kennt doch wohl das Gesetz der politischen Entwicklung. Bei Schaffung dieses Rechts war man sich klar

darüber, daß dem Reichstag eine Waffe in die Hand gegeben würde. (Widerstand rechts und links: das wäre parlamentarische System.) Haben Sie solchen Schauder davor? (Heiterkeit links und im Zentrum.) Das Parlament ist doch einmal da, und es ist gut, daß es da ist, wir wollen nicht regiert werden nur von der Bureaucratie. Für jedes Volk kommt der Zeitpunkt, wo eine parlamentarische Regierung notwendig wird, notwendig sogar im Interesse der Erhaltung der Monarchie. (Zustimmung im Zentrum.) Der erfolgreichste Vagabonder auf dem Wege zu dieser Entwicklung war Fürst Bismarck, der erklärte, sein Amt nicht weiter führen zu können, wenn eine große Partei, die nationalliberale, die Finanzreform nicht mitmache.

Graf Westarp sagt, der Beschluß vom 4. Dezember ist ein Nichts und könne aus ihm nichts werden. Es wird das aus ihm, was die Mehrheit des Reichstages daraus macht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Reichskanzler meint, die Mehrheit war sich nicht einig in den Motiven des Beschlusses vom 4. Dezember. Nun, nach Motiven fragt man ja bei Beschlüssen nicht, auch nicht bei denen, durch welche Steuern bewilligt wurden. Schon die Tatsache, daß der Beschluß mit 203 gegen 51 Stimmen gefaßt ist, enthält ein solches politisches Schwergewicht, daß niemand ohne Beachtung daran vorbeigehen kann. Ohne diesen Beschluß hätte die Konferenz von Donauerschingen vielleicht

ein anderes Ergebnis

gehabt. Der Reichskanzler bestreitet, einen Rückzug angetreten zu haben. Das ist ein Streich im Worte. Er könnte auch bestreiten, einen Vormarsch angetreten zu haben. (Heiterkeit.) Und die Hauptfrage ist: durch diesen Beschluß ist erst die Verwendung in den Reichsländern eingeleitet. (Lebhafte Zustimmung.) Und darüber hinaus ist man in den weitesten Kreisen zu der Überzeugung gekommen: Wenn gegen Recht und Gesetz verfahren wird, und wenn auch die Regierung hierbei verlagert, die Vertretung des deutschen Volkes verlagert nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Das sind Gewinne, die nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Die Führung, die Herr Scheidemann uns durch die Sozialdemokratie angeboten hat, lehnen wir ab. Den Sozialdemokraten ist es nach den Beschlüssen ihrer Parteitage überhaupt nicht gestattet, den Etat anzunehmen. Eine Minderheit kann sich die „politische Kinder“ der Staatsabhebung gefallen lassen. Eine Mehrheit erreicht dadurch nicht, was sie erstrebt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das haben auch hervorragende Sozialdemokraten anerkannt: Grillenberger nannte es geradezu eine Verleumdung, an der Verbesserung des Etats mitzuarbeiten und ihn dann abzulehnen. Wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, wagen sie es auch nicht, den Etat abzulehnen, nicht einmal im kleinen Städtchen Rudolstadt. (Heiterkeit im Zentrum.) Wir verlangen, daß der Reichskanzler unumwunden anerkennt, daß er sich auf den Boden der Verfassung und der Gesetze stellt. Dann fällt das Mißtrauensvotum für diesen Fall fort. Es handelt sich hier nicht um einen kleinen vereinzelten Fall, sondern um etwas, was die Seele und den Kern des deutschen Volkes berührt. (Zustimmung im Zentrum.) Welche Konsequenzen wir aus dem Beschluß vom 4. Dezember ziehen werden, hängt davon ab, welche Konsequenzen der Reichskanzler zieht. Nach dem 13. Januar ist ja auch noch Reichstag. (Heiterkeit.) Nun gestatten Sie, daß ich mich zum Etat wende. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler hielt eine sehr schöne Rede, nur wo es interessant zu werden versprochen, hätte er auf. Er sprach von Sparmaßnahme, nur logte er nicht, in welcher Richtung gespart werden sollte. Vielleicht will er es uns in der Budgetkommission sagen. Ein Charakteristikum des Etats ist der Stillstand in den Einnahmen. Hier bedeutet aber Stillstand Rückschritt, denn die Ausgaben wachsen ständig. An dem Worte des bayerischen Ministerpräsidenten, daß die Küstungsausgaben nicht weiter vermehrt werden dürfen, können wir nicht vorbeigehen, sie waren um so angebrachter, als jetzt

wieder Küstungsgütertreibereien einsehen

zunächst von unverantwortlichen Stellen. So hat es aber immer angefallen. (Sehr richtig!) Der Kriegsmilitar stellte sich hier vor als ein Mann, der modernen Wünschen zugänglich sei: das kann er bei dem Duellunzug beweisen. Moderne Strömungen sind längst darüber hinaus. Um den Duellunzug in der Armee zu beseitigen, würde ein Wort des obersten Kriegsherrn genügen. Was soll man dazu sagen, daß es hier ein Institut gibt und daß die Polizei und der Staatsanwalt dabei weiß, daß sogenannte Ehrenmänner ausleihen, um Frauen zum Ehebruch zu verleiten und so ein Duell herbeizuführen. Trotz Anzeigen bei der Polizei und Staatsanwaltschaft greift man nicht ein. Ich hoffe, daß durch meine Andeutung der Polizei und der Staatsanwaltschaft auf die Fährte gebolten wird. Jedenfalls ist durch diese Taten die ganze Lächerlichkeit des Duells dorogant. Dem Kriegsmilitar fehlen 5000 Hufjäger. Er bezieht den Duellunzug, und tausende katholischer junger Leute werden gern die Duellunzugbahn ergreifen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Herr Hoch sprach von einer Eroberungspolitik. Das stimmt nicht. Die Waffe des Volkes ist friedliebend. (Zustimmung des Abgeordneten Hoch.) Nur eine kleine Gruppe will den Frieden nicht, und der Deutsche Reichstag sollte ein sehr entschiedenes Wort gegen die Treiberen der Abenteurer aussprechen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) — In Bezug auf den

Satz der Arbeitswilligen

hat der Reichskanzler nicht gerade viel gesagt. So, wie es Herr Hoch darstellte, als ob überhaupt kein Anlaß vorliege, diese Frage zu besprechen, liegt es allerdings nicht. Der Ruf nach verstärktem Satz der Arbeitswilligen ist zurückzuführen auf die Art und Weise, wie die Sozialdemokratie stets gegen anders organisierte Arbeiter vorgeht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das gilt aber auch von den Arbeitgebern, und wenn in einer Denkschrift die Schädigungen durch den Terrorismus zusammengefaßt werden sollen, so dürfen die Maßnahmen der Kartelle und Trusts nicht vergessen werden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Es ist doch ungemein hart, Leute wegen des Wortes „Streikbrecher“ auf Monate ins Gefängnis zu sperren. Die einzige und stärkste Gegenwehr gegen die Sozialdemokratie ist die Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Am schlimmsten ist der Verfall des Terrorismus, den kein Gesetz hindern kann, und die lauteften Schornsteine hüten zusammen, wenn die Gewerkschaft sagt: „Der Mann muß vom Bau herunter!“ und gehen in den Krankenkassen mit den Sozialdemokraten gegen die hart vorwärtsreitende christlich-nationale Arbeiterbewegung vor. Die Sozialpolitik würde von einer positiven Partei viel besser vorwärts gebracht, wie von der alles verneinenden Sozialdemokratie. Die Arbeitgeber aber haben nach all dem, was ich eben ausführte, gar kein Recht, nach immer neuem Arbeitswilligenhunger zu rufen.

Sehr bedauerlich ist, daß man für sozialpolitische Schriften nicht mehr Geld hat, man hat da eine ganz große Lücke herausgebracht, die glänzend das Fortschreiten des Mittelstandes in der Landwirtschaft zeigt und jedem sozialdemokratischen Agitator gemeldet werden sollte. (Weiterkeit rechts.)

Der Redner billigt die Erklärungen des Kanzlers über Braun-schweig und erklärt, daß die Katholiken sich zurückziehen sollen, weil an den höheren Stellen nirgendwo im Reich Katholiken zu finden seien. Da können sie nicht das sonst gebührende Vertrauen zur Regierung haben. Parteilich ist nötig, Staatsmännlichkeit ist es, die staatsdienliche Kraft des katholischen Konfessionsalismus zu wahren. — Neben den beiden Wegen, die Abg. Hoch nannte und die beide nicht minderewert sind, gibt es noch einen dritten, den der Berechtigten, den wir wünschen. (Beifall im Zentrum.)

Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter Boden

dankt für die sympathische Aufnahme der Erledigung der Braunschweigischen Thronfrage und für die Anerkennung des Rechts Braunschweigs durch den Reichskanzler, nämlich die Rückkehr des angefallenen Fürstenthums zu erwarten, sobald es die Reichsinteressen gestatten. (Erst! rechts.)

Abg. Gaußmann (Sp.):

Zur händigen Information über die auswärtige Politik sollte der Reichstag eine besondere Kommission einsetzen. Die Spannung Marokko, Tripolis, Balkan hat glücklicherweise zu einem europäischen Kriege nicht geführt. Das beweist das große Friedensbedürfnis der Völker. Der Dreibund hat keine Schwächung erlitten. Durch den Mangel einer chauvinistischen Behandlung der ganzen Dinge während der Balkanwirren hat Deutschland der ruhigen Entwicklung einen guten Dienst geleistet. (Sehr richtig! links.) Oesterreich ist so von einer überhöhten Aktivität zurückgehalten worden.

Wenn die Regierung Verträge schließen will, sollten wir nicht ihre Tätigkeit, wie beim Kongressabkommen, von vornherein diskreditieren. Daß der ehrliche Wunsch in Frankreich vorhanden ist, zu einem besseren Verhältnis zu Deutschland zu kommen, hat die Berner Konferenz und auch die Haltung der französischen Presse im Fall Zabern bewiesen. Noch wichtiger ist die Annäherung an England. In China sollte man für Vertreter Deutschlands sorgen, die mit den dortigen Verhältnissen genau bekannt sind. Das Verhältnis zu Dänemark sollte nicht durch einen engen Polizeigeist, wie das geübt ist, gefährdet werden. Sprechweise ist das ungeliebte Verbot des Vortrags Amundsen in norwegischer Sprache von der Zentralstelle forrignert worden. — Graf Westarp hat gestern den Statthalter, den Staatssekretär, den Kreisdirektor in Elsch-Lothringen scharf angegriffen. Und wer mußte diese Zivilbehörden verteidigen? Der elässische Landtagspräsident Abg. Dr. Ricklin, von der Reichsregierung hat sich niemand für sie erhoben. (Sehr wahr! links.) Wenn die Militärbehörden angegriffen werden, erhebt sich hier sofort ein Vertreter der Militärbehörde und verteidigt sie in der schneidigsten Weise. (Sehr richtig! links.) An den Kriegsminister richte ich die Frage, ob es richtig ist, daß die Maßregel, den elässischen Rekruten allgemein den Wehrdiensturlaub zu verweigern, erst durch Eingreifen von höherer Stelle aus rückgängig gemacht worden ist und weiter, ob die Regierung entschlossen ist, die Garnison Zabern nicht zu entziehen, sondern nur einen Wechsel im Regiment einzutreten zu lassen. Der Reichskanzler hat in dieser ganzen Sache eine Schlichterrolle verloren und hat sie in den nachfolgenden Treffen nicht wieder weit gemacht. (Sehr richtig! links.) Er hat das Vertrauen, das ihm vorerst erhalten worden ist, in den nachfolgenden Debatten nicht ausgedrückt erhalten. Keine Partei hat etwas von dem Vertrauen zurückgenommen, alle Parteien sind einmütig darin, daß das Misstrauensvotum notwendig war. Das beweist, daß der Reichskanzler es nicht verstanden hat, den Kontakt mit der Volksvertretung herzustellen. (Sehr wahr! links.) Er setzt die Taktik der Militärbehörde fort, nicht einzuräumen, daß Fehler gemacht worden sind, das würde seine Stellung gefährden. Graf Westarp redet von Autorität der Behörden und greift selber die Zivilbehörden in einem Tone an, der bedeutet, die Männer müssen abgelehrt werden. (Sehr gut! links.)

Die Stellung des Reichskanzlers ist keineswegs so stark, daß er noch eine Schwächung seines Ansehens ertragen kann. Der Reichstag kann also seinem Votum Folgen geben. Freilich, die Sozialdemokraten sind nicht beifallig, und Ratifschlüge zu geben, sie lehnen den Etat ja stets rein demonstrativ ab und idiosyncrasie dadurch die Wirkung der Ablehnung. Ueberhaupt wird die Fehler der Sozialdemokratie schuld daran, daß wir auf dem Wege des Konstitutionalismus noch nicht weiter sind. (Sehr richtig! links.) Würde aber der Reichstag wegen dieser Frage aufgelöst werden, so würde die Partei des Herrn Camp noch kleiner werden, und die Partei des Grafen Westarp würde durch zwei dividiert werden. Gerade die Konventionen, die die unmittelbare Abhängigkeit des Kanzlers vom Kaiser verlangen, müssen es peinlich empfinden, daß der Monarch bei wichtigen Anlässen abwesend ist von Berlin. Der Reichskanzler hat die Sorge nicht nur, wie sag' ich meinem Kaiser, sondern auch,

wo sag' ichs meinem Kaiser.

(Sehr gut! links.) Juridisch muß ich die Behauptung, daß ein Kampf für konstitutionelle Einrichtungen ein Kampf gegen monarchische Einrichtungen ist. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.)

Kriegsminister v. Falkenhahn:

Die Behauptung des Abg. Ricklin, die Entziehung der Jagdscheine für Ausländer in den Reichslanden sei aus Konkurrenzrücksichten geschehen, richtet sich vor selbst, ich möchte sie lediglich niedriger hängen. (Lebhaftes Uho! bei den Elässern und bei den Sozialdemokraten.) Das Gerücht, den elässischen Rekruten sei der Wehrdiensturlaub verweigert worden, ist bereits in der Presse demontiert worden. Für die Herren, die das nicht gelesen haben sollten, verneine ich es auch hier. — Die Frage, ob das Regiment von Zabern dauernd verlegt werden soll, ist überhaupt noch nicht erörtert worden; dazu liegt kein Anlaß vor, so lange die Untersuchung noch schwebt.

Abg. Dr. Ortzel (L.):

Bei neuen Wahlen werden wir nicht durch zwei dividiert werden, wie Herr Gaußmann hoffte, sondern wir werden noch stärker werden. (Große Heiterkeit.) Die Finanzreform von 1909 hat unsere Finanzen auf eine gesunde Grundlage gestellt. — Die Ausführungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik haben im Ausland allgemeine Anerkennung gefunden; doch sind diese Ausführungen nicht zu optimistisch einzuschätzen, „ein bißchen Lieb' und ein bißchen Teufel“ und ein bißchen Falschheit ist auch dabei. Doch kann ich sagen, daß meine politischen Freunde

mit unserer auswärtigen Politik einverstanden sind, speziell mit der Haltung zu unseren Verbündeten. — Wir freuen uns, daß unser Verhältnis zu Rußland freundschaftlich ist. In Frankreich ist unser Verhältnis korrekt, obwohl es in Frankreich Zeitungen gibt, die wirklich chauvinistisch sind (Zuruf: Ganz wie bei uns); bei uns gibt es nur sogenannte Chauvinisten. (Lachen links.)

Unser Standpunkt zu Zabern

Wir sind von manchen nationalliberalen Kreisen geteilt. Auch im Zentrum gibt es Menschen, der die Anschauung der Partei nicht teilt. Dem Reichskanzler muß ich doch betonen, daß unser Redner nicht in ein schwebendes Verfahren eingegriffen hat. Ich bin überzeugt, daß der Oberst v. Reuter so gehandelt hat, wie er gehandelt hat, in der Ueberzeugung, damit recht zu handeln. Hier ist gesagt worden, er hat ungeschicklich gehandelt. (Lebhaftes Zuruf: Der Reichskanzler hat das gesagt!) Wir sind der Meinung, daß die Frage kritisch ist und der Untersuchung bedarf. Die Publizierung der Depesche: „Der Statthalter hat die feste Gewehr erhalten, daß die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten künftig strengere Beachtung finden“ während des schwebenden Verfahrens ist doch bedenklich, und daß ein Staatssekretär in solcher Zeit einen Vertreter der Presse von ausgesprochenen Stellungnahme empfangen hat, dafür fehlt mir das Verständnis. Auch wir würden uns freuen, wenn wir aus der ganzen Sache ohne dauernden Rückschlag und Bestimmung herauskommen. Der Reichskanzler hat sich die endgültige Entscheidung bis nach der Untersuchung vorbehalten. Wir wollen hoffen, daß in dieser Zeit, wo vieles wandelnd wird, was als feste Säule des Staates galt, nicht auch das Herr wandelnd gemacht wird, daß es vielmehr in der Lage sein wird, auch nach den endgültigen Entscheidungen alle Angriffe auf die Grundlagen des Staates zurückzuweisen. (Zustimmung rechts.) — Das Misstrauensvotum war kein formelles, also kann man von ihm als einem sogenannten sprechen. Die Sozialdemokraten und auch die Liberalen wollen es freilich zu einem unbedingten machen, und auch Herr Erzberger meinte, das Recht zu solchen Beschlüssen soll die Möglichkeit bieten, die parlamentarische Regierung vorzubereiten. Er stimmt mir zu. Das bedauere ich. Ich bin neugierig, ob das ganze Zentrum diese Auffassung teilen wird. Ich warte ab. Wir tun nicht mit auf der Bahn zum parlamentarischen Regime. Wir stehen auf dem Standpunkt der Verfassung und lassen uns davon nicht abbeugen. (Bravo! rechts.) Herr Bismarck meinte, es wäre sehr töricht von der Sozialdemokratie, jetzt mit dem Reichskanzler nicht mehr zu arbeiten. Ich meine im Gegenteil, es wäre das Klügste, was sie tun könnte. (Heiterkeit.) — Dann zum

Arbeitswilligenfrage.

Glaubt jemand noch, daß diese Forderung nur von den Konserwativen erhoben wird? Die Nationalliberalen sind wenigstens unterwegs zu dieser Forderung, ich will sie dabei nicht hüten. (Heiterkeit.) Das Zentrum ist noch nicht soweit. Aber einige Presstimmen deuten doch darauf, daß über kurz oder lang auch vom Zentrum eine Kommission zur Prüfung dieser Frage eingesetzt werden wird. Und ist den Fortschrittler nicht die Stellungnahme des Abg. Kopsch im Vaisenstädtischen Bezirksverein bekannt? Er hat sich für die Richtlinien des Hansabundes erklärt, wogu er vielleicht beipflichtet (Heiterkeit rechts) und jedenfalls berechtigt war. Die Koalitionsfreiheit wollen auch wir nicht antworten, wir wollen, daß Arbeitgeber und Arbeiter gleich behandelt werden. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Man hört sich an dem Worte „Ausnahmegesetz“. Kennen wir es: Sondergesetz. Obgleich in der Duellfrage auch die Sozialdemokraten für Ausnahmegesetzungen sind. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Dann war die Pressemelung falsch. Die Revision des Strafgesetzbuchs dürfte noch sieben bis acht Jahre auf sich warten lassen. Der Reichskanzler meinte, der Tatbestand könne in diesen Fällen nicht gefehlt werden. Aber der Tatbestand des Vohlotts, der Vorbereitung dazu und des Streikpostenstehens kann gefehlt werden. Der Reichskanzler meinte weiter, man solle im Volke Stimmung gegen den Terrorismus erzeugen. Nun, die Volksstimmung hat den Terrorismus bereits gewaltig abgelehnt, und die Gesetzgebung muß dieser Stimmung folgen. (Bravo! rechts.) Daß der Mittelstand unserer Standpunkte nicht teile, wie der Abg. Bismarck behauptete, trifft nicht zu. — Angesichts der niedergehenden Konjunktur haben wir vor allem die Aufgabe, den Mittelstand in Stadt und Land zu stärken. Was bisher geboten wurde, war nur ein ganz kleines Tröpfchen auf einen brennenden Stein. Die Initiative zu einer kräftigen Mittelstandspolitik verlangen wir vom Reichskanzler. (Beifall rechts.) Die vorige Krise haben wir überwunden, weil die Landwirtschaft noch lauffähig war. Jetzt ist sie es nicht mehr. Die Ernte war freilich sehr gut. Aber wer will bestreiten, daß die Preise außerordentlich zurückgegangen sind. (Sehr wahr! rechts.) Für unser Vaterland ist notwendig eine Einigkeit der schaffenden Stände, einschließlich der Arbeiter. Der Reichskanzler sollte sich entschließen, in dieser Zukunftsfrage des deutschen Volkes die Führung zu übernehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Baasche (Holl.):

Die Fragen sind zu ernst, als daß ich sie so behandeln möchte wie der Vorredner, um dem Hause recht viel Gelegenheit zum Tachen zu geben. (Lebhaftes Sehr gut!) Auch gegenüber der erneuten Erklärung des Reichskanzlers müssen wir verhalten an dem Standpunkt, den der Abg. van Calker vertreten hat.

Wir treten noch wie vor für jedes Zielchen seiner Rede ein. Einmütig haben wir dem Antrag der Volkspartei und der Sozialdemokratie unsere Zustimmung gegeben. Wir bitten die Art und Weise, wie der Reichskanzler und der Kriegsminister den Zaberner Fall behandelt haben, nicht. (Lebhaftes Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die Art, wie der Reichskanzler von dem sogenannten Misstrauensvotum sprach, schon ehe es erteilt war, und wie er erklärte, es leichten Herzens annehmen zu können, hat mir und vielen meiner Freunde nicht gefallen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Es sind eben ernste Fragen, die man so nicht behandelt, daß man sagt, die Leute haben mir ja gar kein eigentliches Misstrauensvotum geben wollen. Das will ich nicht in dem Sinne erteilen wollen, wie die Herren Scheidemann und Hoch, in ja selbstverständlich. Wir haben kein parlamentarisches Misstrauensvotum und denken nicht daran, uns Nachbegriffe anzueignen, die uns nicht zustehen. Wir denken auch nicht daran, wegen der Nichtübermittlung mit dem Reichskanzler in diesem Falle Schwierigkeiten bei der Staatsberatung zu machen. Immerhin ist der positive Beschluß von 200 Mitgliedern mehr als ein Beschluß in einer kleinen Frage. Dazu hat der Zaberner Fall die Bevölkerung zu sehr aufgegragt, und die Art, wie er hier behandelt wurde, müßte den Widerspruch erwecken. (Lebhaftes Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Der Reichskanzler kann sich nicht trösten mit dem Gedanken, es handelt sich nur um einen Fall. Es kommt nicht darauf an, ob das Regiment von Zabern etwas früher oder später verlegt wird, sondern es handelt sich

um den Geist.

der aus der ganzen Art der Behandlung herausfließt. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir haben ein Volksherr, worin nicht nur unreife Rekruten dienen, sondern im Ernstfall auch Reservisten und Landwehrmänner, die für Haus und Hof, für Weib und Kind kämpfen. Diese werden ihren Führern gerne folgen, wenn sie Respekt haben vor ihrer Luchtigkeit. (Lebhafter Beifall.) Aber nicht, weil sie wissen, daß ein Führer seine Plempen zu gebrauchen weiß, um sie nötigenfalls einem Bürger, der ihn beleidigt, in den Leib zu stoßen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir alle wollen Disziplin und Autorität im Heere gewahrt wissen. Sie wird aber dadurch gewahrt, daß jeder seine Schuldigkeit tut und auch mit den Untergebenen kameradschaftlich verkehrt.

In ein schwebendes Verfahren eingzugreifen, daran hat niemand von uns gedacht, sondern wir haben ein politisches Urteil abgegeben. Dazu sind wir berechtigt und verpflichtet. (Lebhaftes Zustimmung links.) Wir wollen hoffen, daß diese Aussprache dazu beiträgt, daß im Volke die Ueberzeugung sich Bahn bricht, daß solche militärischen Uebergriffe in der deutschen Reichs nicht bestehen können. Wir wollen nicht etwa in die Rechte des Kaisers eingreifen, aber wir wollen

die Rechte des Reichstages wahren

und auch entsprechend der Entwicklung der Zeiten weiterbilden. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.) Vor allem möchte ich nicht, daß die Rechte des Reichstages herabgedrückt werden. Wir können uns nicht verhehlen, daß man in manchen Kreisen recht wenig gereicht ist, den Reichstag mit Achtung zu behandeln. (Sehr wahr! links. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das liegt am Reichstag!) Den berechtigten Wünschen des Reichstages muß mehr Rechnung getragen werden. Der unglückliche Duellzwang muß endlich beseitigt werden. (Stürmischer Beifall im Zentrum und links.) Der ernste Wille, wenn er da wäre, könnte dazu führen, daß diese Renchur bald eintritt. — In der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen lehnen wir alle Ausnahmegesetze ab, müssen aber zugeben, daß da und dort ein gewaltiger Druck auf Arbeitswillige ausgeübt wird und daß Erwidigungen berechtigt sind, wie dem abgeholfen werden kann. — In der dringlichsten Frage ist nicht zu bestreiten, daß der Bundesrat seinen früheren Standpunkt aufgegeben hat. Im übrigen freuen wir uns, daß die Braunschweiger jetzt ihren legitimen Herrn bekommen haben und hoffen, daß die Wahlen auch hier erklären werden, daß Ansprüche des Prinzen auf Hannover nicht bestehen. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Das Haus verlegt sich.

Abg. Dr. Ricklin (Elf.; persönlich):

Der Herr Kriegsminister hat im Anschluß an die Verlesung meiner Bemerkung über die Jagdscheine gesagt: Er begnüge sich damit, diese Behauptung niedriger zu hängen. Ich halte an meiner Behauptung fest und trage die volle Verantwortung dafür, um so mehr, als ich weiß, daß diese Ansicht von der großen Majorität der Bevölkerung in Elsch-Lothringen geteilt wird. (Hört! hört!) Entschieden muß ich mir aber den Ton verbitten, in dem der Kriegsminister mir entgegengetreten ist. (Lebhaftes Bravo! links.) Er scheint trotz der letzten Tage nichts gelernt zu haben und den Reichstag in Berlin mit einem Ansehenhof in Zabern zu verwechseln. (Stürmische Zustimmung links und im Zentrum. Unruhe rechts. Präsident Kamepf: Das letzte war nicht mehr persönlich.)

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr (Kurze Anfragen, zweite Beratung des Antrages wegen Beschädigung der Bekleidungsstücke in St. Franzisko, Fortsetzung der Einheitsdebatte, Interpellation Ullrich über die Richtinguziehung des Abg. Dr. Niedmich zu der Aufstellungs-Kommission.)
Schluß: 6 Uhr.

Am Sonntag

wenn Sie zur Weihnachts-Umschau durch die Leipziger Straße gehen, wollen Sie bitte unsere neueröffneten Geschäftsräume, die eine anerkannte Sehenswürdigkeit sind, — auch ohne Kaufveranlassung — besuchen. Sie werden finden, daß für Geschenke geeignete Waren, — alles vom Einfachsten bis zum Feinsten — zu sehr billigen Preisen, ausliegen.

Landeshuter Leinen- und
Gebildweberei

F. V. Grünfeld

Größtes Leinen- und
Wäschehaus

Fernspr. Zentrum 120 00

W, Leipziger Straße 20-22.

Geöffnet von 1-7 Uhr.

Möbelfabrik Rob. Seelisch Berlin 0 13 Rigaer Str. 71-73a

empfehl

**gute preiswerte
Wohnungs-
Einrichtungen**

von

187 bis 10 000 Mark



Gegründet 1876

Zu Weihnachten als Geschenke:

- | | | | |
|------------|---------------|---------------------------|-----------------|
| Büffets | Anrichten | Bücherschränke | Schreibtische |
| Klubsessel | Schreibsessel | Chaiselongues | Sofas, Umbauten |
| Trumeaus | Standuhren | Wanduhren | Flurgarderoben |
| Bilder | Teppiche | auch sämtliche Kleinmöbel | |

**Solide Möbel
zu anerkannt
billigen
Preisen**

Versand frachtfrei nach allen Plätzen Deutschlands

Besichtigung ohne Kaufzwang

Illustrierte Kataloge gratis und franko

Sonntag, den 14. und 21. Dezember, 12-8 geöffnet.

Max Schönwald

Hauptgeschäft: Luckauer Str. 1.

Ausnahmepreise:

I. Gänse Pfd. 75 u. 80,	Filialen:
Keulen 70, 75, 80 u. 85 Pf.	Barbarossaplatz 4
I. Stückenfleisch 60 Pf.	Motzstr. 53 E. Bamberger Str.
Rümpfe in allen Preislagen.	Flensburger Straße 19
Ia Gänseschmalz gar. rein, Pfd. 1.20 M.	Sybelstr. 48 (Neu eröffnet!)
Ia fette Suppenhühner 2 ⁵⁰ , 2 ⁷⁵ , 3 ⁰⁰ , 3 ²⁵ , 3 ⁵⁰	

Möbel

Betten . . . von 21 M. an Schränke . . . von 19 M. an Tische . . . von 6 ⁵⁰ M. an Stühle . . . von 2 M. an Vertikos . . . von 38 M. an Büfette . . . von 125 M. an Trumeaus . . . von 32 M. an Garnituren v. 100 M. an Diwane . . . von 52 M. an	Kompl. Einrichtungen von 230 M. an Moderne Schlafzimmer von 210 M. an Moderne Wohnzimmer von 235 M. an Elegante Esszimmer von 315 M. an auch auf Teilzahlung!	Kein Kredithaus. Teilzahlungen erhöhen nicht diese billigen Preise Ausstellungen Parterre (600 qm) und im Fabrikgebäude
---	--	---

Sonntag bleiben meine Verkaufsräume vormittags von 8 bis 10 Uhr und nachmittags von 12 bis 8 Uhr **geöffnet!**

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Knabenanzüge
 hier, Paletots, einzelne Hosen am dreifachsten direkt in der Fabrik
Bertha Pröstel
 50, Andrasstr. 50, I. Etage.
 Kein Laden.

Augen auf!

Beim Einkauf Ihrer Herrongarderobe elegante Winter-Ulster, Paletots, Anzüge aus guten Stoffen, selbst angefertigt, für jede Figur passend, auf Lager. Unsere Preise sind unerreicht billig.

Winter-Ulster	M. 14., 18., 24. usw.
Herrn-Paletots	10., 15., 20. "
Jackett-Anzüge	12., 16., 22. "
Gehrock-Anzüge	25., 30., 36. "
Jünglings-Anzüge	9., 12., 15. "
Herrn-Hosen	2., 3. bis 8. "

Gummi-Mäntel von M. 10.— an. Welter-Pelerinen von M. 6.— an. Winter-Joppen von M. 5.— an.

Institut für Verleihung eleg. Gesellschafts-Anzüge

Garderobenhaus

Hauptgeschäft: Große Frankfurter Straße 116 an der Andreasstraße
 2. Geschäft: Schönhauser Allee 101.

Otto Piehl

Berlin N, Brunnenstr. 120

Nur ein Preis!
 Gänse pro 72 Pf.
 Nur allererste Qualität!
 Gänserümpfe, Gänse, Gänse, Suppenhühner, Brathühner, Tauben empfiehlt
F. Wegner, Berlin SO,
 nur Mariannenstr. 34.

Bruchbandagen,
 Leibbinden, Geradhalter, Irrigatoren, Spritzen etc., Suspensoren, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt
Fabrikant Polmann,
 jetzt Berlin N, Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 12. Dezember 1913.
 Anfang 6 Uhr.
 Cines Palast am Zoo. Varieté-Lichtspiele.
 Anfang 6 1/2 Uhr.
 Cines Nollendorf-Theater. Varieté-Lichtspiele.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
 Kgl. Schauspielhaus. Graf Ehrenfried.
 Deutsches. Ein Sommernachts Traum.
 Zirkus Busch. Galavorstellung.
 Zirkus Schumann. Galavorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
 Urania. Mit dem „Imperator“ nach New York.
 Deutsches Künstler-Theater. Schön und Gertraude.
 Lessing. Pygmalion.
 Kommerzbühne. Welterendler.
 Königgräber Straße. Die fünf Frankenfurter.
 Theater am Nollendorfplatz. Der Mikado.
 Theater des Westens. Polenblut.
 Berliner. Die einst im Wald.
 Deutsches Opernhaus. Kanon Lescaut.
 Deutsches Schauspielhaus. Die heitere Weibens.
 Thalia. Die Tangoprinzeßin.
 Komödienhaus. Hinter Mauern.
 Montis Operetten. Die ideale Gattin.
 Schiller O. Heimgärten.
 Schiller Charlottenburg. Was ihr wollt.
 Weibens. Hageit — der Franz.
 Nollendorf. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
 Kammers. Ferdinand der Tugendhafte.
 Kleines. Die Sippe.
 Lustspielhaus. Die spanische Flegel.
 Trianon. Seine Geliebte.
 Friedrich-Wilhelmstädtisch. Die Kinofönix.
 Herrfeld. Was sagen Sie zu Schulz?
 Apollo. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Säger.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Kisten. Kofferentlast.
 Volles Caprice. Der Student.
 Walhalla. Volkentumler.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Neues Volkstheater. Der ledige Hof.
 Anfang 9 Uhr.
 Admiralspalast. Die lustige Puppe.
 Berliner Gispalast. Gispalast.
 Cines Nollendorf-Theater. Varieté-Lichtspiele.

Schiller-Theater O. Theater.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Heimgärten.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Zum Gedächtnis an den 50. Todestag Friedrich Hebbels:
Gyges und sein Ring.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Freiwild.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterszeit.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.

Residenz-Theater
 8 Uhr: **Hoheit — der Franz!**
 Auffällige Grastele in 3 Akten von Victor Landberger und Willt Wolf. Musik von Robert Winterberg.
 Abends 8 Uhr: **Hoheit — der Franz!**
 Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**
 Mittwochs u. Sonnabendnachm. 4 Uhr:
Das tapfere Schneiderlein.
 Sonnt. Am. 3 1/2, 11.: **Der liebe Augustin.**

Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1323.
 Freitag und Sonnabend 8 Uhr:
Schirin und Gertraude.
 Sonnabend 3 1/2, 11. Uhr:
Duncan-Schule.
 Tänze und Reigen.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
Der Heineidbauer.
 Volkstümlich in 4 Akten von Ludwig Angenruder.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonnabend 4 Uhr: **Prinzessin Edeltraut.**
 8 Uhr: Berlin wie es weint und lacht.

Reichshallen-Theater
 Stettiner Säger
 Zickenbeens
 Künstlergenatur
 und das Weihnachtskind
Christmarkt.
 Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Kompagnieball und Christmarkt.
 Solten 75 Pf. Entree 25 Pf.

Passage-Panoptikum
50 wilde Kongoweiber
 Männer und Kinder
 in einem eigens aufgebauten Kongodorf.
Der Froschschlucker.
 Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung von 6 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: Die heitere Weibens.

Theater am Nollendorfplatz 5.
 8 Uhr: **Mikado.**
 Morgen Sonnabend 4 Uhr zu klein. Preisen: **Frau Holle.**

Lessing-Theater.
 8 Uhr: **Pygmalion.**
 Lustspiel von Bernard Shaw.

Casino-Theater
 Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 Das glänzende Dezember-Fest-Programm.
 Gaiety der amerikanischen Gesellen.
Im Bullboga-Tingel-Tangel.
 Dazwischen Oktober total ausverkauft!
Ferdinand der Tugendhafte.
 Sonntag 4 Uhr: **Der Tenniszant.**

MARMORHAUS

(An der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche)

LICHTSPIELE

Kurfürstendamm 236.

Wiederum
Bomben-Lach-Erfolg!
Rita Sacchetto
 in
Die weiße Dame.
 Lustspiel in 3 Akten und der phänomenale neue Spielplan
 5, 7, 9 Uhr.

Die CINES Theater

Palast am Zoo
 Täglich Anfang 6 Uhr.
 Sonntags 3 Uhr: Matinee.
 Komplettes Programm großer **Variété-Akte**
 sowie unsere renommierten Lichtspiele
 Preise von 65 Pfennig an.

Nollendorf-Theater
Cleopatra
 Die Herrin des Nils
 Das Filmwunder der Welt
 S. H. dem Deutschen Kaiser
 vorgeführt und mit großem Beifall aufgenommen.
 Wochentags Anf. 6 1/2, u. 9 Uhr
 Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr
Jugend-Vorstellung
 Sonnabend 4 Uhr zu halben Preisen.

Vereinigtes Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
 8 1/2 Uhr: **Kasernenluft.**
 Schauspiel in 4 Akten von Stein und Södingen.

Brauerei Friedrichshain.
 Sonntag, den 21. Dezember 1913:
Konzert des Berliner Sängerkhore
 Mitgl. des Arb.-Sängerbundes, Chorleiter Franz Bothe, und des **Philharmonischen Orchesters**
 Dirigent Camillo Mildebrand.
 Billets im Vorverkauf 50 Pf., Kassenpreis 75 Pf., bei den Vorwärts-Spediteuren Zucht, Immanuelkirchstraße 12, und Hanisch, Ackerstr. 174.

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:
 Mit dem „Imperator“ nach New York.

Voigt-Theater
 Badstraße 55.
 Freitag, den 12. Dezember 1913:
Die Waife aus Lowood.
 Schauspiel in 4 Akten v. Dick-Welker
 Raubeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2, 11 Uhr.

Metropol-Theater.
 Nachts präglie 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Die CINES Theater

Palast am Zoo
 Täglich Anfang 6 Uhr.
 Sonntags 3 Uhr: Matinee.
 Komplettes Programm großer **Variété-Akte**
 sowie unsere renommierten Lichtspiele
 Preise von 65 Pfennig an.

Nollendorf-Theater
Cleopatra
 Die Herrin des Nils
 Das Filmwunder der Welt
 S. H. dem Deutschen Kaiser
 vorgeführt und mit großem Beifall aufgenommen.
 Wochentags Anf. 6 1/2, u. 9 Uhr
 Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr
Jugend-Vorstellung
 Sonnabend 4 Uhr zu halben Preisen.

Vereinigtes Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
 8 1/2 Uhr: **Kasernenluft.**
 Schauspiel in 4 Akten von Stein und Södingen.

Brauerei Friedrichshain.
 Sonntag, den 21. Dezember 1913:
Konzert des Berliner Sängerkhore
 Mitgl. des Arb.-Sängerbundes, Chorleiter Franz Bothe, und des **Philharmonischen Orchesters**
 Dirigent Camillo Mildebrand.
 Billets im Vorverkauf 50 Pf., Kassenpreis 75 Pf., bei den Vorwärts-Spediteuren Zucht, Immanuelkirchstraße 12, und Hanisch, Ackerstr. 174.

Zirkus Alb. Schumann.
 Heute Freitag, 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
 U. a.: Les Stars (3 Damen) Original-Jongleur-Akt „Im Maxim“
5 dress. Seelöwen zu Pferde!
3 Arleys
 Perche-Balance-Akrobaten.
Alice Collin
 die phänomenale Creolin mit ihren Partnern, u. die übrig. Dezent.-Attrakt.
 Um 9 1/2 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Tango vor Gericht!
 Pantomimische Burleske in 3 Akten mit Gesang u. Tanz

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.
 Sonntagnachm. 3 1/2: **Die Liebe wacht.**

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr:
 Der Kuckuck.
 Manöverschwindel.
 Die Samuels.

UT

Lichtspiele

Weinbergsweg 16-17 (2 Min. v. Rosenth. Tor), Moritzplatz, Hasenheide, Reinickendorferstr. 14

Das bunte Programm mit TANGO-FIEBER
 Morgen zum **300. Male.**

Eine Aeroplane-Heirat.
 Lustspiel in 3 Akten

Zirkus Busch.
 Heute Freitag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
 Die bisher größte u. prachtvollste Ausstattungs-Parade
„Pompeji“
 in 5 glänzenden Akten.
 Vorher das große Galaprogramm.
Kapt. Huling
 eine hochpolizeme im Zirkus Busch.
Mad. Smaragda mit ihren bezaubernden Sagen und Tauben.
La Borando, Jongleur-Akt.
 Sonntag 3 1/2, 11 u. 2. Male: **Die unteren Kolonten.** 1 Kind frei.

WINTERGARTEN

Neues Programm:
Rita Sacchetto
 Serene Nord | Robert Speidl
 D. Venus im Bade
 und die von Publikum und Presse glänzend beurteilten **Dezember-Attraktionen!**
 Rauchen gestattet!

Apollo Theater
 Friedrichstraße 218
 Tel. Lützow 2757.
Vornehmstes Varieté
Costantino Bernardi
 und das große **Variété-Programm.**
 Rauchen überall gestattet.
 Beginn 8 Uhr.
 Ab 7 1/2 Uhr: **KONZERT.**

Admiralspalast.
 Eis-Arena. — Allabendlich das neue mit durchschlagendem Erfolg aufgeführte Eishallet
Die lustige Puppe.
 Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.
Die Kino-Königin.
 Raubeneröffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Sonnabend, den 13. 12., 4 1/2 Uhr:
Dorneröschchen.
 Sonntag, den 14. 12., 3 1/2 Uhr:
Marie Stuart.
 kleine Preise.

Die „Wackes-Affäre“ vor dem Kriegsgericht.

Strasburg i. G., 11. Dezember 1913.

(Telegraphischer Bericht.)

Vor dem Militärgericht der 30. Division begann heute (Donnerstag) früh die erste Verhandlung in den aus der bekannten Zoberner „Wackes-Affäre“ herausgewachsenen Militärgerichtsprozessen. Die Anklage richtet sich gegen nachstehende feindliche Rusketiere der 4. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 90 in Zabern, die sich sämtlich in Untersuchungshaft befinden: 1. Josef Kober Hent, jetzt bei der 3. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 132 in Strasburg; 2. August Scheibel, jetzt bei der 5. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 132 in Strasburg und 3. August Welly, jetzt bei der 4. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 136 in Strasburg. Es sind nur vier Zeugen geladen worden, unter ihnen Oberst v. Reuter vom 90. Infanterieregiment in Zabern, Redakteur Kestler vom Strasburger Zentrumorgan „Der Elsäßer“ und noch zwei Militärpersonen. Dagegen ist von der Ladung des vielgenannten Leutnants v. Forstner Abstand genommen worden. Vorsitzender im Gerichtshof ist Major Engels, als Verhandlungsleiter fungiert Kriegsgeschichtsdirektor v. Jan. Die Anklage betrifft Kriegsgeschichtsdirektor Dr. Olland. Alle drei Angeklagte werden vom Rechtsanwalt Gustav Weber-Strasburg verteidigt.

Der Gegenstand der Anklage dreht sich darum, daß die Angeklagten Mitteilungen über eine angebliche Aeußerung des Leutnants v. Forstner in der Instruktionssunde des Jahrs:

„Ich ist ... auf die französische Fahne“

in die Öffentlichkeit gebracht haben sollen. Diese Aeußerung soll sich jedoch, wie der Reichskanzler im Reichstag erklärt hat, nicht auf die französische Fahne, sondern auf die Fremdenlegion bezogen haben. Die drei Angeklagten sollen damit gegen einen Befehl des Oberst v. Reuter verstoßen haben. Die bekannten Zaberner Vorfälle nahmen ihren Ausgang ebenfalls von Aeußerungen des Leutnants v. Forstner in der Instruktionssunde, bei denen der für elsfässische Ehren verlegend klingende Schimpfname „Wackes“ elsfässischen Soldaten gegenüber gebraucht worden sein soll. Dazu kam dann noch die Aussetzung einer Belohnung für jeden Soldaten, der einen „Wackes“ niederstößt. Als diese Mitteilungen aus der Instruktionssunde in Zabern und darüber hinaus in ganz Elsas-Lothringen so große Aufregung hervorriefen, erging am 18. November ein Regimentsbefehl des Oberst v. Reuter, der den Mannschaften jede Mitteilung über Dienstvorgänge streng untersagte. Dennoch erschien bald darauf die neue Mitteilung des „Elsäßer“ über eine weitere Aeußerung des Leutnants v. Forstner. Als Leutnant v. Forstner diese Aeußerung in Abrede stellte und bestritt, irgendeine die französische Fahne beschimpfende Aeußerung getan zu haben, brachte der „Elsäßer“ eine Erklärung mit der Namensunterzeichnung der drei Angeklagten. Sie wurden daraufhin in Haft genommen, und es wurde Anklage gegen sie erhoben.

Die Anklage lautet auf Vergehen gegen die §§ 92, 93, 101 und 14 des Militärstrafgesetzbuchs, und gegen die §§ 73 und 74 des Reichsstrafgesetzbuchs. Nach der Anklage werden die Angeklagten beschuldigt, ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstfachen gewesen zu sein und hierdurch einen erheblichen Nachteil verursacht zu haben, indem sie entgegen einem Befehl des Oberst v. Reuter vom 18. November, über Vorgänge in der Kaserne Stillschweigendes zu beobachten, sowohl dem Lokalreporter des „Elsäßer“, Simon in Zabern, als auch dem Redakteur des „Elsäßer“ Kestler in Strasburg Mitteilungen über Aeußerungen des Leutnants v. Forstner in der Instruktionssunde machten. Ferner sollen sie unbedeutend zu einer gemeinsamen Darstellung militärischer Angelegenheiten Unterschriften gesammelt haben. Weiter soll Hent die Rusketiere Scheibel, Welly und einen weiteren Soldaten, der sich aber absehend verhielt, aufgefordert haben, ein Schriftstück zu unterzeichnen, welches eine Aeußerung des Leutnants v. Forstner aus der Instruktionssunde enthielt. Scheibel und Welly haben beifolgend, sich hieran beteiligt zu haben, indem sie der Aufforderung des Hent Folge leisteten und ihre Unterschrift unter das Schriftstück setzten. Schließlich sollen die drei Angeklagten gemeinsam durch ein und dieselbe Handlung ungehorsam gegen einen Dienstbefehl gewesen und hierdurch einen erheblichen Nachteil verursacht haben, indem sie entgegen dem am 18. November gegebenen Befehl des Oberst v. Reuter, über die jüngsten Vorgänge in der Kompanie nichts in die Öffentlichkeit zu tragen, der Veröffentlichung der Aeußerungen des Leutnants v. Forstner Raum schufen.

Der hier zunächst in Frage kommende § 92 des Militärstrafgesetzbuchs lautet: Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstfachen durch Nichtbefolgung oder durch eigenmächtige Abänderung oder Ueberschreitung desselben, wird mit Arrest bestraft. § 93, wegen dessen ebenfalls Anklage erhoben ist, lautet: Wird durch den Ungehorsam ein erheblicher Nachteil verursacht, so tritt strengerer Arrest nicht unter 14 Tagen oder Gefängnis oder Festungshaft bis zu 10 Jahren, im Felde Freiheitsstrafe nicht unter 1 Jahr oder lebenslängliche Freiheitsstrafe ein. Wird durch den Ungehorsam die Befehls- und erheblichen Nachteils herbeigeführt, so tritt Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren, im Felde Freiheitsstrafe von 3 Monaten bis zu 2 Jahren ein. Der zweite Teil der Anklage lautet auf Verstoß gegen den § 101 des Militärstrafgesetzbuchs. Dieser Paragraph lautet: Wer unbedeutend eine Versammlung von Personen des Soldatenstandes behufs Beratung über militärische Angelegenheiten oder Einrichtungen veranstaltet oder zu einer gemeinsamen Vorfassung oder Beschwärde über solche Angelegenheiten oder Einrichtungen Unterschriften sammelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bestraft. Zugleich kann auf Dienstentlassung erkannt werden. Die an einer solchen Versammlung, Vorfassung oder Beschwärde Beteiligten werden mit Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten bestraft.

Der Verhandlung wohnte der Chef des Generalstabs des XV. Armeekorps, Generaloberst Graf v. Walderslee bei. Die drei Angeklagten sehen sehr jugendlich aus. Sie sind bleich und gedrückt. Der erste Angeklagte Hent ist 1892 in Zabern als Sohn eines Kaufmanns geboren. Er ist von Beruf Bureaugehilfe und am 15. Oktober 1913 beim Militär eingetreten. Am 4. November hat er den Fahnenweid geleistet. Seine Führung wird als gut bezeichnet. Der Angeklagte Scheibel wurde 1893 in Pölsheim geboren. Er ist Dreierträger von Beruf. Der dritte Angeklagte Welly ist 1893 in Ronnenweiler geboren, Werkzeugmacher und ist freiwillig beim Militär eingetreten. Alle drei Angeklagte sind katholischer Religion und noch unbeschäftigt. Sie wurden am 23. bezw. 24. November festgenommen und befinden sich seitdem in Untersuchungshaft. — Verhandlungsführer: Angeklagter Hent, wie ist denn die Sache nun gewesen? Sie haben ja schon in der Voruntersuchung ein Geständnis abgelegt und haben gesagt, daß Sie es in der Verhandlung wiederholen würden. Ich kann Ihnen auch nur raten, alles offen einzugehen. — Angell. Hent: Ich war am Freitag in die Stadt gegangen, um von meinen Eltern, Freunden und Bekannten Abschied zu nehmen, nachdem wir am Tage vorher erfahren hatten, daß

alle elsfässischen Rekruten aus Zabern verjagt

werden sollten. Ich kam bei dieser Gelegenheit auch zu Simon. Er sagte mir, daß ich am Nachmittag wiederkommen möchte. Er habe den Redakteur Kestler aus Strasburg besucht, der herüberkommen würde und der gern einmal mit mir Rücksprache nehmen möchte. Ich bin am Nachmittag zu Simon hingegangen, bei dem inzwischen Kestler eingetroffen war. Dieser

legte mir ein Schriftstück vor, das in Schreibmaschinenschrift die Rede des Herrn Oberst vom Tage zuvor enthielt. Er fragte mich, ob das so richtig sei. Ich sagte, daß das der Fall sei. Dann fragte er mich, ob die Vorgänge in der Kaserne und in der Instruktionssunde auf Wahrheit beruhten. Ich bejahte auch das. Herr Kestler sagte darauf, es wäre am besten, wenn vier Rekruten ein Schriftstück aufsetzen und unterschreiben, damit, wenn die Sache vor das Zivilgericht komme, niemand falsch schwören könne. Es wurde dann ein Schriftstück aufgesetzt und ich erklärte mich bereit, es zu unterschreiben. Ich nahm es dann mit in die Kaserne. — Verhandlungsführer: Dieses Schriftstück lautete: Auf Ehre und Gewissen erklären wir Unterzeichneten: Es ist richtig, daß am 14. November 1913 Leutnant von Forstner morgens zwischen 8 und 9 Uhr in der Instruktionssunde die Worte gebraucht hat: Diese Fahnenflüchtigen haben auf keine andere Ehre Anspruch, als in der französischen Fremdenlegion zu dienen.

Auf die französische Fahne könnt Ihr meinewegen ich ...

— Angell. Hent: Redakteur Kestler sagte mir noch, wir brauchten keine Angst zu haben. Das Schriftstück habe keinen anderen Zweck, als zu verhindern, daß falsch geschworen werde. Er werde es nur dann, wenn jemand vor Gericht die Vorgänge anders darstelle, dem Zeugen vorhalten. Ich habe das Papier also mit in die Kaserne genommen und habe es am anderen Tage den beiden Mitangeklagten und dem Rusketier Weifeling, mit dem ich auch über die Sache gesprochen hatte, vorgelesen. Weifeling hat aber nicht unterschrieben. — Verhandlungsführer: Woher kennen Sie denn den Simon? — Angell. Hent: Er ist ein Freund von mir. Ich kenne ihn vom Kaufmännischen Verein her. — Verhandlungsführer: Sie wußten doch, daß Simon Lokalreporter des „Elsäßer“ ist? — Angell. Hent: Ja. — Verhandlungsführer: Sie sprachen von der Rede des Herrn Oberst am Abend vorher. Es handelte sich doch dabei darum, daß der Oberst in dieser Rede verbieten hatte, Vorgänge aus der Kaserne in die Öffentlichkeit zu bringen. — Angell. Hent: Ja, dessen erinnere ich mich jetzt. — Verhandlungsführer: Um so eigentümlicher ist es dann, daß Sie nicht danach gehandelt haben. — Angell. Hent: Wenn ich gewußt hätte, daß die Sache solche Folgen haben würde, würde ich nicht unterschrieben haben. Ich habe die Worte des Herrn Oberst aber nicht auf diese Dinge bezogen. — Verhandlungsführer: Wenn der Oberst von

„Wackesweibern“

sprach, dann wußten Sie doch wissen, um was es sich handelte und was gemeint war. Schlimmer konnte es doch gar nicht sein, als daß Sie noch jemand aus Strasburg kommen ließen. War das Schriftstück das Sie unterschrieben sollten schon fix und fertig oder wurde es erst aufgesetzt? — Angell. Hent: Kestler hat es erst aufgesetzt. — Verhandlungsführer: Was hat er Ihnen denn über die Veröffentlichung gesagt? — Angell. Hent: Er sagte, es läge nichts in der Öffentlichkeit. — Verhandlungsführer: Sagte er, daß das ganze Schriftstück nicht in die Öffentlichkeit kommen würde, oder nur die Unterschriften nicht? — Angell. Hent: Er sagte, das Schriftstück werde überhaupt nicht in die Öffentlichkeit kommen. — Verhandlungsführer: Sonst sind Sie an niemand herangeritten? — Angell. Hent: Nein. — Verhandlungsführer: Sie hatten den Fahnenweid doch bereits geleistet? — Angell. Hent: Jawohl. Aber wir hatten

keine Instruktionen bekommen.

Weder vorher, noch nachher war das geschähen. Wir haben den Eid nur nachgesprochen. — Verhandlungsführer: Jedenfalls hatte der Oberst das Verbot ergehen lassen. Sie wußten doch, wie die Sache sich verhielt. Es war doch schon genug Aufregung im Lande. — Anklagevertreter: Der Redakteur Kestler hat Sie doch gleich gefragt, ob die Aeußerungen des Leutnants v. Forstner über „Wackes“ und über die französische Fahne so oder so gelautet haben und er sich doch also von Ihnen hat informieren lassen. — Angell. Hent: Nein. Er fragte nur, ob es so richtig wäre, wie es in der Zeitung geschrieben hatte. Das habe ich bejaht. Eine Unterhaltung hat nicht stattgefunden. — Anklagevertreter: Der Angeklagte ist doch ein sehr intelligenter Mensch. Ich bitte, ihn vorzuhalten, ob ihm nicht bei dieser Unterredung mit dem Redakteur das Verbot des Oberst im Gedächtnis hatten müßte. Der Oberst hatte doch ausdrücklich gesagt: Soldaten dürften keine Wackesweiber sein und nicht alles heraussagen, was in der Kaserne passiert. — Angell. Hent: Jetzt erinnere ich mich daran. Damals aber dachte ich nicht an das Verbot. — Verhandlungsführer: Damals war doch erst ein Tag nach dem Verbot des Oberst verlossen und Sie hätten daher um so eher daran denken müssen! — Angell. Hent: Ich besand mich wegen der bevorstehenden Verlegung in Aufregung. — Verhandlungsführer: Wußten Sie sich nicht sagen, daß das Schriftstück gegen Leutnant v. Forstner verwendet werden sollte? — Angell. Hent: Nein. Wenn ich gewußt hätte, daß es in die Öffentlichkeit gebracht werden würde, würde ich meine Unterschrift niemals gegeben und den Auftrag, weitere Unterschriften zu sammeln, niemals übernommen haben. — Vert. R. A. Gustav Weber: Jedenfalls haben Sie damals an das Verbot des Oberst nicht gedacht. — Angell. Hent: Nein. Ich habe die Rede des Herrn Oberst auch gar nicht als Befehl bezw. als Verbot aufgefaßt.

Es folgt die Vernehmung des zweiten Angeklagten Scheibel, der in hark elsfässischem Dialekt spricht. Er gibt an, daß Hent versichert habe, es bestände gar keine Gefahr, das Schriftstück würde niemals in die Öffentlichkeit kommen. Es sei nur für eine Zeitung bestimmt, deren Redakteur verlagert werden solle. Deshalb habe der Herr von der Zeitung ihn betraut, Unterschriften für den Zettel zu sammeln. Hent habe hinzugesetzt: „Wir wollen auch unter Recht wahren.“ Es gibt Leute, die vorher einen großen Mund haben und die nachher, wenn es vor Gericht kommt, immer nichts wissen. Für solche Fälle sind solche Unterschriften sehr gut.“ Der Angeklagte Scheibel fügt hinzu, er habe nun unterschrieben und sich bei der Unterschrift nichts weiter gedacht. — Verhandlungsführer: Wenn die Leute etwas Dummes unterschrieben haben, dann sagen sie hinterher immer, sie hätten sich nichts dabei gedacht. So ist es bei der Unterschrift unter Weifeling und so ist es auch hier. Was hat denn nun Leutnant v. Forstner eigentlich gesagt? — Angell. Scheibel: Er hat gesagt: Die Fahnenflüchtigen haben nur die eine Ehre, bei der Fremdenlegion zu dienen. Sie müssen dort große Strapazen durchmachen, müssen bei der größten Hitze lange marschieren, und er setzte dann hinzu: auf die französische Fahne könnt Ihr meinewegen ich ...

Der Angeklagte Welly schließlich gibt an, er hätte sich gewweigert, seine Unterschrift zu geben, wenn das irgendwelche Folgen hätte haben können. Hent habe ihm aber ausdrücklich versichert, das Schriftstück komme nicht in die Öffentlichkeit, es sei nur für den Redakteur einer Zeitung bestimmt. Welly will das Schriftstück nur flüchtig gelesen haben, bevor er es unterschrieb. Vor allem habe er nicht daran gedacht, etwas Strafbares zu begehen. Er habe angenommen, daß das Schriftstück dem Redakteur gewissermaßen die Garantie dafür bieten sollte, daß später vor Gericht einmal die Wahrheit gesagt würde. — Verhandlungsführer: Was hatte der Herr Oberst Ihnen denn gesagt? — Angell. Welly: Er hatte gesagt, wir müßten verschwiegen sein. Das war ich ja auch, denn ich habe, bis Hent zu mir kam, mit niemand über die Sache gesprochen. — Verhandlungsführer: Wie

hat die Aeußerung des Leutnants v. Forstner gelautet? — Angell. Welly:

So wie es in dem Schriftstück stand.

— Verhandlungsführer: Sie wußten sich doch bewußt sein, daß das Schriftstück gegen den Leutnant v. Forstner verwendet werden würde. — Angell. Welly: Jawohl, damals habe ich es mir aber noch nicht gedacht. — Anklagevertreter: Der Angeklagte wendet sich heute um eine klare Erklärung herum. Ich bitte ihn vorzuhalten, daß er am 23. November ausgelegt hat: Ich wußte annehmen, daß es gegen den Herrn Leutnant verwendet werden sollte.“ — Verteidiger Rechtsanwalt Gustav Weber: In welchem Sinn verwendet? — Ich bitte den Angeklagten zu fragen, ob er an eine Verwertung gegen Leutnant v. Forstner in einem Strafprozeß gedacht hat, oder daran, daß es Zeugen, die etwa die Unwahrheit bekunden würden, vorgehalten werden sollte. — Angell. Welly: So ist es.

Es gelangen dann die Artikel des „Elsäßer“ zur Verlesung. In einem der Artikel, überschrieben „Die Tragödie von Zabern“, wird das Schriftstück als „Erklärung von Rekruten“ veröffentlicht und es heißt am Schluß: Unterschriften. Die Namen werden nicht mitgeteilt.

In der Beweisaufnahme wird zunächst der Rusketier Gowerst vernommen, der noch beim 90. Infanterieregiment dient: Der Herr Oberst hat gesagt, wir sollten aus der Kaserne nichts nach Hause bringen und strengste Verschwiegenheit für alles beobachten, was in der Kaserne vorgehe. — Verhandlungsführer: Hat er nicht auch auf die Kriegsartikel Bezug genommen? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr genau. — Verhandlungsführer: Aber er hatte doch keinen Zweifel darüber gelassen, was gemeint war. — Zeuge: Nein. — Der Zeuge Gowerst gibt weiter an, daß ihn der Angeklagte Scheibel am Freitag gefragt habe, ob er sich erinnere, was für eine Aeußerung der Leutnant über die französische Fahne getan hätte. Er habe das bejaht, habe aber dem Scheibel erklärt, daß er niemand außer seinen Vorgesetzten Mitteilung davon machen würde. Darauf sei niemand mehr an ihn herangeritten. — Verhandlungsführer: Wie lautete nach Ihrer Meinung die Aeußerung des Leutnants v. Forstner? — Zeuge Gowerst: Ich glaube,

sie bezog sich auf die französische Fahne.

Zeuge Rusketier Weifeling ist inzwischen als elsfässischer Rekrut von Zabern nach Strasburg verlegt worden. Er befindet sich, daß Hent ihn gefragt habe, ob der Herr Leutnant von der französischen Fahne gesprochen habe. Er habe das bejaht und daraufhin sollte er ein Schriftstück unterschreiben. Er habe aber Ausreden gebraucht und sich um die Unterzeichnung gedrückt. Er erkläre sich, daß er heute nicht mehr wisse, ob die Aeußerung des Leutnants v. Forstner sich auf die französische Fahne oder auf die Fremdenlegion bezogen hat.

Hierauf wird Oberst Ernst v. Reuter als Zeuge vernommen. Er ist ein großer, hagerer Mann mit sehr energischem, strengem Gesichtszug und mocht seine Aussagen im knappen, militärischen Ton: Am 18. November hatte ich die Leute der Kompanie antreten lassen und ich habe zu ihnen mit sehr ernsten Worten über die ungläublichen Vorkommnisse gesprochen, daß Dinge aus der Kaserne herausgetragen waren. Ich habe es den jungen Rekruten sehr ernst gesagt, damit sie nicht hinterher mit der Aufschwulzung kommen könnten, daß sie nicht gewußt hätten, um was es sich handelte. Man muß doch annehmen, daß junge Menschen selbst wenn sie die Schulbank verlassen haben, über die Begriffe Treue, Recht und Verschwiegenheit genügend unterrichtet sind. Ich habe in Anknüpfung an die Vorkommnisse auch auf die Kriegsartikel hingewiesen und keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein dienstlicher Befehl vorlag. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß etwaige Beschwerden beim Kompagniechef vorzubringen seien. — Vert. Rechtsanwalt Gustav Weber: Ist der Befehl in das Parolebuch eingetragen worden? — Zeuge Oberst v. Reuter (in strengem Ton): Das, was ein Oberst vor der Front sagt, ist immer ein Befehl. Die Tatsache, daß das erst ein Befehl wird, wenn es in das Parolebuch eingetragen ist, gibt es bei uns nicht. — Vert.: Ich habe die Frage auch nur aus rechtlichen Gesichtspunkten gestellt. — Zeuge Oberst v. Reuter: Es ist kein Zweifel, daß der allgemein gefasste Befehl sich auch auf diesen Spezialfall bezogen hat. — Verhandlungsführer: Die Leute behaupten, daß sie vor der Vereidigung über die Kriegsartikel nicht informiert worden seien. — Zeuge Oberst v. Reuter: Das halte ich für ausgeschlossen. Die Kriegsartikel und die Besondereverordnungen werden den Rekruten vorher vorgelesen und die Rekruten müssen ja auch beim Eid darauf Bezug nehmen. Der Kompagniechef hat mir auch gesagt, daß er die Kriegsartikel vor der Vereidigung vorgelesen hat. — Angell. Hent: Die Kriegsartikel sind wohl verlesen worden. Aber wir wurden nicht instruiert. — Zeuge Gowerst: Soweit ich mich erinnere, ist uns vorgelesen worden, daß wir Treue und Verschwiegenheit beachten müßten. — Zeuge Weifeling: Die Fahnenweid haben wir geleistet, aber eine besondere Instruktion erfolgte nicht. — Zeuge Oberst v. Reuter: Ich habe mich ganz genau erkundigt. Der Herr Hauptmann hat mir versichert, daß die Leute instruiert worden sind.

Als nächster Zeuge wird Redakteur Kestler aus Strasburg vernommen. Er gibt an, daß ihm die ersten Mitteilungen von den Aeußerungen des Leutnants v. Forstner in der „Wackes“-Affäre und über die französische Fahne nicht von Militärpersonen, sondern von Zivilpersonen aus Zabern überbracht worden sind. Er erklärt dann unter Berufung auf seinen Eid, daß nicht mehr als diese drei Angeklagten das Schriftstück unterschrieben haben. Er sei in der Angelegenheit eines Tages von Zabern angerufen worden und habe sich dann nach Zabern begeben. Auf eine Frage des Anklagevertreters, wer sein Gewährsmann sei, bezw. von wem er zuerst in dieser Angelegenheit etwas erfahren habe, beantwortet der Zeuge die Auskunft unter Hinweis auf das Redaktionsgeheimnis. — Verhandlungsführer: Sie können aber zur Aussage gezwungen werden. Sie haben ja früher den Namen genannt. — Zeuge Kestler: Das war auch etwas anderes. — Anklagevertreter: Ich verzichte auf die Antwort. — Auch die Fragen nach dem Zustandekommen des Schriftstücks weigert sich der Zeuge zu beantworten und begründet die Weigerung damit, daß er sich durch die Beantwortung vielleicht einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen könnte.

Vor der Vereidigung der Zeugen tritt der Zeuge Oberst von Reuter noch einmal vor, um seine Aussage über die den Soldaten gegebenen Instruktionen zu ergänzen. Er erklärt, daß er selbst zuerst Zweifel gehabt habe, ob die Rekruten vor der Vereidigung ausreichend instruiert worden seien. Der Kompagniechef habe ihn aber erklärt, daß er selbst die Leute instruiert habe.

Es folgen die Plaidoyers. Der

Vertreter der Anklage

beginnt mit der Erklärung, daß er bei der Erörterung des Tatbestandes streng objektiv vorgehe und sich jeder Kritik von Aeußerungen, Verleumdungen oder Handlungen enthalten werde, ebenso aller politischen Gesichtspunkte. Er schildert dann den Abschiedsbesuch, den Hent bei Simon machte und die Unterredung mit Kestler. Weiter führt er aus, daß die Angeklagten, als sie das Schriftstück unterschrieben, sich klar darüber sein müßten, daß sie gegen das bestimmte Verbot des Oberst vom Tage vorher handelten. Nach der bestimmten Aussage des Oberst v. Reuter müsse man annehmen, daß hier ein Dienstbefehl vorlag. Die Angeklagten verhielten sich gegen diesen Befehl, wenn sie ein solches Schriftstück dem Redakteur einer Zeitung gaben, das sich gegen einen Vorgesetzten richtete. Ein Vorgesetzter, nämlich Leutnant v. Forstner, sollte festgenommen werden. Der Anklagevertreter erörtert dann die strafrechtliche Seite des Falles und ist der Meinung, daß Ungehorsam gegen einen Dienstbefehl und in dem Sammeln der Unterschriften ein

Verstoß gegen § 101 R.-St.-G.-B. vorliege. Es handle sich um sehr schwere Verstöße gegen die militärische Disziplin. Auf der anderen Seite aber lägen auch eine Menge Gesichtspunkte vor für eine mildere Beurteilung des Falles. Es handelte sich um junge Leute, die sich der Tragweite ihres Ungehorsams nicht voll bewußt waren, die auch im guten Glauben handelten, und die vor allem von einem Älteren und überlegenen Mann verführt worden sind. Der Angeklagte beantragt gegen Hens wegen Ungehorsams nach §§ 92 und 93 R.-St.-G.-B. drei Monate Gefängnis, wegen Vergehens gegen § 101 R.-St.-G.-B. 5 Monate Gefängnis, zusammen 7 Monate Gefängnis, gegen die Angeklagten Scheibel und Biehl beantragt er wegen Ungehorsams nach §§ 92 und 93 R.-St.-G.-B. je drei Monate Gefängnis. Die Angeklagten brechen bei diesen Strafanträgen in Tränen aus.

Verteidiger Rechtsanwalt Weber:

Ich bestreite, daß in dem Aufsehen und dem Lärm, den die Sache in der Öffentlichkeit schon gemacht hatte, der Schaden durch die Unterschriften der Angeklagten noch vergrößert worden ist. Durch die Öffentlichkeit kann überhaupt das Ansehen der Armee nicht geschädigt werden. Es hat sogar etwas Gutes mit sich gebracht, daß die Alldeutschen jetzt über das Wort „Wades“ aufgeklärt worden sind. Es kam manchmal vor, daß dieses Scherzwort als Spitzname für die eckel- lothringische Bevölkerung gebraucht wurde, ohne daß man wußte, wie verkehrt dieses Wort von den Elässern aufgefaßt wird. Nach den Akten hat es sogar ein Unteroffizier fertig bekommen, daß die Leute sich bei ihm mit den Worten melden mußten: Ich bin ein Wades! Es ist daher gut, daß durch diese Affäre Aufklärung geschaffen ist. Die Liebe zum Dienst wird herab- gesetzt, wenn die Leute das Gefühl haben, schwerelend behandelt zu werden. Die Angeklagten haben nicht daran gedacht, daß ein Nachteil entstehen könnte, da ihnen ja versprochen war, daß von dem Schriftstück kein Gebrauch gemacht werden sollte. Aber nicht alles, was in der Kaserne vorgeht, kann als eine militärische Angelegenheit betrachtet werden. Das muß im Dienste wahren. Wie haben die Äußerung des Leutnants v. Fortner nun alle kennen gelernt, die von allen Seiten, auch von den Vorgesetzten gemiß- billigt wird. Die Verleht den Grundfah der Ritterlichkeit, daß auch die Armee und die Fahne des Feindes zu schätzen und zu achten ist. Mit dieser Behauptung hat Leutnant v. Fortner diesem Grundfah ins Gesicht geschlagen. Wenn man aber dem Leutnant v. Fortner seine Jugend zugute rechnet, so muß man das auch bei den Angeklagten tun. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Das Schriftstück hat sich nicht gegen Offiziere gerichtet, sondern es sollte in einem Strafverfahren gegen den Redakteur zur Sicherung der Zeugenaussagen verwendet werden. Es schandert einem bei dem Gedanken, daß die Angeklagten für ihre unbedachte Handlungsweise ins Gefängnis geschickt werden sollen und damit für ihr ganzes Leben mit einem Makel behaftet würden. Mildernde Umstände sind in reichem Maße vorhanden. Einmal kommen da die Vorfälle in Javern selbst in Betracht und dann die Tatsache, daß die Angeklagten sich gut geführt haben. Sie sind Söhne achtbarer Eltern und ihr Ver- standnis muß ihnen auch zugute gerechnet werden. Was geschehen ist, ist nicht aus bösem Willen geschehen. Militärisch genommen sind die Angeklagten doch noch recht jung. Es ist nicht so, wie Oberst v. Reuter meinte, daß schon auf der Schulbank den jungen Leuten das Gefühl der militärischen Treue zum Bewußtsein komme. Vielmehr bedeutet das militärische Leben eine vollständige Um- wandlung des bisherigen Lebens. Als Offizier der Reserve und als Elss-Lothringer bitte ich Sie, mit den Angeklagten nicht streng ins Gericht zu gehen. Wenn die beantragten Strafen verhängt werden sollten, so wird das viel böses Blut machen. Nach einer Ermüdung des Anklagevertreters meldet sich Zeuge Redakteur Westler zum Wort und erklärt unter seinem Eid, daß er den Angeklagten ausdrücklich versprochen habe, das Schriftstück solle nicht veröffentlicht werden, es solle nur eine Garantie sein für die Richtigkeit der Zeugenaussage.

Wenn der Anklagevertreter gemein habe, daß der Stein erst durch diese Unterschriften ins Rollen gerathet sei, so müsse er darauf erwidern, daß er schon in früheren Urteilen diese Angelegenheit besprochen habe und daß er auf die Richtigkeit der ihm von Zivilisten aus Javern überlieferten Mitteilungen sich verlassen habe. — Ver- handlungsführer: Weshalb ist denn nun aber doch die Veröffent- lichung erfolgt? — Zeuge Westler: Ueber die Gründe, die mich dazu veranlaßt haben, verweigere ich die Aussage.

Das Urteil.

Das Gericht fällt nach längerer Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte Hens wird wegen Ungehorsams in zwei Fällen (§ 92 des Militärstrafgesetzbuchs) in Verbindung mit einem Vergehen gegen § 101 des Militärstrafgesetzbuchs zu einer Gesamtstrafe von sechs Wochen Mittelarrest verurteilt, die Angeklagten Scheibel und Biehl wegen Ungehorsams in zwei Fällen (§ 92 des Militärstrafgesetzbuchs) zu je drei Wochen Mittelarrest.

In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß der Befehl des Oberst v. Reuter bindend war und dienstliche An- gelegenheiten betraf. Die Anweisung des § 92 des Militär- strafgesetzbuchs hat das Gericht verneint, weil die Angeklagten nach Ansicht des Gerichts nicht voraussehen konnten, daß ein erheblicher Nachteil zu befürchten war. Der Redakteur Westler hatte den Angeklagten versprochen, daß er die Erklärung in seiner Zeitung nicht veröffentlichen würde, und die Ange- klagten konnten nicht voraussehen, daß es doch geschehen würde. Daß es sich um Verstöße gegen § 101 des § 101 des Militärstrafgesetzbuchs handelte, hat das Gericht bejaht, weil der Angeklagte Hens beim Sammeln der Unterschriften gesagt hat: „Wir wollen unser Recht selbst wahren.“ Rein objektiv liegen schwere Verstöße gegen die militärische Disziplin vor. Auch haben die Angeklagten gegen das Soli- daritätsgefühl gehandelt, das bei den Sol- daten bestehen muß. Auf der anderen Seite aber kamen für die Angeklagten erhebliche Milderungsgründe in Betracht. Sie hatten den Begriff der militärischen Disziplin noch nicht richtig kennen gelernt und waren sich der Tragweite ihrer Handlungen noch nicht bewußt. Außerdem sind sie von Leuten verführt worden, die älter und erfahrener und daher ihnen überlegen waren. Sie waren im guten Glauben und überzeugt von der Richtigkeit dessen, was sie gesagt haben. Trotzdem bestanden beim Gericht erhebliche Zweifel, ob eine Arreststrafe hier noch am Platze sei. Das Ger- richt aber gelangte schließlich zu der Ueberzeugung, daß eine Arreststrafe genüge.

Aus aller Welt.

Hofnachrichten.

Wir leben jetzt wieder in regulären Verhältnissen. Wilhelm II. ist aus der Fremde nach Potsdam zurückgekehrt und so die etwas erschwerte Verständigung zwischen ihm und seinem Reichskanzler von jetzt ab wieder leichter möglich. Wie allemal, wenn ein Sommer- wetter in Deutschland ausbrach, überraschte auch das letzte den Kaiser in Donaueschingen, wo er bei seinem Freunde, dem Fürsten v. Fürstberg, der Fuchsjagd und Sauhege oblag. Da im Hohenzollernhause dem edlen Weidwerk auch bei der jüngeren Generation mit besonderer Vorliebe geshuldet wird, hat

sich nunmehr der Kronprinz nach Oberschlesien auf die Jagd beurlaubt. Seine Anwesenheit bei seinem Regimente in Langfuße bei Danzig ist um so weniger notwendig, als in der Ostmark eine Wades-Affäre à la Javern nicht zu erwarten ist. Der Kronprinz schließt zurzeit fleißig auf Japanen und Hagen, von denen dieser Tage in Dels annähernd 800 Stück niedergeknallt wurden.

Die verschiedentlich ausgesprochene Vermutung, daß er seinen Urlaub benutzen wolle, um wieder einmal im Reichstage auf- zutauchen und bei der Javern-Debatte dem hohen Hause seine Hoch- achtung auszusprechen, ist also hinfällig.

Erdbeben in der französischen Schweiz.

Am Mittwochnachmittag wurden in Montreux zwei Erd- stöße verspürt, die unter der Bevölkerung große Bestürzung hervor- gerufen haben. Die Erdstöße waren von einem Geräusch, das den Eindruck einer fernern Explosion hervorrief, begleitet. Die Bewohner eilten erschreckt auf die Straßen, beruhigten sich aber bald wieder, als keine weiteren Beben stattfanden. Die Straßen- bahnen blieben bei Eintritt des ersten Erdstoßes mit einem heftigen Ruck stehen; mehrere Passagiere erlitten hierdurch Verletzungen.

Ein Kommerzienrat in den Angeln des Vereinsgesetzes.

Die Kölner Strafkammer verurteilte den Kommerzienrat Louis Hagen zu 3 Mark Geldstrafe, weil er am Grade des verstorbenen Geh. Rat's Heidemann ohne polizeiliche Anmeldung eine Rede gehalten hatte. Das Schwurgericht hatte auf Freisprechung erkannt und in der Begründung ausgeführt, daß nach Lage der Sache in der Art des Vergehens ein gewisses Ausgerathenes nicht zu finden sei. Die Staatsanwaltschaft legte Verurteilung ein mit der Begründung, daß diese Frage in Rheinland und Westfalen von prinzipieller Bedeutung sei, weil bei Begründungen leicht und gern derartige Reden gehalten werden. Die Strafkammer stellte sich auf den Standpunkt der Staatsanwaltschaft.

Dem Kommerzienrat werden die drei Mark wohl weniger schmerzen als die Tatsache, daß nach unserer wunderbaren Rechts- ordnung die Erfüllung einer Pietät ein strafbares Vergehen ist.

Kleine Notizen.

Sturzflüge mit Passagier. Der bekannte Flugkünstler Bogard flog am Donnerstag auf dem Flugplatz Buc in Frank- reich mit einem Passagier auf und vollführte dann in der Luft seine Kunststücke.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 10.12.		seit 9.12.		Wasserstand	am 10.12.		seit 9.12.	
	cm	cm ²	cm	cm ²		cm	cm ²	cm	cm ²
Remet, Tüft	318	-21	318	-21	Caale, Großh.	100	-8	100	-8
Bregel, Intherburg	138	+1	138	+1	Canal, Spandau ^{*)}	72	-2	72	-2
Weihsel, Thon	228	+6	228	+6	Canal, Rathenow ^{*)}	30	+3	30	+3
Ober, Ratibor	172	-8	172	-8	Spree, Spremberg ^{*)}	106	+20	106	+20
Strossen	219	-3	219	-3	Beesdow	91	+3	91	+3
Kranfurt	215	0	215	0	Weser, Münden	138	+8	138	+8
Wartbe, Schrimm	148	0	148	0	Rubin	296	+2	296	+2
Sandberg	94	+6	94	+6	Rhein, Rastatt	460	+22	460	+22
Rehe, Sordamm	26	+8	26	+8	Kaub	290	+22	290	+22
Elbe, Zeitmeritz	18	-8	18	-8	Albin	283	+25	283	+25
Bresden	-7	+15	-7	+15	Redar, Heilbronn	95	-3	95	-3
Harbe	180	-10	180	-10	Malin, Canau	160	-2	160	-2
Wagdeburg	142	-6	142	-6	Polci, Trier	143	-27	143	-27

^{*)} + bedeutet Hoch, - Fall, -^{*)} Unterpegel.



Grosser Weihnachts-Verkauf

in geeigneten Geschenken

<p>Herren-Anzüge . . M. 13⁵⁰ bis 75⁰⁰</p> <p>Herr.-Jopp.-Anzüge 19⁷⁵ bis 55⁰⁰</p> <p>Jünglings-Anzüge . M. 10⁰⁰ bis 48⁰⁰</p> <p>Kinder-Anzüge . . M. 3⁵⁰ bis 21⁰⁰</p> <p>Knab.-Joppen-Anzüge 8⁷⁵ bis 36⁰⁰</p> <p>Kinder-Kleider u. Mäntel <small>entzückende Neuheiten!</small></p>	<p>Herren-Ulster . . M. 26⁰⁰ bis 80⁰⁰</p> <p>Herren-Paletots M. 19⁰⁰ bis 95⁰⁰</p> <p>Jüngl.-Ulster . . M. 19⁰⁰ bis 52⁰⁰</p> <p>Jüngl.-Paletots . . M. 19⁰⁰ bis 36⁰⁰</p> <p>Knaben-Ulster . M. 6⁵⁰ bis 30⁰⁰</p> <p>Knaben-Paletots M. 4⁵⁰ bis 20⁰⁰</p>	<p>Schlafröcke M. 10⁵⁰ bis 45⁰⁰</p> <p>Morgen-Joppen . . M. 7⁵⁰ bis 32⁰⁰</p> <p>Loden-Joppen <small>warm gefüttert</small> M. 9⁵⁰ bis 32⁰⁰</p> <p>Pelz-Joppen M. 36⁰⁰ bis 105⁰⁰</p> <p>Geh-Pelze M. 175⁰⁰ 250⁰⁰ bis 550⁰⁰</p> <p>Autopelze M. 125⁰⁰ 150⁰⁰ bis 200⁰⁰</p>
---	---	---

2 Reklame-Artikel

Selten vorteilhaftes Angebot:

Reinseldene Blusen 5⁵⁰

Mädchen-Kleidchen Länge 35 cm 40 45 50 cm 55 60 65 cm 70 75 cm 80 85 cm

schottisch gemustert, entzück. Modell **7⁵⁰ 8⁵⁰ 9⁵⁰ 10⁵⁰**

GROSSES LAGER

in Blusen, Matinees und Morgen-Röcken

— LETZTE NEUHEITEN —

„Zur grossen Fabrik“

Grössies Spezialhaus

für vollständige Bekleidung

Stefan Esders

BERLIN C

Kaiser-Wilhelm-Str. 55

Ecke Spandauer Strasse

vormalis Heinrich Weltmann

Sonntag, den 14. und 21. Dezember, von 9-10 und 12-3 Uhr geöffnet.